

15. Jahrgang

**4/88**

Vierteljahres-  
zeitschrift für  
Stadtgeschichte  
Stadtsoziologie  
und  
Denkmalpflege



## Suchet der Stadt Bestes

---

Christian  
Gellinek

Kulturstadt Berlin auf Identitätssuche?

---

Klaus Duntze

Predigten zur Einführung  
der Städteordnung in Berlin

---

Ulrich Stark

Zur städtebaulichen  
Entwicklung Berlins

---

Martin  
Greiffenhagen

Wohnen in der alten Stadt

---

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt, Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke herausgegeben von Otto Borst

*Redaktionskollegium:* Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Johannes Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

*Redaktionelle Zuschriften* und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

*Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:* W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

15. Jahrgang

Die alte Stadt

Heft 4/1988

INHALT

ABHANDLUNGEN

CHRISTIAN GELLINEK, Berlin – Kulturstadt Europas auf Identitätssuche . . . . . 351

KLAUS DUNTZE, Suchet der Stadt Bestes. Drei Predigten zur Einführung der Städteordnung in Berlin im Jahre 1809 . . . . . 360

ULRICH STARK, Die städtebauliche Entwicklung Berlins nach dem Dreißigjährigen Krieg . . . . . 376

MARTIN GREIFFENHAGEN, Wohnen in der alten Stadt . . . . . 387

KLEINE BEITRÄGE

Literaturbericht: Stadtgeschichte Berlins. . . . . 397

HELGA SCHULTZ, Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz (Paul Nolte). . . . . 397

HARALD BODENSCHATZ, Platz frei für das neue Berlin (Heide Berndt) . . . . . 399

KARL-HEINZ HÜTER, Architektur in Berlin 1900–1933 (Burkhard Hofmeister). . . . . 401

AUTOREN . . . . . 403

NOTIZEN . . . . . 404

BESPRECHUNGEN

*Stadtgeschichte*

FERDINAND GREGOROVIVS, Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter (Otto Borst) . . . . . 408

*Städtische Kultur- und Geistesgeschichte*

ERNST KÜNZL, Der Römische Triumph. Siegesfeiern im antiken Rom (Holger Sonnabend) . . . . 409

BÜRGERSINN UND AUFBEGEHREN. Biedermeier und Vormärz in Wien 1815–1848 (Otto Borst) . . . . . 411

PETER GAY, Die Republik der Außenseiter (Otto Borst) . . . . . 412

*Stadtplanung und Stadtbaugeschichte*

STEFAN FISCH, Stadtplanung im 19. Jahrhundert. Das Beispiel München  
(Wolfgang R. Krabbe)..... 413

ROSWITHA ROSINSKI, Der Umgang mit der Geschichte beim Wiederaufbau des Prinzipalmark-  
tes in Münster nach dem 2. Weltkrieg (Hartmut Hofrichter)..... 414

*Architektur*

HARTMUT PROBST / CHRISTIAN SCHÄDLICH, Walter Gropius (Falk Jäger)..... 417

Christian Gellinek

## Berlin – Kulturstadt Europas auf Identitätssuche?

Der Deutsche Akademische Austauschdienst macht Interessenten Geschenke: Wolfgang Kramers landeskundliche Broschüre »Berlin: Eine Stadt auf der Suche nach ihrer Identität« wird im Ausland gratis verteilt. Das Goethe-Institut und der DAAD waren im Redaktionsausschuß vertreten.<sup>1</sup> Der Ausstellungskatalog »Mythos Berlin« spricht ebenfalls von Identitätssuche,<sup>2</sup> ja von »Berlin im Kopf«, sogar – vielleicht druckfehlerhaft – von »Berlin am Kopf«.<sup>3</sup>

Der Leser dieser landeskundlichen Materialien erhält den Eindruck suggeriert, daß das Berlin des 18. Jahrhunderts eine Insel der Miserablen, Friedrich der Große ein diletantischer Bodenspekulant, die gescheiterte Revolution vom März 1848 so katastrophal gewesen wäre, daß »fast jedes zweite Kind verwaarloste, weil es keine Schule besuchen konnte«.<sup>4</sup> Kramer unterschreibt Heinrich Zilles Milieukritik: »Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genauso gut töten wie mit einer Axt«. Und ferner: »Die Demolierung Berlins begann bereits unter Wilhelm II.«<sup>5</sup> Tucholskys bekanntes Diktum, »in Berlin wird nicht gearbeitet – hier wird geschuftet«, trifft sich mit Hildebrandts Droschkenkutscher-Bonmot »In Berlin ist immer höchste Eisenbahn«, so daß bei Kramers Analysen der Eindruck entsteht, der hektische Fortschritt Berlins durch die Epochen hätte die Berliner a tempo vivace schneller in den Himmel befördert als andere Industriestädte im Deutschen Reich. Stimmt das wirklich?

Meines Erachtens wird der landeskundlich und städtegeschichtlich interessierte Leser Kramers nicht hinlänglich mit den in Berlin erfolgten Innovationen und den sie begleitenden Gefahren (auch der Verallgemeinerungen) vertraut gemacht. Zum Beispiel muß man wissen, daß die Installationen von Wassertoiletten, ja Wasserleitungen, in gutbürgerlichen Berliner Häusern den Mietskasernen nur eine Generation vorausliefen. Über Licht- und Luftverhältnisse im Städtebau wußte man bis vor reichlich hundert Jahren nur wenig gesichertes. Kramers Elendsreportage setzt sich der Kritik aus, er habe möglicherweise die Kontinuität von Stadtgeschichte um Effekte willen zerrissen.

<sup>1</sup> W. Kramer, Berlin: Eine Stadt auf der Suche nach ihrer Identität. Erinnerungen – Spuren – Wirkungen. Materialien zur Landeskunde, DAAD-Broschüre, München 1985.

<sup>2</sup> Mythos Berlin: Zur Wahrnehmungsgeschichte einer industriellen Metropole. Eine szenische Ausstellung auf dem Gelände des Anhalter Bahnhofs, Berlin 1987.

<sup>3</sup> Ebda., S. 16.

<sup>4</sup> Ebda., S. 28.

<sup>5</sup> W. Kramer (s. A 1), S. 40 u. 43.

Nach dem Stand meiner Kenntnis kann man eine Stadtbeschreibung nicht wie ein literarisches Porträt verfassen und verfolgen. Eine »Stunde-Null-Betrachtung« mit Umkehrmöglichkeiten gegen den Verlauf der Stadtgeschichte mag es häufig geben; sie ist aber nicht haltbar. Es gibt natürlich Neuorientierungen nach Siegen oder Niederlagen, veränderte Menschenauffassungen sowie neue wissenschaftliche Brennpunkte; aber eine Stadtbiographie kann nicht wirklich Leerstellen aufweisen, an denen sie sich hätte von der Geschichte befreien können.

In einer ersten allgemein gehaltenen Kritik würde ich dagegen halten, daß die Identität Berlins nicht verloren gegangen, sondern allenfalls in der modernen Teilung, der Doppelung nach 1948/49, beschädigt worden sein könnte. Kramers und anderer Identitätssuche scheint einen Totalverlust einer Identität Berlins zu unterstellen, der so nicht stattgefunden haben kann. Sonst hätte zum Beispiel die Wahl Berlins zur Kulturstadt nicht stattfinden können. Daher sollte das Schreiben in der und über die Großstadt Berlin von anderen Voraussetzungen ausgehen.

Landeskunde föderalistischer Systeme ist dringend auf kritische Distanz angewiesen. Es darf bei Städtebeschreibungen nicht allein um das »Erwecken von Sensibilität«, wie Kramer meint, gehen, sondern beim nachzeichnenden Verstehen auch um Verständniserweckung. Über das Schicksal der Großstadt Berlin, der heute zweigeteilten, muß gedanklich wohlwollend geschrieben und gesprochen werden. Man kann weder eine Stadtkontinuität verdrängen – Nachkriegsberlin ist nicht Neukarthago –, noch kann man historische Abläufe nach Belieben trennen und – selbst bei bester kritischer Absicht – neu vernähen. Die Trennung von planungsdiktatorischen Bauvorhaben von den Planungskriterien der sozialen Leistungsarchitektur ist ein allmählicher Prozeß, dessen Kennziffer nicht »Identitätsverlust« lauten sollte.

Ich möchte von anderen Prämissen ausgehen. Erstens muß man vor der Beurteilung die Umrisse der Geschichte des Berliner Stadthauses und des Mietshauses auseinanderhalten. Noch 1870 war der Anteil des bebauten Berlins so gering, »daß man es in einer Stunde durchlaufen konnte«. <sup>6</sup> Jede Wohnkultur, die des Protzertums wie des Proletariats, leistet als »Ferment des Zusammenlebens« (ehemaliger Berliner Senator Dieter Sauberzweig) Beiträge zur Stadtentwicklung. Die Formen des organisierten Zusammenlebens beginnen weder am Nullpunkt, noch hören sie, bei zu hohem Anteil an aftermietenden Schlafgästen, am Siedepunkt auf. Die Geschichte des Wohnungswesens ist nicht weniger schmerzhaft, aber auch nicht absurder als die Geschichte des Verwaltungsdilemmas der fünf großen Teilstädte Berlins. »Die Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts wurde ... von wirtschaftsliberalen Prinzipien geprägt.« »Wohnungsnot ... war keine den Urbanisierungsprozeß kontinuierlich begleitende Erscheinung.« <sup>7</sup>

<sup>6</sup> W. Ribbe (Hrsg.), *Geschichte Berlins*, 2 Bde, München 1987, S. 735.

<sup>7</sup> C. Wischermann, *Wohnung und Wohnquartier*, in: H. Heineberg (Hrsg.), *Innerstädtische Differenzierung und Prozesse im 19. und 20. Jahrhundert (Städteforschung A 25)*, Köln 1987, S. 80 f.

Alle großzügig geplanten Eingemeindungsentwürfe vor dem 20. Jahrhundert scheiterten kläglich. Die Kopfbahnhöfe (Stettiner, Hamburger, Potsdamer, Anhalter und Frankfurter, später Schlesischer, Lehrter und Görlitzer Bahnhof) zerschnitten ab 1847 große Siedlungsflächen und blockierten ab 1871 den Verkehr. <sup>8</sup> Aber niemand würde diese Eisenbahnlinien als verkehrshindernd oder als kommunikationsschizophren bezeichnen! Das Phänomen der Verdoppelung oder der Verfünffachung von Anstrengungen ist so alt wie die Geschichte Berlins, dessen Verkehr bis weit ins 19. Jahrhundert auf Wasserwegen abgewickelt wurde. Hier nur zur besseren Verständigung eine kurze Rekapitulation.

Berlin ist historisch eine Doppelstadt: Berlin/Cölln – ein nicht häufiger deutscher Stadttyp. Lange vor der Entwicklung des organisierten Stadtbaus wurde die freie Religionsausübung – nämlich bereits 1616 – in beiden Teilen garantiert. Es kam also in der brandenburgischen Residenzstadt nicht bloß der autoritäre Grundsatz »cuius regio – eius religio« zur Anwendung. Die Kurfürsten, allen voran der Große Kurfürst, waren Calvinisten; dieser hatte in Leiden studiert, sein Sohn war ein Urenkel Wilhelms des Schweigers von Oranien. Es bestand in Berlin/Cölln stets und gewiß im 17. und 18. Jahrhundert eine Spannung zwischen der Stadtgerichtsbarkeit und dem Kammergericht.

Am Ende des 17. Jahrhunderts betrug die Stadausdehnung Altberlins/Cöllns, des Schloßbereichs und der kurfürstlichen Neustädte fast 130 Hektar. Der Drang nach Westen war in der Tat bedingt durch die kurfürstliche Grundstückspolitik, besonders in Charlottenburg und Spandau; ursprünglich mußten Grundstücke verschenkt werden, um genug Siedler anzuziehen. Noch Friedrich der Große stellte Bauwilligen kostenlos Baumaterial zur Verfügung, um seine Untertanen zu vermehren. An dem wirtschaftlichen Aufschwung nach dem 30jährigen Krieg bis zum Schlesischen Krieg nahm Berlin stärker als andere deutsche Städte teil. 1709 erfolgte die erste lose Städtevereinigung der fünf Städte Berlin, Cölln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt und Friedrichstadt, unbeschadet der nicht-vereinigten selbständig bleibenden Gerichtsbarkeiten.

Nun zu den Auswirkungen auf den Wohnungsbau: Mietshäuser waren bis zum 18. Jahrhundert entschieden in der Minderzahl. Existierten sie, so handelte es sich in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Berlin um dreigeschossige, in der zweiten Hälfte um viergeschossige Mietshäuser. Im Vorgriff auf die Zeit von 1860–70 sei bemerkt, daß damals schon fünf- bis sechsgeschossig gebaut wurde. Friedrich, der große König, »baute selbst« oder unterstützte die Finanzierung von dringend benötigten Neubauten, weil in seinem Jahrhundert »die Bedürfnisse des Militärs und der staatlichen Verwaltung die Triebkräfte der Berliner Wirtschaft« <sup>9</sup> darstellten. Nach

<sup>8</sup> Vgl. W. Ribbe (s. A 6), S. 733.

<sup>9</sup> Ebda., S. 376.

der Hypothekenordnung von 1748 wurde dem Bodenzinswucher in der Tat, wie Kramer vermerkt, Vorschub geleistet. Nur muß man dabei wissen, daß nach wie vor in Brandenburg-Preußen der römischrechtliche Grundsatz »Kauf bricht Miete« Anwendung fand, vermutlich, weil es nur so wenige Mieter gab. Erst als Friedrich die damit zusammenhängenden Mißstände geläufig wurden, schaffte er durch Kabinettsordre von 1765, gerichtet an das königliche Kammergericht, diesen Grundsatz ab, und verkehrte ihn in sein deutschrechtliches Gegenteil, »Kauf bricht nicht Miete« (noch heute Bestandteil des BGB). Diese Maßnahme hat wesentlich zu einer Mietpreisstabilisierung beigetragen. Einquartierungen in der Stadt waren häufig. 1760 standen russische Truppen in Berlin. Deren Abzug kostete die Einwohner 1,5 Millionen Thaler. Die französische Besatzungszeit von 1806–1808 schlug mit 7,2 Millionen Thaler zu Buche und lief auf einen gewaltigen Kunstraub hinaus. Bereits 1801 erfolgte die erste Pockenschutzimpfung und halbierte die Säuglingssterblichkeit, die gegen 1840 immer noch 21% betrug. Bis etwa 1860 drängte sich das Berliner Weichbild auf nur 3,5 qkm, einem »erstaunlich kleinen Bereich für eine Metropole«. <sup>10</sup> Im Vergleich dazu betrug die Fläche Groß-Berlins ab 1920 880 qkm, von denen heute etwa 55% der Gesamtfläche auf West-Berlin entfällt.

Der von Hobrechtsche Bebauungsplan von 1862 »verordnete Mietskasernen für 4 Millionen Berliner«, so Hegemann, <sup>11</sup> auf den sich auch Kramer beruft. Man muß dennoch berücksichtigen, daß die Mietskasernen vor dem Hamburger Tor, die der Kammerherr von Wülcknitz 1820–24 auf dem »Voigtland« errichten ließ, Londoner Slumerfahrungen vermeiden helfen sollte, und daß (obwohl mit dem Baumaterial geschludert wurde), »die humane Intention dann freilich blankem Profitdenken ... zum Opfer gefallen ist«. <sup>12</sup> Durch diese hochgeschossigen Bauten entstanden die berühmtesten Berliner Hinterhöfe.

Bei diesen Wohn- und Verkehrsverhältnissen gab es immerhin schon 1840 sechs Gymnasien. Vier Prozent der Berliner Abiturienten waren Arbeiterkinder. Dabei muß unterstrichen werden, daß »der Anteil höherer Schüler an der Schuljugend in Berlin siebenmal so hoch wie im übrigen Staatsgebiet« war. <sup>13</sup> Die Enge der Mietshäuser konnte offenbar diesen großen Erfolg nur dämpfen, nicht vereiteln. Während ein Durchschnittshaus um 1815 im Schnitt 30 Bewohner in 6 Wohnungen beherbergte, kamen 1860 auf ein Haus schon 50 Bewohner in 10 Wohnungen, deren Grundmaße sich unglücklicherweise ständig verkleinerten.

Die erste veröffentlichte Kritik an der Verelendung der Mietskasernenbewohner kam zwar anonym heraus. Jeder Eingeweihte jedoch wußte, daß es sich bei der

<sup>10</sup> Ebda., S. 662.

<sup>11</sup> W. Hegemann, Das Steinerne Berlin. Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt, Berlin 1930, S. 293.

<sup>12</sup> W. Ribbe (s. A 6), S. 665.

<sup>13</sup> Ebda., S. 672.

Verfasserin um die Goethe-Freundin Bettina von Arnim handelte. Der Titel dieser Anklageschrift lautete: »Dies Buch gehört dem König.« Es erschien 1843 und wurde dem König prompt zugespielt. Besonders interessiert uns hier der Anhang, den der Züricher Junglehrer Heinrich Grunholzer, der 1842 nach Berlin gekommen war, für Bettina verfaßte, nachdem er gründlich in den von Wülcknitz'schen Mietskasernen das Mieterelend vor Ort studiert hatte. Man fragt sich, wieso die Bauordnungen solch einen Skandal zuließen.

Die Bauordnungen Berlins sind freilich ein Kapitel für sich. Sie versuchten dem Überdruck an Bevölkerungsströmen Herr zu werden – jedoch vergeblich. Größtes Kuriosum für den Stadtgeschichtler: die erste Berliner Bauordnung von 1641 (die nicht einmal vor 1771 veröffentlicht wurde, aber nichts desto weniger galt) blieb bis 1853 (also 212 Jahre lang) gültig! Sie war gar keine wirkliche Bebauungsordnung, sondern stellte vor allem Nachbarrechte gewohnheitsrechtlich zusammen, die eine übergroße Einengung vermeiden sollten. Brandmauern waren danach auch nach dem Zusammenwachsen der Häuser unbekannt. Es mag sehr überraschen zu erfahren, daß Hausteilkauf durchaus häufig war, also bereits im 18. Jahrhundert Eigentumswohnungen vorkommen. Nicht wenige Freyhäuser waren von der Schößsteuerpflicht ausgenommen.

Erst ab 1881 bildete Berlin einen eigenen Stadtkreis und war nicht länger dem brandenburgischen Bezirk Potsdam unterstellt. Alle Eingemeindungspläne scheiterten weiterhin, da die Einzelgroßstädte eifersüchtig ihre Finanzhoheit zu wahren trachteten. 1912 endlich trat das Berliner Zweckverbandsgesetz in Kraft, das ein Zwitterwesen zwischen Einheitsgemeinde und kommunaler Kompetenzersplitterung schuf. Erst 1920 gelang es zwei namhaften Juristen und Kommunalverwaltern, das Groß-Berliner Gesetz in den Ausschüssen durchzusetzen, dem in Hannover gebürtigen Berliner Oberbürgermeister Adolf Wermuth und dem im Elsaß geborenen Bürgermeister von Schöneberg Alexander Dominicus.

Mit einem Schlage verschmolzen acht Stadtgemeinden und vergrößerten sich in Groß-Berlin um das dreizehnfache. Betrug die Einwohnerschaft vor dieser Eingemeindung 1,9 Mio., belief sie sich nach ihr auf 3,8 Mio. <sup>14</sup> Das Datum (1920) der Schaffung von Groß-Berlin »ist eine Sternstunde der Berliner Geschichte«. <sup>15</sup> Eigentlich hatte sich bereits während des Ersten Weltkrieges gegen das Verwaltungswirrwarr eine Notgemeinschaft »Groß-Berlin« gebildet, die dem Brotmangel der leidenden Berliner Bevölkerung abhelfen sollte. Die preußische Staatsregierung hatte sich bis 1918 stets mit Erfolg einer Großeingemeindung Berlins zu widersetzen vermocht. »Mit der Revolution änderte sich das Bild grundlegend. Nun spielte die retardierende preußische Bürokratie keine Rolle mehr.« <sup>16</sup> Die beiden entscheidenden Männer

<sup>14</sup> B. Hofmeister, Berlin (Wissenschaftliche Länderkunden (8/1), Darmstadt 1975, S. 50.

<sup>15</sup> W. Ribbe (s. A 6), S. 814.

<sup>16</sup> Ebda., S. 816.

(Adolf Wermuth war Berliner Oberbürgermeister von 1912–1920) setzten das Gesetzeswerk mit Hilfe der SPD, der damals stärksten Partei Berlins, durch. Ohne dieses Kompromißgesetz hätte Groß-Berlin nie den Umfang New York City's erreicht und hätte 1948/49 nach der Teilung nicht die territoriale Lebenskraft bilden können, die erforderlich war, um die Berliner Blockade zu überstehen.

Ironischerweise verdankt die bürgerlich-westlich ausgerichtete Bundesrepublik Deutschland indirekt die Größe des Umfangs des späteren Landes West-Berlin der Genialität zweier parteiloser Verwaltungsjuristen, denen es durch Zusammenarbeit gelang, sich im entscheidenden Moment auf die Berliner SPD-Mitglieder zu stützen, die im Bürger-Ausschuß das größte parlamentarische Gewicht besaßen. Leider sind sie heutigen Berlinern so gut wie unbekannt. Damit will ich sagen: Die Goldenen Zwanziger Jahre wurden von einem heute vergessenen Großereignis, das mit der preußischen Geschichte gar nicht zusammenhängt, ja ihr gewissermaßen entgegengesetzt war und das aus der Not des Volkes geboren wurde, miteingeleitet. Zwei nicht-preußische Kommunalpolitiker, die Friedrich Naumann und Theodor Heuss nahestanden, haben diese »patriotische« Tat mit Hilfe der SPD gemeinsam bewältigt.

Berlin hat also, wie ich hoffe angedeutet zu haben, durch alle Jahrhunderte hindurch die größten Anstrengungen unternommen, um seiner wachsenden und gewichtiger werdenden Rolle gerecht zu werden. Auch könnte hinzugefügt werden, daß die Realentwicklung Berlins viel wichtiger war und langfristige Saaten angelegt hat als die heute ästhetisch beurteilten, hektisch verlaufenden Zwanziger Jahre, von denen Germanisten zu glauben scheinen, daß Berliner noch heute prinzipiell davon zehren. Ich würde sogar so weit gehen zu behaupten, daß die erneuten Leidensjahre, die die Berliner Bevölkerung von 1939 bis 1949 durchmachen mußte, erst den Grundstock legten für eine allmähliche Steigerung der demokratischen Potenzen. Jene ermöglichten eine Bildung der Großgemeinde für Versorgung, Aufnahmefähigkeit, Lebenskraft und -leistung, auch im Sinne einer kulturellen Ausstrahlung (die die Weimarer Regierung dort gar nicht in einen Brennpunkt versammeln wollte) in die Zukunft.

Ich möchte aus dieser allgemeinen Sicht gesehen zur Diskussion stellen, ob die endlich erfolgte Trennung in zwei politisch unterschiedene Stadthälften jemals den Grad der Hoffnungslosigkeit erreicht hat (außer während der Blockade natürlich), die im verelendeten Mietskasernenwirrwarr und der schärfsten Abgrenzung von Arm und Reich vor 1918 geherrscht hat? Vor 1920 jedenfalls war die Trennung zwischen den Welten der Westenvilla und der Mietskasernen einschneidender (wie die Beschreibungen von 1843 ff. nahelegen) und gravierender.

Es ist von Heineberg gezeigt worden, daß die Hauptzentren von Ost- und West-Berlin nach wie vor auf einander bezogen sind. Es gibt danach ein noch nicht zerrissenes und auch wohl nicht zerreißbares City- und Kulturband in Groß-Berlin zwischen seinem Ost- und Westteil. Beide stehen wie zwei Hälften »im Kopf« nach wie vor in einem funktionellen und planerischen Zusammenhang. Man müßte also angesichts

der Mauer und ihrer scharfen Trennung nicht von einem Identitätsverlust Gesamtberlins reden, sondern von einer Verdoppelung sprechen, die als Kriegsnachfolgestand entstanden ist.

Die europäische Kulturstadthaftigkeit Berlins schließt Ostberlin nicht aus, so wie »Europa« Osteuropa einschließt. Ironischerweise ist das Repräsentationsbedürfnis der Hauptstadt der DDR – wie bei den alten Preußen – von hervorragender Bedeutung. Das Wettbewerbsprinzip im Westen hat Bedürfnisse geweckt und befriedigt, das den Lebensstandard arbeitsrechtlich enorm gesteigert hat nach Vorstellungen, die aus dem Arbeitermilieu stammen könnten. So ist im Zooviertel ein neues westliches Hauptzentrum entstanden, das städtebaulich und verkehrsplanerisch an den östlichen Teil angebunden bleibt, sogar unter Freihaltung vorhandener Reserveflächen für eine spätere Phase Berliner Stadtgeschichte.

Aus diesen stadtgeschichtlichen Betrachtungen über Wohnverhältnisse, Bauplanung, Raumplanung und Kommunalpolitik im großberlinerischen Sinne resultiert doch: Die neue Identitätssuche, wenn sie denn existiert, wäre allenfalls eine künstlich verdoppelte, die sich irgendwann einmal zwischen marktwirtschaftlicher Bedarfsbefriedigung und sozialistischer Funktionalität, zwischen Planung und Repräsentation auf der einen und anderen Seite, einpendeln muß. In beiden Teilen Berlins ist der jeweilige Städtebau und die parallel laufende Politik gegenüber der einwohnenden Bürgerschaft untrüglich ein Ausdruck derjenigen Kräfte, die ab 1948/49 auf Trümmern und Bauresten der Stadtgeschichte eine neue Zukunft zusammenschweißten.

Ich weiß nicht, ob das doppelsteinerne Berlin zwei Inselhälften zum einzelkommunalen Funktionieren gebracht hat, so wie es zur Zeit den Anschein hat. Anscheine können leicht trügen. Es herrscht, wie mir als Besucher des Monats August 1987 erschien, eine dialektische Spannung zwischen diesen beiden Stadthälften. Die althistorische, teilweise entpreußte Stadthälfte hat die Hauptstadtfunktion der DDR in Europa auszuüben und wird daher ironischerweise via preußische Traditionen ein Element in das Lebensbild der DDR hineindrängen, das sich nicht leicht mit Marxisten verbinden lassen wird. Ob es ihm in der Provinz geneidet wird, bleibe dahingestellt. Das Neu-Berlin des Westens ist nicht volles Bundesland der Bundesrepublik geworden, muß daher preußische Residuen eher fernhalten. Es ist vielleicht mit einem umzingelten Magneten vergleichbar, der aus der Luftperspektive wie ein ummauertes Suburbium aussehen mag, juristisch durchaus sui generis. Es wäre noch die Frage, ob auf Dauer die Anziehungskraft der anderen Stadthälfte oder die Freiheitsgarantien der restlichen Bundesrepublik sich als magnetisch anziehender erweisen werden?

Es ist diese Sonderspannung, welche im Schreiben über die Großstadt und ihre Stadthälften erst literarisch entdeckt werden sollte. Beide Städte, Regierungen wie auch Bevölkerungen, nehmen Kontinuitäten, Neuplanungen und Neuwuchs und abweichende Stadtkulturen in verschiedenem Maße in Anspruch. Noch sprechen sie übrigens die gleiche Sprache! Ich glaube, daß sich der Einfluß der beiden Stadthälften

aufeinander früher verstärken wird, als es der wechselseitige Einfluß der beiden deutschen Staaten möglich erscheinen läßt. Das Ost-West-Verhältnis wird vermutlich einen Sonderweg einschlagen müssen. Aber eine baldige West-Berliner/Ost-Berliner Städtepartnerschaft wird Berlin-Berlin nicht erspart bleiben, davon bin ich persönlich überzeugt.

Das gesellschaftliche Kulturangebot der Ostberliner Hälfte und das kulturelle Gesellschaftsangebot der Westberliner Hälfte wird sich vermutlich in Berlin als solchem mischen. Intellektuelle Freiräume zwischen Image und Substanz, zwischen Ideologie und utopischer Wirklichkeit, werden sich unter dem Druck der Verhältnisse und des Geldmangels angleichen, und schließlich wird auch die kulturelle Konkurrenz in Gemeinsamkeit einmünden.

Das freiere Gesellschaftssystem wird differenziertere Wirtschaftsweisen anbieten können; die restringiertere Gesellschaftsdurchformung wird die alte city-ähnlichere Stadtphysiognomie weiter repräsentieren und darin das eher »Urdeutsche« in Anschlag bringen können. Es wird auf jeden Fall, so steht zu vermuten, einen harten Konkurrenzkampf zwischen den beiden Stadtssystemen geben. Trotz größter Schwierigkeiten ist es ja unmittelbar verständlich, daß ein Systemausgleich zwischen zwei Stadtssystemen unendlich weniger mühevoll sein müßte als ein Angleich zwischen zwei ideologisch verschiedenen Nachfolgestaaten, noch dazu deutschen!

Das Angewiesensein beider Berliner Städte auf einen Wettbewerb untereinander unterwirft die Dauer der Beziehungen auf jeden Fall einem marktwirtschaftlichen Vergleichsmaßstab, den der Westen bisher um viele Längen zu gewinnen verstand. Die Arena der weiteren Austragung bleibt, auch was Ideologien im Osten angeht, der Markt von Angebot und Nachfrage.

In der zukünftigen Identitätssuche muß meines Erachtens, insoweit der Rechtsfrieden erhalten bleiben, zwangsläufig die Wirtschaftsdynamik die gesellschaftliche Wirklichkeit galvanisieren. Die Gesellschaftsordnung mit beschränkterer Differenzierung wird daher Grundvorstellungen an seine Bürger zu vermitteln trachten, aufgrund derer kleine gesellschaftliche Freiräume und größere Flexibilität, soweit wie verträglich, eingeräumt werden können. NB, ich rede nicht einer Konvergenz das Wort; eine solche könnte das ostdeutsche Regime nicht ohne Verlust oder Selbstaufgabe verkraften. Erst wenn in West-Berlin ein Bedarf nach undifferenzierteren Lebensgrundvorstellungen erwachen sollte – und das ist zur Zeit nicht sehr wahrscheinlich – wird die Hermetik ein wenig geöffnet werden können. Ein wichtiger Besuch zieht vermutlich viele kleinere Besuche nach sich. Eine große Konzession löst vermutlich mehrere Konzessionen aus, usw.

Permanente Verfassungszustände pflegen sich auf die Dauer nicht vor und hinter Mauern zu zementieren, sowie Verfassungen nach Plato überhaupt nicht auf Bäumen (also auch nicht auf Mauern) wachsen, sondern in den Seelen der Menschen, gewiß auch denen der deutschen.

Berlin um 1700 rante an die »Idealstadt« Charlottenburg an. Im 18. Jahrhundert war zumindest die Friedrichstadt Berlins im Sinne John Tolands eine »Toleranzstadt« par excellence; im 19. Jahrhundert zog Schinkels Klassizismusideal und die preußische Gartenintendantur in Berlin ein. Bereits 1882 wurden die von Wülcknitzschen Mietskasernen mit den greulichen lichtlosen Hinterhöfen abgerissen. Im späten 20. Jahrhundert erscheint West-Berlin als nicht-ganz-zwölftes Bundesland dennoch Teilweltstadt; Ost-Berlin hat als Hauptstadt der DDR den Charakter eines Landes-zentrums angenommen und damit unwissentlich eine integrative Dynamik in Gang gesetzt.

Das Berliner Großstadtgebiet hat zwei Nachfolgestädte erzogen, die im statistischen Einwohnervergleich zusammen weitaus den ersten Platz Deutschlands halten, nach Einwohnern getrennt gezählt, Platz 1 und 4 einnehmen. Registrierbare Leitbilderwandel müßten einer Mauerdesintegration vorausgehen. Eine sinnvolle Identitätssuche könnte nur mental nach innen gerichtet sein, müßte also zentripetale Kräfte entfalten. Es besteht darüber zur Zeit kaum eine ernstzunehmende Bewußtseinskrise. Das Hoffnungsvolle muß auf beiden Seiten und von beiden Warten stärker herausgestellt werden; das Hoffnungslose sollte auf beiden und von beiden Seiten gemildert werden.

---

Im übrigen läßt sich nicht leugnen, daß die ästhetische Kunst hier wirklich populär geworden ist; sie ist sogar bis zu den Stiefelputzern und Dienstmädchen herabgestiegen. Die Kellner in den Wirtshäusern prüfen mit Kennerblick plastische Kunstwerke, die Barbieri sprechen von Schönheitssinn und Kunstgefühl, die Haarschneider von Gemüt und geläutertem Geschmack. Meine Aufwärterin beschwor mich, nicht die Aufführung von Schillers »Jungfrau von Orleans« zu versäumen.

(aus: P. D. A. Atterboom, Reisebilder aus dem romantischen Deutschland, 1817/19, Stuttgart 1970)

Klaus Duntze

## Suchet der Stadt Bestes

*Drei Predigten zur Einführung der Städteordnung in Berlin im Jahre 1809*

1. Einleitung 2. Die Rolle der Evangelischen Kirche 3. Die Einführungspredigt Probst Ribbecks in der Nikolaikirche 4. Die Predigt Probst Hansteins 5. Schleiermachers Predigt »Über das Verhältnis der Christen zu seiner Obrigkeit« 6. Die Antwort der Kirche – vergleichende Würdigung der drei Predigten

### 1. Einleitung

Im Frühjahr 1809 wurde die im November des vorhergehenden Jahres erlassene »Ordnung für sämtliche Städte der Preussischen Monarchie« auch in Berlin eingeführt. Damit begann ein neuer Abschnitt in der Stadtgeschichte: Die Verwaltung des Gemeinwesens durch die Beamten des absolutistischen Landesherrn wurde von der Selbstverwaltung der städtischen Angelegenheiten durch die Bürgerschaft abgelöst. Freiherr vom Stein, auf dessen Reformkonzept auch die Städteordnung beruht, ging von der Einsicht aus, daß nur der Staatsbürger imstande und bereit ist, sich mit der Sache des Staates zu identifizieren, der auch an der Einrichtung und der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten beteiligt wird. »Weit wichtiger (als die Ersparnisse der Verwaltungskosten, d. V.) ist die Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns, die Benutzung der schlafenden oder falsch geleiteten Kräfte und der zerstreut liegenden Kenntnisse, der Einklang zwischen dem Geiste der Nation, ihren Ansichten und Bedürfnissen und denen der Staatsbehörden, die Wiederbelebung der Gefühle für Vaterland, Selbständigkeit und Nationalehre«, schreibt vom Stein in seiner »Nassauer Denkschrift« von 1807, in der er die Grundsätze für die Erneuerung der preußischen Gesellschaft und des Staatswesens formuliert.<sup>1</sup>

Mit der Einführung der Städteordnung waren diese Prinzipien Gesetz geworden; partizipatorische Praxis war – anders als in der französischen Revolution – nicht vom Volk eingefordert und erzwungen, sondern von der Staatsverwaltung ausgearbeitet und durch königliche Kabinettsordre dekretiert worden. Dieses Verfahren warf erhebliche Fragen auf: Lassen sich Untertanen eines absolutistischen Landesherrn durch eine herrscherliche Verfügung in selbständige Subjekte politischen Handelns verwan-

deln? Kann man Bürgersinn, Gemeingeist und Patriotismus dekretieren? Selbst in den großen Städten, wo sich mit der Einrichtung des Magistrats und der Tradition der Zünfte noch ein Schatten ehemaliger Selbständigkeit erhalten hatte, war es fraglich, ob sich genügend geeignete und engagierte Bürger finden würden, die ehrenamtlich die öffentliche Verwaltung aus den Händen der besoldeten Fachbeamten übernehmen könnten und wollten und die bei der Beratung der kommunalen Angelegenheiten sich allein vom Gemeinwohl leiten ließen. Im Blick auf die Machtverteilung in der preußischen Gesellschaft bedeutete die neue städtische Selbstverwaltung – die als Modell und Einstieg zu einer durchgehenden Demokratisierung des Staatswesens bis hin zu einer konstitutiven Verfassung konzipiert war – einen erheblichen Einfluß der bürgerlichen Klasse auf Kosten des Adels in Bürokratie und Militär. Die Städteordnung als Herzstück der Verwaltungsreform mußte also nach beiden Seiten vermittelt und durchgesetzt werden: gegenüber den bürgerlichen Untertanen, die nun selber »Obrigkeit« werden sollten, und gegenüber den herrschenden Schichten des absolutistischen Staatswesens, die sich mit dem Abbau ihrer Macht und ihrer Privilegien konfrontiert sahen.

Anhand von drei Predigten zur Einführung der Städteordnung in Berlin soll untersucht werden, ob die Evangelische Kirche und ihre Geistlichen mit ihrer Beteiligung eine Pflichtübung vollzogen oder sich für die Erneuerung des städtischen Gemeinwesens und die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse eingesetzt haben, wie sie von den preußischen Reformern angestrebt wurden.

### 2. Die Rolle der Evangelischen Kirche bei der Einführung der Städteordnung

Am 19. 11. 1808 war die Städteordnung durch königliche Kabinettsordre verabschiedet worden. Am 26. Januar 1809 wurde der Berliner Magistrat zur Vorbereitung der Einführung der neuen Ordnung aufgefordert. Schon vorher hatte Friedrich Daniel Schleiermacher eine Predigt unter dem Thema »Über das Verhältnis des Christen zu seiner Obrigkeit« gehalten, die am 22. 1. 1809 als Sonderdruck erschienen ist.<sup>2</sup> Schleiermacher, der auch die Wertschätzung der preußischen Reformen genoß – Freiherr vom Stein bat ihn 1806 um einen Entwurf zur Reform der Verfassung der Evangelischen Kirche in Preußen<sup>3</sup> –, wurde im Mai 1809 als Prediger an der Dreifaltigkeitskirche eingeführt. Die oben genannte Predigt gehört in die Reihe der »patriotischen Predigten« Schleiermachers, die er schon als Universitätsprediger in Halle begonnen hatte und in denen er sich mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen der gegenwärtigen Situation Preußens auseinandersetzte, aber auch die Hörer

<sup>1</sup> Freiherr vom Stein, Briefe und amtliche Schriften Bd. II, Stuttgart 1959, S. 394. Zur Einführung der Städteordnung vgl. auch P. Clauswitz, Die Städteordnung von 1808 und die Stadt Berlin, Berlin 1908; K.-H. Börner, Beginn der bürgerlichen Umwälzung in Berlin. Eine Einführung der Städteordnung, in: Jahrbuch für Geschichte, Studien zur Geschichte Berlin 35, Berlin (DDR) 1987.

<sup>2</sup> F. Schleiermacher, Predigten Bd. 4., Berlin 1809, S. 29 f.

<sup>3</sup> Vgl. F. Schleiermacher, Vorschlag zu einer neuen Verfassung der protestantischen Kirche im preußischen Staate, in: F. Schleiermacher, Schriften zur Kirchen- und Bekenntnisfrage Bd. II, Berlin 1969.

sehr direkt ermutigen und zum gesellschaftlich-patriotischen Engagement veranlassen will.<sup>4</sup>

Am 11. April 1809 wurde in der Vossischen und Spenerschen Zeitung der Beschluß des Magistrats über die Wahlbezirke und den Ablauf der Wahlen veröffentlicht: In 22 Kirchen sollten von Dienstag bis Sonnabend, vom 18. bis 22. April, die 102 Wahlgänge nach jeweilig vorangegangenen Gottesdiensten (entsprechend § 87 der Städteordnung) durchgeführt werden, nachdem vorher schon in den Kirchen zur Vorbereitung beigetragen wurde: »Auch von den Kanzeln herab wurden die Bürger ermahnt, recht sorglich und tüchtig zu wählen. Am 16. April fanden in allen an jenem Tage sehr besuchten Kirchen Vorbereitungs predigten auf die Wahl der Stadtverordneten statt.«<sup>5</sup>

Eine dieser Wahlpredigten ist wieder aufgetaucht und 1977 veröffentlicht worden. Sie stammt von Gottfried August Ludwig Hanstein, Propst an der Petrikirche von Cölln, ist als Sonderdruck erschienen und »den Wahlbürgern und den Erwählten Berlins gewidmet«. Aus Raumgründen kann sie hier nicht dargestellt werden; sie befaßt sich unter dem Predigttext »Suchet der Stadt Bestes und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgehet, so gehet es auch euch wohl!« damit, »was für das heutige Wahlgeschäft die Religion dem frommen Bürger ans Herz zu legen hat.«<sup>6</sup>

Hanstein, der während der französischen Besetzung wegen einer Predigt mit der Besatzungsmacht in Konflikt kam, mußte sich, zusammen mit Schleiermacher, der als Dolmetscher assistierte, vor dem französischen Gouverneur verantworten. Seine Wahlpredigt sowie seine noch näher zu besprechende Predigt nach der Einführung des neuen Magistrats weisen ihn als engagierten Patrioten auf der Seite der preußischen Reformer aus, dessen Eintreten für die neue Städteordnung weit über eine kirchliche Pflichtübung hinausgeht.<sup>7</sup>

Nachdem im April die Stadtverordneten gewählt worden waren und diese die Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters sowie die besoldeten und unbesoldeten Mitglieder des Magistrats gewählt hatten, konnte nach der Berufung Leopold von Gerlachs zum Oberbürgermeister und der Bestätigung der anderen Magistratsmitglieder durch König und Provinzialregierung am 6. Juli 1809 der neue Magistrat in sein Amt eingeführt werden. Dies geschah in einem feierlichen Gottesdienst in der Nikolaikirche, in dem der neugewählte Magistrat mit dem Oberbürgermeister an der Spitze vereidigt wurde. Propst *Konrad Gottlieb Ribbeck*, der die Festpredigt hielt,

<sup>4</sup> Zu Schleiermachers Biographie vgl. *F. W. Kantzenbach*, Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher, Hamburg 1967.

<sup>5</sup> *A. Streckfuß*, Berlin im 19. Jahrhundert Bd. I, 1, S. 103.

<sup>6</sup> Anrede an die Bürgerversammlung vor der Wahl der Stadtverordneten, gehalten von Probst Hanstein, Berlin 1908, faksimiliert in: *Der Bär von Berlin*. Jb. des Vereins f. Geschichte Berlins 26 (1977), S. 79 ff.

<sup>7</sup> Vgl. *W. Wendland*, 700 Jahre Kirchengeschichte Berlins, Berlin 1930; *ders.*, G. A. L. Hanstein als patriotischer Prediger in Berlin, in: *Jb. f. Brandenburgische Kirchengeschichte* 1915, S. 88–118.



*F. A. Calau*, Die Vereidigung des ersten Berliner Magistrats in der Nikolaikirche am 6. 7. 1809.

Quelle: Märkisches Museum, Berlin (DDR)

hatte wie Schleiermacher und Hanstein in Halle studiert und sich dort der Aufklärung und dem theologischen Rationalismus angeschlossen. Nach pfarramtlichen Tätigkeiten wurde er 1805 an die Stelle der wichtigsten aufgeklärten Berliner Theologen, Zöllner und Spalding, als Propst und Prediger an die Nikolai- und Marienkirche berufen. Als Oberkonsistorialrat und als Beichtvater der Königin Luise sowie als Mitglied wichtiger kirchlicher Reformkommissionen hatte er einen großen Einfluß auf die kirchliche Entwicklung zum Anfang des 19. Jahrhunderts in Preußen. Ribbeck wurde 1813 für seine Bemühungen um die Aufhebung des Landsturmverbots für Berlin als erstem das »Ehrenbürgerrecht« (d. h. Bürgerbrief ohne Grundstück und Einkommen aus Gewerbe) verliehen.<sup>8</sup>

### 3. Die Einführungspredigt Propst Ribbecks in der Nikolaikirche am 6. 7. 1809

Ribbeck stellt seine »Predigt bey der Verpflichtung und Vereidigung des neuerwählten Magistrats von Berlin« unter das Thema: »Die ernsten Entschließungen und freudigen Hoffnungen, zu welchen bey dem Amtsantritte der Obrigkeit unserer Stadt der Gedanke auffordert, daß unsere neue obrigkeitliche und bürgerliche Verfassung ein Werk von Gott zu unserem und unserer Nachkommen Glück und Heil ist.« Als Predigttext dient ihm Psalm 90, Vers 16.17: »Zeige deinen Knechten deine Werke und deine Ehre deinen Kindern. Und der Herr, unser Gott, sey uns freundlich und fördre das Werk unserer Hände, ja das Werk unserer Hände wolle er fördern!«<sup>9</sup>

In der Auslegung des Predigttextes kommt Ribbeck zu zwei Kernsätzen: »1. Unsere neue obrigkeitliche und bürgerliche Verfassung ist ein Werk Gottes zu unserem und unserer Nachkommen Heil. 2. Dieser Gedanke fordert uns bey dem heutigen Amtsantritt der Obrigkeit unserer Stadt zu sehr ernsten Entschließungen und sehr freudigen Hoffnungen auf.«

Im ersten Teil definiert er, woran Menschenwerk als Werk Gottes, das sich darunter verbirgt, erkannt wird: Wenn es »beschlossen, unternommen und ausgeführt wird von den dazu nach Gottes Ordnung berechtigten und berufenen Menschen«, wenn es »aus innerem heiligen Antrieb oder auf Veranlassung dringender durch Gottes Schickung herbeigeführter Umstände, in reiner gottgefälliger Absicht, zu würdigen, dem Willen Gottes gemäßen Zwecken« geschieht. All diese Kriterien treffen auf die Städteordnung zu: »Ausgegangen ist diese ganze neue Einrichtung von dem Thron unseres Landes-Herren, sie ist Wille und Gesetz des Königs, den Gott unserem Lande und Volke als Herrscher verordnet hat ... der allein mit Sicherheit darüber urtheilen und entscheiden kann, was dem Lande frommt und nützt.« Dieser Wille des Königs ist

<sup>8</sup> Vgl. T. Müller, Berlins Ehrenbürger, Berlin (o. J.), S. 5 ff. und 12 f.

<sup>9</sup> Vgl. Abdruck der Einführungspredigt in: Neues Magazin von Fest-Gelegenheits- und anderen Predigten und kleineren Amtsreden, Zweiter Theil, Magdeburg 1810.

identisch mit dem Willen Gottes: »In den Gesetzen des rechtmäßigen Landesherrn müssen Christen unbedingt den göttlichen Willen ehren.«

Auch der Zusammenbruch Preußens wird als Heimsuchung Gottes verstanden: »Damals war es entschieden, daß im Lande nicht ferner alles bleiben könne, wie es bisher gewesen war; unser Los war gefallen; es mußte vieles anders und neu werden.« Schließlich ist die neue Verfassung ein Gott wohlgefälliges Werk, in dem die getrennten gesellschaftlichen Gruppen zusammengebracht werden sollen: »Durch Teilnahme an der Verwaltung des Gemeinwesens soll der Bürger zu einer vertrauteren Bekanntschaft mit dem Gemeinwesen und der Verfassung gelangen; Bürgersinn und Gemeinsinn und Vaterlandsliebe sollen befördert und verbreitet werden; die neue Bürger-Ordnung soll ein engeres Band schlingen um alle Bürger von jedem Range und Stande und Gewerbe und Glaubensbekenntnisse.« Der Erfolg der neuen Ordnung wird beweisen, daß sie ein Werk Gottes ist, das weit über die gegenwärtige Generation hinausreicht: »Nicht nach der nächsten Wirkung allein, nicht allein nach dem Einflusse auf die Genossen der gegenwärtigen Zeit dürfen Gottes Werke beurtheilt, gewürdigt und gerichtet werden; Gottes Auge überschaut die Gegenwart und die Zukunft.«

Die »ernsten Entschließungen«, die sich daraus ergeben, betreffen zunächst den Magistrat: Wenn seine Mitglieder die neue Ordnung, auf die sie nun vereidigt werden, als Gottes Werk erkennen, »so werden sie mit so viel höherem Ernste die sorgfältigste, thätigste und treueste Erfüllung ihrer wichtigen Amts- und Berufspflichten beschließen und angeloben.« Qualifiziert dazu sind sie durch ihr Bürgersein und die damit verbundenen Tugenden: guter Ruf, Bürgersinn, aber auch durch ihre Gottesfurcht und ihr Christentum: »Wozu sie sich schon durch edle Ehrliche, durch Bürgerliebe, Vaterlandsliebe und Menschenliebe aufgefordert fühlen, das wird ihnen noch ehrwürdiger und wichtiger seyn, insofern es sich ihnen darstellt und von ihnen empfunden wird als heilige Religions- und Gewissenspflicht.« Dabei zählt dann die göttliche Bestätigung ihres Wirkens im eigenen Gewissen mehr als die öffentliche Anerkennung durch die Mitbürger. Diese Gewissensverpflichtung, die auch die Städteordnung im § 110 ausspricht, ersetzt jedes imperative Mandat und sonstige Abhängigkeit: »sie (die ernsten Entschließungen, d. Vf.) sichern der obrigkeitlichen Verwaltung ihre Selbständigkeit und freye Unabhängigkeit von den Urtheilen der Menschen, von Lob und Tadel, von der Zudringlichkeit der Unredlichen, die das Unrecht zu erschleichen oder ertrotzen suchen, von den Neigungen und Schwächen und Leidenschaften des eigenen Herzens.«

Die »freudigen Hoffnungen« sind auf den zugesagten Beistand Gottes am Werk der neuen Ordnung gegründet; sie sollen den Magistrat in seinen schweren Pflichten und Aufgaben ermutigen: »Auch sie, denen dieß Werk von Gott zu fördern obliegt, dürfen ... dabey machtvoll vertrauen nicht nur auf ihre eigene Einsicht und Erfahrung, auf die thätige Theilnahme und Mitwirkung der Bürgerschaft und ihrer Wort-

fürer, der Verordneten der Stadt, auf die kräftige Unterstützung des Königs..., die Väter der Stadt dürfen neben dem allen auch auf Gottes allmächtigen Beystand und Segen bauen.«

Die eigentliche Eidesleistung wird von Ribbeck als ein Bundesschluß zwischen Obrigkeit und Bürgerschaft als zwischen Vätern und Kindern interpretiert: »Die Tausende ihrer Bürger, und die Tausende ihrer Schutzverwandten, alle legen hier ihr Wohl und das Wohl ihrer Familien in Ihre Hände; alle rufen Ihnen heute zu: Würdige Väter der Stadt, wir vertrauen auf Euch! lasset, o lasset uns immerdar bey Euch finden einen väterlichen Sinn, ein väterliches Herz, Vaterliebe und Vätertreue! Der große Augenblick ist da, wo Sie, Verehrteste, antworten wollen auf diese Bitte Ihrer Kinder... Wo Sie Ihren Kindern die Vaterhände entgegenreichen und ihnen geloben: Wir wollen, ja wir wollen Euch redliche, liebende, treue Väter seyn!«

### 3.1. Zusammenfassung der Predigt Ribbecks

1. Der repräsentative Gottesdienst zur Amtseinführung des Magistrats folgt ganz der Tradition einer feierlichen Legitimation obrigkeitlicher Gewalt.

2. Dem entspricht, daß Ribbeck das Zustandekommen der neuen Obrigkeit nicht in einem gestärkten Selbstbewußtsein und politischer Emanzipation des Bürgerstandes sieht, sondern in der Anordnung des Königs, der kraft seines Gottesgnadentums unbestreitbare höchste Autorität darstellt; auch die Würde des neuen Magistrates liegt nicht in der durch Wahl übertragenen Autorität, sondern in der königlichen Bestätigung der Gewählten.

3. Ribbeck sucht konsequent nachzuweisen, daß die neue Ordnung Gottes Werk für die gegenwärtige und die zukünftigen Generationen ist. Ihr zu gehorchen, heißt Gott gehorchen, sie und ihre Repräsentanten zu ehren, heißt Gott ehren. Der Magistrat steht in der christlichen Autoritätskette: er ist vom König autorisiert, dieser von Gott selbst. Damit kommt dieser neuen Ordnung das höchste sittliche und moralische Gewicht zu, das denkbar ist; man muß Gott noch mehr gehorchen als den Menschen.

4. Für das Verhältnis des Magistrats als Stadt-Obrigkeit zu den Einwohnern als Untertanen gebraucht Ribbeck die Metapher von Vätern und Kindern, deren Verhältnis von Vertrauen und Gehorsam auf der einen Seite, von Verantwortungsbewußtsein und Liebe auf der anderen Seite bestimmt ist. Das Wahlrecht schafft keine partnerschaftliche Gleichheit zwischen den Wählenden und den Gewählten; die obrigkeitliche Funktion verleiht dem Magistrat den Status der Überlegenheit, den Bürgern den Status der untertänigen Abhängigkeit – hätte es dem König gefallen, eine andere Ordnung zu setzen: auch eine solche hätte Ribbeck als Werk Gottes interpretieren können.

### 4. Die Predigt Propst Hansteins am 9. Juli 1809

Drei Tage nach der Einführung des neuen Magistrats, am 9. Juli 1809, hält Propst Hanstein eine Predigt unter dem Thema: »Gerechtigkeit, Eintracht und Gottesfurcht, die festesten Stützen der neuen bürgerlichen Ordnung, der sich unsere Stadt zu erfreuen hat.«<sup>10</sup> Als Predigttext dient ihm Matthäus 5, 20–26: »Ich sage euch: Es sey denn eure Gerechtigkeit besser denn der Schriftgelehrten und Pharisäer, so werdet ihr nicht ins Himmelreich kommen« (und die folgenden Verse).

Der Grundgedanke der Predigt ist das Wesen der bürgerlichen Gerechtigkeit, die eine andere ist als gesetzeshöriger Untertanengeist: »eine Gerechtigkeit..., die nicht dem Buchstaben allein, sondern dem Geist des göttlichen Gesetzes genüge, die nicht das Äußere nur thue, was geschrieben steht, sondern in den Geist und Sinn des Gebotes und Verbotes eindringe und danach denke und lebe«. Mit dieser Gerechtigkeit ist »nach Jesu Sinn und Herzen brüderliche Liebe, Eintracht, Versöhnlichkeit, Gemeinnutz« verbunden. Ebenso die Achtung gottesdienstlicher Pflichten, also Gottesfurcht und Frömmigkeit. In der Geltung dieser Tugenden werden Gottesreich und bürgerliche Ordnung identisch: »Also Gerechtigkeit, Eintracht und Gottesfurcht, das sollen die drey Haupt- und Kern-Tugenden der Mitglieder und Bürger des himmlischen Reiches Christi sein. Gerade dieselben Tugenden und Übungen sind es, welche unerläßlich auch allen Denen geboten werden müssen, die als Bürger der neuen städtischen, bürgerlichen Verfassung pflichtgetreu und glücklich in derselben leben wollen.«

Zum ersten Stichwort »Gerechtigkeit« führt Hanstein aus: »Soll die bürgerliche Ordnung, deren sich unsere Stadt zu erfreuen hat, gedeihen, soll unser neues Bürgerthum Bestand haben und im Segen stehen: so müsse zuvörderst der Sinn für Gerechtigkeit sich aller Gemüther bemächtigen und in unserm ganzen Thun und Lassen sichtbar werden.« Der »gerechteste König« gab dieses Gesetz, um die alten – idealen – Verhältnisse der Bürgerstadt zurückzubringen und neue Wohlfahrt zu befördern. Aber auf Seiten der Bürger muß ein gleicher Sinn und Geist für Ordnung und Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit alle beseelen und durchdringen: »Ja wie könnte – auch die vortrefflichste, weiseste, auch eine in all ihren Teilen vollendete und unverbesserliche Städte- und Bürgerordnung nur bestehen und gedeihen, wenn sie nicht mit Gerechtigkeit und Rechtlichkeit gehandhabt und gehalten wird, wenn nicht ein Jeglicher auf der Stelle, die ihm von der neuen Ordnung der Dinge angewiesen ist, das Seine, d. h. das Rechte will und das Rechte thut!« Diesen Grundsatz führt Hanstein in einem differenzierten funktionsbezogenen Berufsethos für Obrigkeit, Richter, Sicherheitskräfte, Verwaltung, Steuerbeamte, Armenpfleger, Gesundheitsdienst, Kirchen- und Schuldienst aus. Neben den Bereich der öffentlichen kommunalen Angelegenheiten stellt er ein Gewerbeethos, das sich ebenso im Gesetz Gottes gründet wie das Fami-

<sup>10</sup> Ebda.

lienethos, dem es auch obliegt, die bürgerliche Demokratie zum Erziehungsinhalt zu machen: »damit von rechtlichen Vätern und tugendhaften Müttern der Nachwelt ein rechtliches und tugendhaftes Bürgergeschlecht übergeben und erzogen werde, und die Wahl der Oberen und der Verordneten jährlich leichter falle, jährlich glücklicher und segensvoller gelinge; damit nach und nach jeder Keim der Unordnung erstickt, jede bittere Frucht der Willkühr und Gesetzlosigkeit ausgerottet, und die letzte Spur nicht mehr unter uns vorhanden sey von Ungerechtigkeit und Schändlichkeit; damit unsere Stadt werde und bleibe eine Stadt der Gerechtigkeit..., die emporsteige aus den Trümmern ehemaligen Wohlstands zu neuem Heil und Glück.«

Beim zweiten Stichwort »Eintracht und Gemeinsinn« geht Hanstein von dem Begriff des »bürgerlichen Vereins« aus: »Schon der Name des Vereins drückt es aus, daß die Glieder desselben Eins seyn sollen; und ein Bürgerthum ohne Gemeinsinn ist ein Wort ohne Bedeutung, ist ein Körper ohne Leben und Geist.« Die Beförderung des gesellschaftlichen Konsens sieht Hanstein als wesentliches Ziel dieser königlichen Anordnung, »daß dadurch die einzelnen Stände und Klassen seines Volkes immer näher zueinander hingezogen werden; daß dadurch um Alle ein immer festeres Band solle geschlungen werden...« Dieser Absicht stellt Hanstein einen Lasterkatalog der Eigenschaften und Verhaltensweisen gegenüber, die aus einem mit dem Gemeinwohl unvermittelten Individualismus herrühren: »Lasset es sein, daß Parteysucht, daß Rechthaberei, daß Stolz oder einseitige Ansicht, oder eigennütziges Gewinnsucht oder beleidigendes Hervordrängen Einzelner die Bürger entzweit, die verschiedenen Behörden einander entfremdet; daß Zwietracht den Platz der Eintracht einnimmt, Selbstsucht und Egoismus den Gemeinsinn und die Bürger- und Bruderliebe verdrängt, daß Willkühr und Herrschsucht in dem Rathe der Bürger gebiethe oder Stolz und Eigensinn in den Versammlungen der Bürger das Wort nehmen wollte; – welche unselige Spaltungen, welche entehrende Auftritte, welche gemeinschädliche, verderbliche Folgen würden in diesem Reiche, das unter sich selbst uneins wäre, hervortreten!« Dabei bedeutet der geforderte Gemeinsinn nicht Uniformität, sondern lebt von der Auseinandersetzung: »Nicht als ob nun alle und jede nun immer einerley Meinung sein müßten ... das ist unmöglich. Nein immerhin sey und bleibe Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit in den Ansichten, Meynungen, Urtheilen. Das ist gut und erfreulich. Dabey gewinnt die Sache. Dadurch wird die Wahrheit und das Rechte überall gefunden, geweckt, gefördert.« Nur der Grundkonsens muß gegeben sein und gewahrt bleiben, um die einzelnen zu motivieren, die Lasten für das Gemeinwesen zu tragen und Opfer zu bringen und den sozialen Frieden zu garantieren: »Aber der Sinn des Gemüths sey einig... Die Grundsätze der Volks-, Vaterlands- und Königsiebe, die Grundsätze der Tugendachtung und Tugendübung, diese seyen dieselben überall und bey Allen.«

Für das dritte Stichwort »Gottesfurcht und Religiosität« verweist Hanstein noch einmal auf die Bestimmung der Städteordnung, die Wahlhandlungen mit Gottesdien-

sten zu beginnen; daraus erkennt er den Willen des Königs, »daß die gesunkene Religion im Lande sich wieder hebe, daß Religiosität und Frömmigkeit die Seele sey der ganzen neuen Ordnung.« Frömmigkeit und Religiosität macht Hanstein zur unabdingbaren Voraussetzung der bürgerlichen Ordnung, beide setzt er in eines: »Denn nur bei einem solchen Geiste und Sinne und Leben wird ein jeglicher seine Pflicht thun; sein Bundeswort wird ihm heilig, sein Eidschwur vor dem Höchsten unverletzlich seyn. Nur bey einem frommen Geiste und Sinne thut ein Jeglicher das Seine auch zum Wohl der Stadt und Bürgerschaft treulich; denn er wirket Gottes Werk.«

Diese Religiosität will gepflegt und geübt sein. Dazu gehört der regelmäßige Gottesdienst der Familien und als Voraussetzung dazu sowohl das Arbeitsverbot an Feiertagen wie auch das Vergnüungsverbot an Wochenenden, um mit der allgemeinen Sonntagsruhe auch die äußeren Bedingungen für eine allgemeine Sonntagsfeier zu schaffen: »daß Allen der Tag der Ruhe und das Haus des Herrn heilig sey, daß die Väter mit ihren Söhnen, die Mütter mit ihren Töchtern zu dem Heiligthume Gottes wandeln, daß alle Kirchen erfüllt seyen mit andächtigen Hörern...« Der gemeinsame Sonntagsgottesdienst der Bürger wird zur Garantie für den ethischen Grundkonsens im Gemeinwesen.

#### 4.1. Zusammenfassung der Predigt Hansteins

1. Hanstein erkennt, daß die mit der Städteordnung eingeleitete Reform ein neues gesellschaftliches Bewußtsein fordert. Von seinem aufgeklärten Standpunkt aus sieht er keinen Widerspruch zwischen den christlichen und den bürgerlichen Tugenden bzw. Eigenschaften, die dieses Bewußtsein bestimmen; er sieht vielmehr die bürgerliche Ordnung und das Reich Gottes als potentiell identisch und die christliche Frömmigkeit als wesentliche und unverzichtbare Grundlage für die bürgerliche Ordnung.

2. Dieses neue gesellschaftliche Bewußtsein hebt Hanstein deutlich von der alten Untertanengesinnung ab, die nur obrigkeitliche Anordnungen aus Furcht befolgt, ohne sich damit zu identifizieren. Zwar ist die neue Ordnung staatlich geboten, sie kann aber ohne die freie Zustimmung der Bürger nicht funktionieren. Diese Zustimmung beruht ebenso auf der Einsicht in ihre Göttlichkeit wie in ihre Vernünftigkeit; zwischen beiden ist kein Widerspruch. Die bürgerliche Ordnung, die für ihren Vollzug nur gleichwertige, funktional bestimmte Berufe kennt, ist göttlich, weil sie vernünftig ist.

3. Fehlende Einsicht in die Vermittlung der privaten mit der öffentlichen Wohlfahrt muß durch Belehrung und Erziehung überwunden werden. Dies ist die vornehmliche Aufgabe der Kirche durch die Pflege der Religiosität. Dazu müssen im Gemeinwesen die inneren und äußeren Voraussetzungen geschaffen werden: Sonntagsruhe und Sonntagsfeier im gemeinsamen Gottesdienst – ohne Gottesfurcht gibt es keine Gerechtigkeit und keine Eintracht im Gemeinwesen.

5. *Schleiermachers Predigt: »Über das Verhältnis des Christen zu seiner Obrigkeit«*

Dieser Predigt,<sup>11</sup> die ihren direkten Bezug zur Städteordnung nur aus dem Widmungstext erkennen läßt, liegt der bekannte Text Römer 13, Vers 1–5 zugrunde: »Jedermann sei unterthan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott.«

Schleiermacher geht von der verbreiteten Meinung aus, daß weite Bereiche, darunter auch die politischen Tugenden, mit der Frömmigkeit nichts zu tun hätten, nimmt aber für die Christen in Anspruch, daß Frömmigkeit die Grundlage ist, »auf welcher ächte Treue, wahrer Gehorsam und jede allgemeine Bürgertugend vorzüglich oder wohl gar allein mit Sicherheit emporwachsen kann«. Der innere Zusammenhang von christlichem Glauben und bürgerlichem Leben kommt jedoch am Verhältnis zur Obrigkeit zum Vorschein; Schleiermacher entfaltet es unter zwei Aspekten: »Erstlich, Wie ganz unanständig es dem Christen ist, um der Strafe willen unterthan zu sein, und Zweitens, Wie es ihm natürlich und nothwendig ist, sich um des Gewissens willen zu unterwerfen.«

Gehorsam um der Strafe willen ist fremdbestimmter Gehorsam, durch die Furcht motiviert: »Er thut also eigentlich was er nicht will.« Furcht und Frömmigkeit aber widersprechen sich, denn das Wesen der Frömmigkeit ist dreifach bestimmt von Selbständigkeit, von Liebe und von Freiheit.

Frömmigkeit als Selbständigkeit und Mut widersteht allen Lockungen und Drohungen und orientiert sich allein am einmal erkannten Willen Gottes. »Wer sich nun einen solchen Lebensweg vorgezeichnet hat, wie sollte es dem doch möglich sein, auf einem so großen und wichtigen Gebiete, wie unsere bürgerlichen Verhältnisse und Ordnungen umfassen, in einem ganz anderen Sinn zu handeln, nur da nicht danach zu streben, daß er sich eine Überzeugung des rechten erwerbe, der er dann unverhalten folgen könne, daß ein Gefühl der Lust und Liebe sich in ihm entwickle, von dem er sich dann leiten lasse...«

Frömmigkeit als Liebe hat keine Furcht bei sich und sprengt die egoistische Begrenzung auf die persönlichen Verhältnisse und Interessen auf; Liebe kann sich nicht einmal mit der Beschränkung auf den familiären Bereich zufrieden geben. »Wer erkennt nicht den Werth der häuslichen Verbindungen? Wer weiß es nicht, wie viel sie dem Herzen sind? Aber laßt uns auch gestehen, sie sollen den nicht ganz für sich nehmen, nicht ganz sein Leben ausfüllen, der in sich Kraft fühlt und Beruf zu einer ausgebreiteten Wirksamkeit, und die muß jeder fühlen, der auch nur denken kann den Gedanken Vaterland. Wird nun die auf das größere angewiesene Liebe gewaltsam zusammengedrängt in einen engern Raum ... so muß sie kränkeln.«

Frömmigkeit als Freiheit: »Das ist unsere Freiheit, daß auch kein Gesez Gottes uns fremd ist oder nur ein äußerlicher Zwang, sondern daß die innige Zustimmung unseres Gewissens zu ihnen allen, die heilige Lust ihnen nachzukommen aus allen Kräften uns das wahrhaftige Zeugniß gibt, daß wir Gottes Kinder sind.« Damit verträgt sich furchtbestimmte Untertänigkeit so wenig, daß Paulus den Sklaven empfahl, »sie sollten suchen, aus der Quelle der Religion einen anderen Antrieb zum Gehorsam zu schöpfen als die Furcht«. Gerade im Verhältnis zur Obrigkeit ist Furcht ausgeschlossen und auch Heuchelei unangemessen: »Denn wahrlich, nicht da geschieht dieses, wo eine glückliche Eintracht zwischen beiden Theilen durchaus herrscht, sondern nur wo, sei es im Ganzen oder in einzelnen Theilen, die Untertanen glauben in einem heimlichen Kriege begriffen zu sein gegen die Obrigkeit, in welchem es erlaubt ist zu überlisten... Im Ganzen behandeln aber immer alle Völker das Band, welches sie mit ihrer Obrigkeit verbindet, als ein Band der Liebe.« Für Schleiermacher ist grundlegend an diesem Verhältnis, »daß durch eine geheimnißvolle Übereinstimmung beide Theile einander angehören, und in dem natürlichen Lauf der Dinge keine Obrigkeit sich im wesentlichen entfernt von dem Geist ihres Volkes: und eben dieses heißt, er ist unterthan um des Gewissens willen.«

Der um des Gewissens willen Unterworfenen ist der Obrigkeit auf zweierlei Weise unterthan: »mit seiner ganzen Wirksamkeit nach außen; und mit der inneren und stillen Thätigkeit des Nachdenkens und der Betrachtung«. Zur Wirksamkeit nach außen gehört, daß er keine »leeren Schattenbilder der Handlungen aufstellt, welche die Obrigkeit fordert«. »Sondern weil er der Obrigkeit von Herzen zugethan ist, will er auch, so viel an ihm ist, daß das wirklich geschehe, was sie beschlossen hat; er macht ihre Sache zu seiner eigenen, und ist darin thätig mit demselben Eifer, mit der gleichen Lust und Liebe... Und ein solches Thun allein ist wahrer Gehorsam, auf dem der Segen ächter Bürgertreue ruhen kann.« Zur Wirksamkeit nach außen gehört konsequenterweise die öffentliche Meinung, öffentliches Lob und Tadel für das Verhalten im Gemeinwesen, die den schlechten Bürger härter schlagen als der Arm des Gesetzes ihn treffen kann. »Und diese öffentliche Stimme, die wahre Sicherheit für das Wohlergehen des Ganzen, die herrlichste Heilkraft in seiner eigenen Natur, von wem kann sie ausgehen, als von denen, die um des Gewissens willen unterthan sind der Obrigkeit? ... Es spendet auch unwillkürlich nach einem richtigen geläuterten Gefühl die Beweise der Achtung wie des Abscheus, und schweiget nicht. Und die in einem solchen Sinn die Sache der Obrigkeit und des gemeinsamen Wesens zu der ihrigen gemacht haben, werden unmöglich gerade diese heilige Kraft ausschließen von ihrem Dienst.«

Das gesellschaftliche Engagement des Christen bedarf aber notwendig auch »der stillen Thätigkeit des Nachdenkens«, freilich nach genauester Selbstprüfung der Motive und Ursachen. »Was aber dann noch übrigbleibt von abweichenden Meinungen und Einsichten, das kann so geläutert unmöglich anders als zum Wohl des Ganzen

<sup>11</sup> Abgedruckt in: *F. Schleiermacher* (s. A 2).

beitragen. Denn wer es so redlich meint und so strenge sich selbst und die Sache prüft, und so überall Vertrauen und Liebe zugrunde legt, dem entwickelt sich dann wohl aus seinem stillen Nachdenken wieder die edelste Kraft, mit der er dem Ganzen dienen und zu Hülfe kommen kann, fruchtbare Wahrheiten nemlich, heilsame Winke, wohl dargelegte Einsichten. Ein solcher nemlich, aber nur ein solcher, kann wohl bisweilen dahin gelangen, wiewohl zu keiner der Verzweigungen der Obrigkeit gehörig, im Einzelnen richtiger zu urtheilen als sie. Was könnte aber ein gutgesinnter Bürger der Obrigkeit lieber darbringen als solche Einsichten!« Fazit: »Wir sehen daraus, daß wie auf der einen Seite alle menschlichen Ordnungen und Geseze eine feine Zucht sind und Zubereitung zur Gottseligkeit, so auf der anderen Seite auch der Sinn der Gottesfurcht ihnen erst ihren vollen Werth, ihre rechte Kraft, ihr sicheres Gedeihen giebt.«

### 5.1. Zusammenfassung der Predigt Schleiermachers

1. Christengemeinde und Bürgergemeinde sind zwar nicht identisch, aber die bürgerlichen Tugenden sind in den christlichen mit einbeschlossen und werden darin zu ihrer Vollkommenheit gebracht. Die Bindung des menschlichen Handelns allein an das von Gott geleitete Gewissen befreit von aller Furcht hin zu freiwilligem Gemeinsinn (d. h. »Liebe«) und zu freiwilliger, weil von Einsicht getragener Übereinstimmung mit dem Willen der Obrigkeit.

2. Entscheidend ist das Verhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten; nach dem natürlichen Sittengesetz muß die Obrigkeit eins sein mit dem Geist des Volkes; sie kann darum nur zum Gesetz machen, was dem Wesen und Willen des Volkes entspricht. Dieses Einvernehmen (»Band der Liebe«) zwischen Obrigkeit und Untertanen macht ihr Verhältnis zu einem partnerschaftlichen, ihre jeweiligen Rollen zu Funktionen im Gemeinwesen. Obrigkeit, die dem Volk fremd ist und es mit Forderungen konfrontiert, die seinem Wesen fremd sind, ist Tyrannis, die zu erdulden ist, bis man sie los wird.

3. Schleiermacher scheint an dem Zustandekommen der Obrigkeit, an den Fragen der Selbstverwaltung, dem bürgerlichen Wahlrecht nicht interessiert, obwohl diese die Hauptpunkte der neuen Städteordnung ausmachen. Seine Reflexionen sind jedoch grundsätzlicher: Steht eine Obrigkeit so im Einvernehmen mit dem Volk und Gemeinwesen, dann ist die Frage, wie sie in ihr Amt gekommen ist, zweitrangig. Seine Hochschätzung der öffentlichen Meinung als Stimme des Gewissens (und damit als Stimme Gottes) zeigt aber ebenso wie seine Forderung nach einer qualifizierten Kritik der Obrigkeit, daß für ihn das Gemeinwesen »res publica«, gemeinsame Angelegenheit aller Bürger, in welcher Funktion auch immer, ist. Die Dialektik von Abhängigkeit und Freiheit des einzelnen vom und im Gemeinwesen ist Ausdruck der grundsätzlichen Dialektik der menschlichen Existenz. Sie zu entfalten als Christ in der Bürgergemeinde ist Aufgabe für das gesellschaftliche Leben.

### 6. Die Antwort der Kirche auf die Herausforderung der neuen bürgerlichen Ordnung – vergleichende Würdigung der drei Predigten

Von allen drei Predigern wird die Städteordnung als Chance zur gesellschaftlichen und staatlichen Erneuerung begrüßt und als Chance gesehen, mit der kommunalen auch die private Wohlfahrt zu befördern. Alle drei sehen auch die Aufgabe, die Subsistenz-bezogenen Interessen und Bedürfnisse mit dem Gemeinwesen zu vermitteln bzw. diesem unterzuordnen: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Die bürgerlichen, d. h. gemeinwesenbezogenen Tugenden werden von allen dreien in enge Verbindung mit den christlichen Tugenden gebracht, von Hanstein in seiner zweiten Predigt sogar damit identifiziert. In der Frömmigkeit als praktizierter Religion sehen alle drei das Konsens-Prinzip der neuen bürgerlichen Ordnung, das die zentrifugalen Kräfte des Eigennutzes kontrollieren, wenn nicht gar aufheben soll. Darin wissen sie sich einig mit den Reformern bzw. dem König, der ihnen formell als Urheber der Städteordnung gilt.

In der jeweiligen Antwort auf die Frage nach der Legitimation und der Autorität der Obrigkeit wird jedoch die unterschiedliche Position der drei Theologen deutlich:

Ribbeck verharrt am stärksten in der klassischen lutherischen Auffassung von der Obrigkeit: die Könige sind von Gottes Gnaden dazu gesetzt, Macht auszuüben, ohne sich einer anderen Kontrolle als Gottes Gebot und ihrem Gewissen zu stellen. Ihr Gebot ist Gottes Gebot für ihre Untertanen; wer ihnen widersteht, vergeht sich an Gott. Damit begründet Ribbeck zwar, daß die neue bürgerliche Ordnung Gottes Werk ist, aber er kann ihre Bedeutung nicht in der politischen Mitverantwortung der Bürger, sondern nur in einer Aufwertung des Untertanengehorsams zu einem christlich motivierten und durch Gottes Autorität kontrollierten Gemeinsinn sehen. Die Ineinssetzung der Städteordnung mit Gottes Ordnung verstärkt das Pflichtbewußtsein der Bürger im Allgemeinen und des Magistrats im Besonderen, denn der Gehorsam gegen Gesetze und Anordnungen, die Ausrichtung des privaten und öffentlichen Lebens nach dem christlich-bürgerlichen Tugendkatalog gilt nun als direkter Gehorsam gegen Gott, Ungehorsam dagegen als Versündigung an seinen Geboten. Damit wird die richterliche Instanz über das persönliche Verhalten nach innen, in das Gewissen als Stimme Gottes verlegt und dem Staat bzw. dem Gemeinwesen wenigstens teilweise die Notwendigkeit abgenommen, Sanktionen auszuüben, und, wo solche unvermeidlich sind, wird ihnen göttliche Legitimation verliehen.

Ribbecks Begründung der neuen bürgerlichen Ordnung als Gotteswerk, weil vom König erlassen, muß aber zum unhaltbaren Widerspruch werden, wenn die Bürger erkennen und praktizieren, daß die Städteordnung durch das aktive und passive Wahlrecht ihnen – wenn auch auf der begrenzten kommunalen Ebene – eigene – vom König allenfalls zu kontrollierende – Souveränität einräumt. Dabei wird Obrigkeit ihrer Herrschaftsfunktion entkleidet und auf ihre Ordnungsfunktion beschränkt –

eine Entwicklung, die über Ribbecks Position weit hinausgeht und am deutlichsten bei Schleiermacher vollzogen ist. Dieses Verständnis von Obrigkeit bedarf dann aber einer neuen theologischen Begründung.

Für *Hanstein* ist die Selbstvertretung der Stadt durch eigene, gewählte Repräsentanten das Wesentliche an der neuen Obrigkeit; dies garantiert die Identifikation der Bürger mit ihrem Gemeinwesen und motiviert, die Selbstsucht, »die verderblichste aller Suchten, an welcher Völker untergehen und Nationen sterben«, zu überwinden. Was diese bürgerliche Obrigkeit legitimiert, ist zum einen ihre freie Wahl durch die Bürgerschaft, zum anderen ihre Verpflichtung auf den gemeinsamen bürgerlichen Tugendkatalog als den sozialemischen Normen des Gemeinwesens. Das Funktionieren der neuen Ordnung hängt für Hanstein nicht am Gehorsam der städtischen Untertanen gegen ihren Magistrat, sondern am Konsens, der durch die gemeinsame Verpflichtung auf die gesellschaftlichen Grundwerte begründet ist. Darin stehen städtische Obrigkeit und Untertanen als gleichwertige Partner einem Dritten gegenüber: Gott, der die eigentliche und einzige Autorität der neuen Ordnung darstellt.

Die Gerechtigkeit, die Hanstein in seiner Predigt fordert und zur differenzierten Berufsethik ausfächert, ist mehr als ein sich Beugen unter obrigkeitliche Anordnungen; sie ist begründet in der Eintracht, dem Gemeinsinn, in dem der einzelne die Sache des Gemeinwesens zu der seinen macht. Wie hoch Hanstein dabei die Verantwortung der Bürger für die politischen Entscheidungen im Gemeinwesen ansetzt, geht daraus hervor, daß er in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Diskurs als die angemessene Form der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung für die kommunalen Gremien herausstellt. Um so wichtiger ist dann der bürgerliche, gesellschaftliche und staatliche Grundkonsens, der den sozialen Frieden bei einem kontroversen Austrag der Fragen nach der politischen Praxis garantiert.

*Schleiermacher* geht das Problem grundsätzlicher an, von dem Verhältnis der Herrschenden und der Beherrschten in einem bürgerlichen, d. h. nicht absolutistischen Staat aus. Er hinterfragt die göttliche Legitimation der Obrigkeit, wie sie in seinem Predigttext Römer 13 ausgesprochen ist und findet nur eine solche Obrigkeit im Einklang mit Gottes Gebot und Ordnungen – identisch mit Natur und Sittengesetz –, die in Einklang mit dem Geist des Volkes steht, das sie regiert. Obrigkeit und Untertanen sind also ein Gemeinsames, bilden zusammen das Gemeinwesen, zwischen ihnen besteht eine Wechselbeziehung, ein Kreislauf, in dem nur scheinbar die einen den anderen über- und vorgeordnet sind. In seiner Akademie-Abhandlung von 1814 über die Begriffe der verschiedenen Staatsformen hat Schleiermacher diesen Zusammenhang grundsätzlich beschrieben.<sup>12</sup> Und was hier vom Staatswesen im allgemeinen

<sup>12</sup> »Jedes lebendige Dasein, das durch die Form des Gegensatzes bedingt ist, kann nur in einer zweifachen Reihe von Thätigkeiten begriffen werden, deren eine in dem Gliede des Gegensatzes anfängt und in dem anderen endet, die andere aber umgekehrt. Denn ohne die gegenseitigen Einwirkungen würden die Glieder des Gegensatzes auseinanderfallen und die Einheit des Daseins

gesagt ist, gilt auch für das kommunale Gemeinwesen und seine Obrigkeit im Verhältnis zu den Bürgern als Untertanen. Das Angewiesensein beider aufeinander kommt in der lokalen Korporation noch stärker weil konkreter zum Ausdruck; Verordnungen und ihre Wirkungen, politisches Verhalten überhaupt ist nachvollziehbar.<sup>13</sup> Würde der Bürger sich frag- und kritiklos der Obrigkeit unterordnen, würde er seine Rolle und Aufgabe im Kreislauf von Ausarbeitung und Vollzug der Gesetze und Verordnungen nicht erfüllen, würde er den Einklang von Regierung und Regierten sprengen. Das gleiche gilt von einer Obrigkeit, die ihren Willen dem Volk bzw. dem Gemeinwesen aufoktroziert, anstatt sie aufgrund des Konsenses zu formulieren, wie er in der öffentlichen Meinung vorbereitet und im verbindlichen Diskurs der Mitglieder in den städtischen Organen, der Stadtverordnetenversammlung, dem Magistrat und den Deputationen, erarbeitet ist.

Schleiermacher hat diesen Ansatz in seinen theoretischen Schriften fundiert und ausgebaut zu einer umfassenden bürgerlichen Staats- und Gesellschaftslehre. Auf sie kann in diesem Zusammenhang ebenso wenig eingegangen werden wie auf seine Lehre von der Kirche im Verhältnis zu Staat und Gesellschaft. Es dürfte dennoch deutlich geworden sein, daß Schleiermacher als Theologe und als Prediger die Anliegen der preußischen Reformer verstanden und geteilt sowie in seine eigene Arbeit aufgenommen hat. Die Gesellschaft braucht eine Kirche, die Kommune braucht Gemeinden, die ihre Aufgabe nicht in der religiösen Legitimation der Obrigkeit und der Propaganda christlich-bürgerlicher Tugendkataloge sehen. Nach Auffassung Schleiermachers braucht dieses neue Preußen eine staatsunabhängige Kirche, die sich aus christlicher Freiheit die staatlichen und gesellschaftlichen Aufgaben zu eigen macht und ihre eigenständigen, kritisch-konstruktiven Beiträge leistet. Denn diese Unabhängigkeit von einander in der Abhängigkeit vom gemeinsamen Ganzen ist nach Schleiermacher das Wesensmerkmal der neuen bürgerlichen Gesellschaft.

aufhören ... wenden wir dieses auf den Staat an, so würde auch sein Leben in zwei verschiedenen Arten von Tätigkeiten zu begreifen sein, einer, die in der Peripherie am Leibe, d. h. bei den Untertanen anfängt und im Regenten endigt, und einer anderen, die im Regenten dem Geist und Mittelpunkt anfängt und im Umkreis bei den Untertanen endigt. Es ist nicht schwer zu sehen, daß die erste die gesetzgebende Funktion ist, die andere aber unsere vollziehende ... das Aussprechen des Gesetzes ist aber wesentlich der Anfang der Vollziehung, ... das Ende der Vollziehung endlich sind die dem ausgesprochenen Gesetz entsprechenden Handlungen aller einzelnen Bürger, und so steigt das Gesetz von den einzelnen zum Regenten hinauf, die Vollziehung aber fängt bei dem Regenten an und endet bei den Untertanen.« *F. Schleiermacher*, Über die Begriffe der verschiedenen Staatsformen, in: Philosophische und vermischte Schriften Bd. III, Berlin 1838, S. 281 f.

<sup>13</sup> Zum Verhältnis der kommunalen und staatlichen Ebene (»Lokalisation« und »Dezentralisation«) vgl. *F. Schleiermacher*, Staatslehre, in: Sämtliche Werke, 3. Abt. Bd. 8, S. 86–113.

Ulrich Stark

## Die städtebauliche Entwicklung Berlins nach dem Dreißigjährigen Krieg

1. Einführung 2. Berlins Ausbau zur Festung 3. Die Entwicklung nach der Zeit des Großen Kurfürsten

### 1. Einführung

Auch die Doppelstadt Berlin-Cölln, die vor dem Dreißigjährigen Krieg 12000 Einwohner auf einer Fläche von 80 Hektar beherbergte, hatte unter den Auswirkungen des Krieges stark zu leiden. Infolge der Hungersnöte, Pestepidemien, Plünderungen und der Waffengänge entvölkerte sich die Stadt langsam, viele Häuser verfielen. Als 1639 ein Angriff schwedischer Truppen drohte, ließ der kurfürstliche Statthalter Graf Schwarzenberg Schanzen errichten, um die kurfürstlichen Anlagen im Westen Cöllns zu schützen. 1640 ließ er bei ähnlicher Gefahr sogar die bebauten Gebiete vor den Berliner Toren abbrennen, um ein freies Schußfeld zu gewinnen. Als schwedische Truppen Neujahr 1641 erneut gegen Berlin vorrückten, ließ Kommandant von Kracht auch die Bebauung vor dem Gertrauden-Tor einäschern.<sup>1</sup>

Die Bevölkerungszahl der Stadt hatte sich zum Ende des Krieges auf 6000 reduziert, die Vorstädte waren weitgehend zerstört und von den 1200 Häusern in Berlin und Cölln standen knapp 600 leer und verfielen.<sup>2</sup>

Nach dem Tod Georg Wilhelms am 1. Dezember 1640 übernahm Friedrich Wilhelm, der später als der Große Kurfürst in die Geschichte einging, die Regierungsgeschäfte zunächst von Königsberg in Preußen aus, wohin sich die kurfürstliche Familie aufgrund der Kriegssituation in Deutschland zurückgezogen hatte. Erst im März 1643 kam es zur Huldigung des jungen Kurfürsten durch den Rat und die Bürger Berlins. Schon bald nach seinem Regierungsantritt bemühte er sich, die Auswirkungen des Krieges zu überwinden und das Land wieder aufzubauen. Geprägt durch sein Studium an der niederländischen Universität Leyden und durch seine Hochzeit mit Louise Henriette, der Tochter des Prinzen von Oranien, rief er niederländische Baumeister und Künstler zur Unterstützung des Wiederaufbaus nach Brandenburg, da es

<sup>1</sup> H. Börsch-Supran, Die Chronik Berlins, Dortmund 1986, S. 83.

<sup>2</sup> F. Escher, Die brandenburgisch-preußische Residenz und Hauptstadt Berlin im 17. und 18. Jahrhundert, in: W. Ribbe, (Hrsg.), Geschichte Berlins Bd. 1, München 1987, S. 346.

an eigenen Fachkräften mangelte. Einer von ihnen, der in Linz geborene Ingenieur Johann Gregor Memhard, zeichnete den ältesten erhaltenen Stadtplan Berlins, der 1652 in einer Beschreibung Brandenburgs – herausgegeben von Matthäus und Caspar Merian in Frankfurt/Main – veröffentlicht wurde (vgl. Abb. 1).<sup>3</sup>

Dieser Plan ist jedoch, wie auch spätere historische Karten, noch nicht genordet. Bei der Betrachtung fällt auf, daß in den Städten Berlin und Cölln neben den Befestigungsanlagen nur die Kirchen, die beiden Rathäuser und das Heilig-Geist-Spital wiedergegeben wurden, die bebauten Flächen jedoch nur in ihren Umrissen. In Cölln wurde sogar eine Straße, die zwischen Rathaus und Kirche beginnend südwärts verlief, vergessen. Den Bereich des Schlosses sowie die Gebiete nördlich und westlich davon hat Memhard dagegen sehr sorgfältig dargestellt. Einmal sollte damit die Bedeutung Berlin-Cöllns als Residenzstadt hervorgehoben werden und zum anderen stellte die Karte die Planung Memhards für den Wiederaufbau und die Neugestaltung dieses Gebietes dar. Man erkennt sehr gut auf dieser Karte die noch vom Mittelalter geprägte Struktur der Doppelstadt, die im wesentlichen nur durch den Bau des Schlosses nördlich von Cölln verändert wurde.<sup>4</sup>

Ursprünglich lag das bebaute Gebiet Berlins und Cöllns in einem weiten, bewaldeten und an vielen Stellen versumpften Urstromtal, das im Bereich der Altstadt eine Engstelle von fünf Kilometern aufwies. Die Hänge der Hochfläche des Barnims begrenzen dieses Tal nach Norden, während südlich Talhänge auf eine zweite Hochfläche, den Teltow, überleiteten. Durch dieses Tal, das sich nach Westen weit öffnete, floß in Längsrichtung mit geringem Gefälle die Spree, wodurch sich Schleifen und Totarme bildeten und der Fluß sich mehrmals verzweigte. Neben dem Hauptstrom, Grenze zwischen den Städten Berlin und Cölln, bildeten zwei Nebenarme der Spree Inseln, auf denen die beiden Städte gegründet wurden. Aufgrund der Aufsplitterung des Flusses in mehrere Arme war der Wasserstand in den einzelnen Gewässern relativ niedrig, so daß sie passierbar waren und als Furt für mehrere Landstraßen dienten. Diese naturräumlichen Gegebenheiten begünstigten die Anlage einer befestigten Siedlung.<sup>5</sup>

Die erste, heute noch erhaltene urkundliche Erwähnung Cöllns stammt aus dem Jahre 1237.<sup>6</sup> Grabungen im Bereich um die Nikolai- und Petrikirche lassen jedoch darauf schließen, daß bereits Ende des 12. Jahrhunderts Siedlungsansätze auf Berliner wie Cöllner Seite bestanden.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu G. Schulz, Die ältesten Städtepläne Berlins, Weinheim 1986, S. 13 sowie K. Lindner / L. Zögner, Berlin im Kartenbild. Ausstellungskatalog, Wiesbaden 1981.

<sup>4</sup> Vgl. A. Bekiers, 1237–1701 Die Doppelstadt, in: J. P. Kleihues (Hrsg.), 750 Jahre Architektur und Städtebau in Berlin. Ausstellungskatalog, Stuttgart 1987, S. 13.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu auch Ch. Pape, Das Stadtgebiet im Naturraum, in: Senator für Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.), Topographischer Atlas, Berlin 1987, S. 11.

<sup>6</sup> W. Schich, Das mittelalterliche Berlin, in: W. Ribbe (s. A 2), S. 139 f.

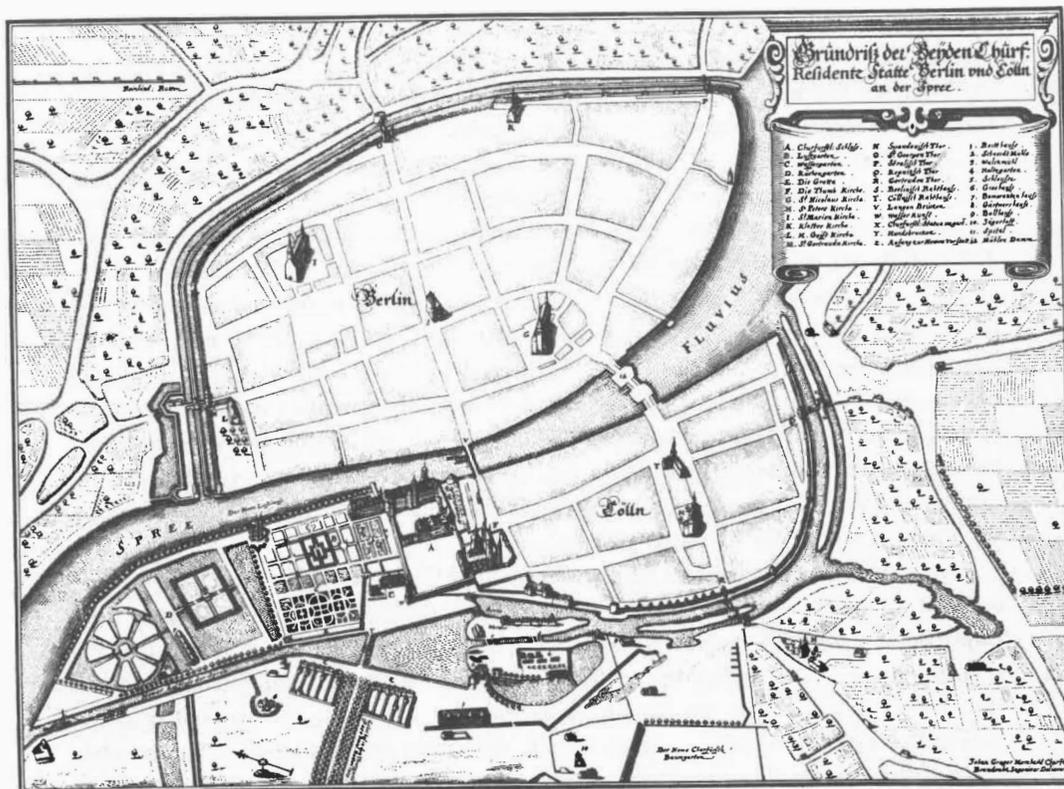


Abb. 1 Johann Gregor Memhard, Grundriß der beyden Churf. Residentz Stätte Berlin und Cölln an der Spree, Kupferstich 1652.

In der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts ersetzte man die erste Befestigung – vermutlich ein Palisadenzaun – durch einen Graben und eine Mauer, wie sie im wesentlichen noch aus der Karte von 1652 zu ersehen ist. Die Mauer auf Berliner Seite umfaßte die gesamte Insel, während in Cölln die Mauer im südlichen Bereich dem Spreegraben nur bis zum Dominikanerkloster folgte, dieses einschloß und danach zum Hauptarm geführt wurde. Erst mit dem Bau des Schlosses mußte die Mauer in diesem Bereich verlegt werden. Drei Stadttore existierten auf Berliner Seite, das Spandauer im Norden, das Oderberger im Osten und das Stralauer Tor im Süden. Auf Cöllner Seite waren es zwei, im Süden das Köpenicker und im Westen das Teltower Tor. Oderberger und Teltower Tor wurden später nach den außerhalb der Stadtmauer gelegenen Spitälern Georgen bzw. Gertraudentor benannt. Außerhalb der Mauer führte noch eine Brücke über den Cöllner Spreegraben vom Schloß in den Tiergarten. Die spätere Schloß- und heutige Marx-Engels-Brücke im Ostteil der Stadt wurde damals Hundebrücke genannt, da die kurfürstliche Gesellschaft sich dort mit ihren Hunden zur Jagd

sammelte. Bis er von Friedrich II. in einen parkähnlichen Wald umgewandelt wurde, war der Tiergarten kurfürstliches Jagdgebiet.<sup>7</sup>

Zwischen Franziskanerkloster und dem Georgen Tor lag das Hohe Haus, der Wohnsitz der Kurfürsten, wenn sie sich in Berlin aufhielten. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Durchsetzung der landesherrlichen Macht gegenüber den Städten zwang Friedrich II. Cölln 1442, ihm einen Platz nördlich der Stadtmauern für den Bau eines Schlosses abzutreten, für das ein Jahr später der Grundstein gelegt wurde. Dieser Standort bot wesentlich bessere Möglichkeiten, die Stadt und die beiden Wasserläufe zu kontrollieren. Der erste Schloßbau zeichnete sich durch seinen ausgesprochenen Burgcharakter aus und war durch Mauern und Türme, so an der Hundebrücke und am Dominikanerkloster, auch gegen die Stadt geschützt. Mit ihm war auch die Wahl Berlin-Cöllns als Residenzstadt präjudiziert.

1538 beauftragte Kurfürst Joachim II. den sächsischen Baumeister Caspar Theiß, diese erste wehrhafte Anlage durch ein prächtiges Schloß im Stil der nordeuropäischen Renaissance zu ersetzen. Nur wenige ältere Bauteile an der Spree blieben erhalten. Graf Lynar, bekannter durch seine Bautätigkeit an der Spandauer Zitadelle, gab dem Schloß ab 1580 durch weitere Anbauten die Gestalt, die auf dem Plan von Memhard zu erkennen ist. Die Kirche des an den Vorhof des Schlosses angrenzenden Dominikanerklosters, dessen Mönche 1532 in das Kloster in Brandenburg an der Havel übersiedelten, wurde Hof- und Pfarrkirche.<sup>8</sup>

## 2. Berlins Ausbau zur Festung

Obwohl der im Oktober 1648 geschlossene Westfälische Frieden den Dreißigjährigen Krieg beendete, kam es erst nach langen Vertragsverhandlungen am 26. Juni 1650 zur Verabschiedung einer Vereinbarung in Nürnberg, die den Abzug der schwedischen Truppen aus Deutschland regelte und damit die Voraussetzungen für den Aufbau der Mark Brandenburg schuf.<sup>9</sup> Nur zögernd konnte die Planung Memhards für Berlin-Cölln realisiert werden. Nach der Instandsetzung des Berliner Schlosses wurde zunächst der Lustgarten neu gestaltet und das vorgesehene Lusthaus gebaut. Zur Belebung des Handels, der vor allem bei den Schwergütern auf die Wasserstraßen angewiesen war, wurde die im Krieg zerstörte Schleuse wieder instandgesetzt und der im Memhard-Plan vorgesehene neue Ausfluß des Cöllner Spreegrabens gebaut. Bis dahin mündete der alte Ausfluß, der zunächst erhalten blieb, in Höhe des Lustschlosses in den Hauptarm der Spree.

<sup>7</sup> Zur Geschichte des Berliner Tiergartens vgl. F. Wendland / G. Werner / R. Werner, Der Berliner Tiergarten – Vergangenheit und Zukunft, Berlin 1986.

<sup>8</sup> Vgl. K. H. Klingenburg, Der Berliner Dom, Berlin 1987.

<sup>9</sup> Vgl. B. Beys, Der Große Kurfürst, Hamburg 1979.

Bereits 1647 war mit der Anlage der späteren Straße Unter den Linden als sechsreihige Allee begonnen worden, die von der Hundebrücke in den Tiergarten führte. Die bei Memhard zu erkennende Bebauung rechts und links am Anfang dieser Straße, die vom Schloßbereich in den Tiergarten führte, weist auf erste Stadterweiterungen in Richtung Westen hin. Das südlich der Straße Unter den Linden vorhandene längliche

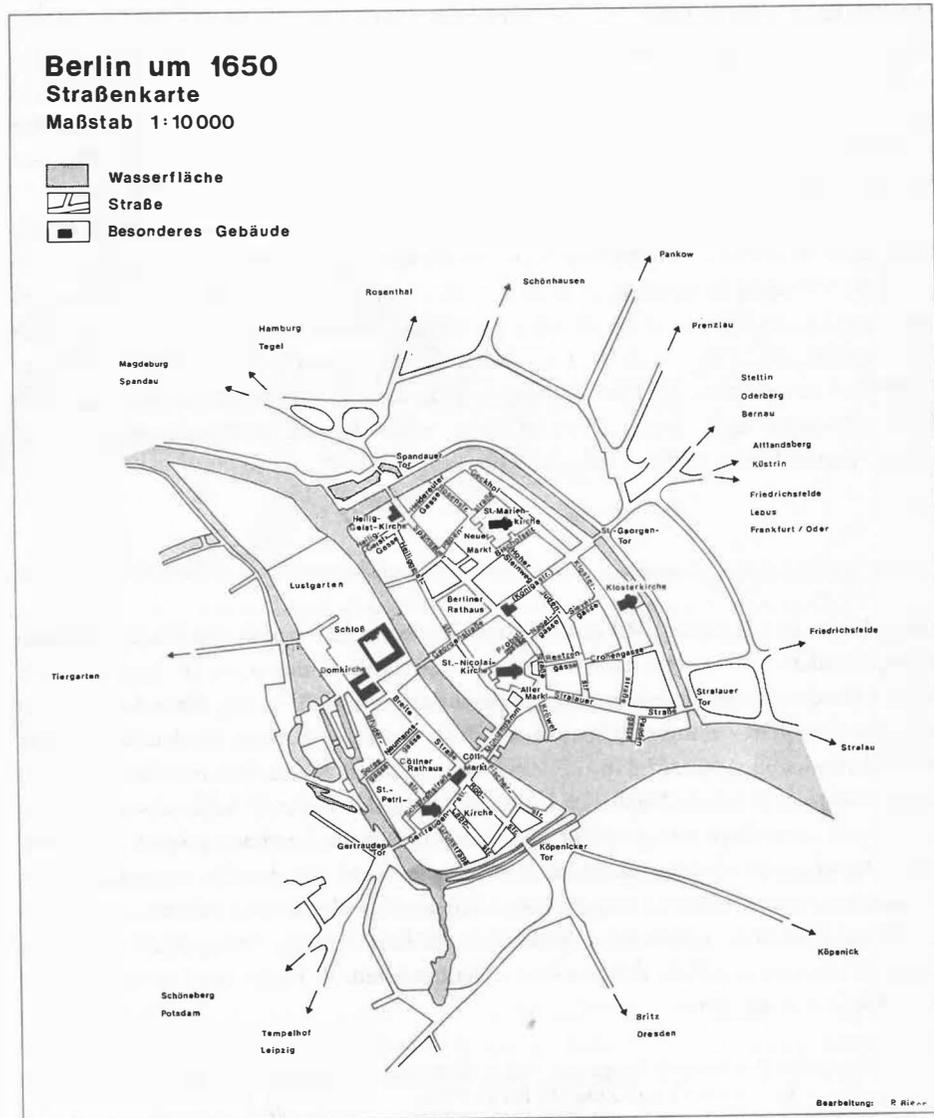


Abb. 2 Berlin um 1650.

Gebäude, das Reithaus, wurde mit der Besiedelung dieses Gebietes später als Friedrichswerdersche Kirche genutzt, je zur Hälfte von der deutschen und französischen Gemeinde. 1824 wurde dieses baufällige Bauwerk von Schinkel durch eine neugotische Backsteinkirche ersetzt, die nach Beseitigung der Kriegsschäden des Zweiten Weltkrieges heute als Schinkelmuseum genutzt wird.<sup>10</sup>

Aufgrund des vom Schweden-König Karl X. 1655 ausgelösten Krieges mit Polen, in den Brandenburg mit hineingezogen und der erst 1660 durch den Frieden von Oliva beendet wurde, ließ der Kurfürst Friedrich Wilhelm Pläne zum Schutz des Schlosses und der Doppelstadt ausarbeiten. 1658 wurde unter Memhards Leitung mit dem Bau der gewaltigen Befestigungsanlagen um Berlin begonnen. Sie bestanden aus einem ca. 8 Meter hohen und 6 Meter breiten Wall mit 13 Bastionen, vorgelagertem Wassergraben und weiteren Verteidigungsanlagen. Dieses Bauwerk, das 1683 mit der Errichtung des Leipziger Tores durch Nering fertiggestellt wurde, erforderte von der Berliner Bevölkerung große Opfer<sup>11</sup> und führte zu Veränderungen der Stadtstruktur, die noch heute zu erkennen sind.

Sowohl auf Berliner als auch auf Cöllner Seite mußten viele Häuser, Buden, Scheunen, Gärten, Schäfereien und Meiereien aufgegeben werden. Auch die Ziegelei vor dem Stralauer Tor. Danach wurde der mittelalterliche Doppelgraben auf Berliner Seite im Verlauf des Festungsbaus zugeschüttet und zwischen Stadtmauer – die zunächst erhalten blieb – und Festungswällen eine Straße angelegt. Auf Cöllner Seite schüttete man den äußeren Spreegraben und seine Nebengewässer nur teilweise zu und führte die Festungswälle so, daß im Westen Friedrichswerder, das bereits 1662 Stadtrechte erhielt, und im Süden Neu-Cölln-am-Wasser entstand. Abbildung 3 zeigt einen Ausschnitt aus der von Johann Bernhard Schulz hergestellten und 1688 veröffentlichten Stadtansicht aus der Vogelperspektive. Man erkennt gut die städtebauliche Situation innerhalb der Festungsmauern und die Erweiterung nach Westen entlang der Straße Unter den Linden. Die neuen Stadttore wurden ganz nach verteidigungstechnischen Anforderungen geplant und angelegt. Dies führte dazu, daß die direkte Verbindung vom Mühlendamm über den Fischmarkt zum Gertraudentor unterbrochen wurde. Fuhrleute mußten über verwinkelte Gassen zum Leipziger Festungstor fahren, um von dort die alten Landstraßen zu erreichen. Diese Veränderungen wirkten teilweise bis zur Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nach. Auch der alte Straßenzug Spandauer-Oranienburger Straße mußte unterbrochen werden, so daß erst nach einem Umweg zwischen Stadtmauer und Festungswällen durch das neue Spandauer Festungstor über das Gelände des späteren Hackeschen Marktes die Oranienburger Straße erreicht wurde.

<sup>10</sup> Vgl. *Staatliche Museen zu Berlin* (Hrsg.), *Schinkelmuseum – Friedrichswerdersche Kirche*, Berlin 1987.

<sup>11</sup> Vgl. auch *F. Escher* (s. A 2), S. 348.



Abb. 3 Schrägansicht Berlin 1688.  
(Johann Bernhard Schulz, *Residentia Electoralis Brandenburgica* [Ausschnitt], Kupferstich 1688)

Die Bemühungen des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, die wirtschaftliche Kraft Brandenburgs zu stärken, führten 1671 zu der Einwanderung von Juden, und bereits 1672 kamen die ersten Hugenotten nach Berlin.<sup>12</sup> Im Todesjahr des Kurfürsten 1688 besaß die Stadt bereits 18 000 Einwohner; diese machten bald die Gründung einer weiteren Vorstadt erforderlich. Bereits 1669 hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm das westliche Vorfeld der Festung beiderseits der Straße Unter den Linden für die Bebauung freigegeben. 1674 erhielt diese Ansiedlung, nach seiner zweiten Frau Dorotheenstadt be-

<sup>12</sup> Einen guten Überblick bietet S. Jersch-Wenzel, *Die Stadt als Refugium für Glaubensflüchtlinge*, in: *Die alte Stadt* 14 (1987), S. 275–286.

nannt, die Stadtrechte. Vor den geplanten Verteidigungsanlagen für die Dorotheenstadt, die nach Westen bis zur heutigen Schadowstraße reichten, wurden nur 2 Bollwerke rechts und links der Straße Unter den Linden realisiert, und die neue Stadt im Süden durch einen einfachen Wall mit Graben mit der eigentlichen Festung verbunden.

Nach den Plänen Joachim Ernst Blesendorffs wurde die Dorotheenstadt durch eine zusätzliche Straße, die die Lindenallee rechtwinklig kreuzte, an das Umland angeschlossen. Diese Straße, in den nördlichen Wiesen als weidenbestandener Damm ausgebildet, führte über eine neue Spree-Brücke zu den Landstraßen nördlich der Spree. Nach Süden erreichte man durch ein Tor im Wall die Cöllner Feldmark. Der Name des nördlichen Teils dieser Straße, der späteren Friedrichstraße, ist noch heute im Namen der Weidendammbrücke erhalten. Sie stellte eine neue Nord-Süd-Verbindung dar, so daß nicht mehr der Weg durch die alte Stadt genommen werden mußte. 1687 ließ Kurfürst Friedrich Wilhelm an der Straße Unter den Linden einen zweiten Marstall nach Plänen Nerings errichten, der Anfang dieses Jahrhunderts abgerissen wurde, um dem Neubau der Universitätsbibliothek Platz zu machen.

### 3. Die Entwicklung nach der Zeit des Großen Kurfürsten

Nach dem Tod des Großen Kurfürsten im Jahre 1688 übernahm sein Sohn Friedrich III., der sich 1701 zum König Friedrich I. in Preußen krönte, die Regierung. Unter seiner Herrschaft wurden repräsentative Bauten in der gesamten Stadt errichtet, die sich schnell weiter entwickelten. Erneut mußten die Vorstädte erweitert werden.

Nering ersetzte die hölzerne Lange Brücke zwischen Berlin und Cölln durch eine Sandsteinbrücke. Material dazu mußte aus Sachsen herbeigeschafft werden. Auf der Brücke wurde das von Schlüter geschaffene Reiterstandbild des Großen Kurfürsten errichtet. Ein weiterer bedeutender Bau dieser Epoche ist das nördlich der Straße Unter den Linden auf dem Friedrichswerder errichtete Zeughaus, an dem die Baumeister Nering, Martin Grünberg, Andreas Schlüter und Jean de Bodt mitwirkten. Für Kurfürstin Sophie Charlotte hatte Nering 1695 noch mit dem Bau des Schlosses Lietzenburg westlich des Tiergartens begonnen. Schloß und Ortschaft erhielten nach dem Tod der Königin den Namen Charlottenburg.<sup>13</sup>

Nach dem Tod Nerings im Jahr 1695 wurde Schlüter mit der Umgestaltung des Berliner Schlosses beauftragt. Nach dem Einsturz des umzubauenden Münzturmes wurde Schlüter, dem man die Schuld an dem Unglück anlastete, abgelöst. Die Umgestaltung des Schlosses wurde 1706 von Eosander von Göthe fertiggestellt. Bezeichnend, daß dieser im Zweiten Weltkrieg schwer zerstörte Bau auch mit Preußens

<sup>13</sup> H. Reissig, *Schloß Charlottenburg*, in: H. Engel / S. Jersch-Wenzel / W. Trene (Hrsg.), *Charlottenburg*, Berlin 1986.

Auflösung nach dem Krieg verschwand. Lediglich ein Portal des Schlosses fand beim Bau des Staatsratsgebäudes der DDR 1962–64 Verwendung für die Fassade des zum Marx-Engels-Platz gelegenen Flügels.

Das weitere Wachstum der Bevölkerung – zwischen 1688 und 1709 verdreifachte sich die Zahl der Einwohner auf 57000 – machte neben der Besiedlung der Spandauer, Königs- und Stralauer Vorstadt auch eine Erweiterung im Westen erforderlich. Bereits im August 1688 setzte der Nachfolger des Großen Kurfürsten eine Kommission, bestehend aus Grumbkow, Dannckelmann, Smids und Nering ein, die sich mit dem Ausbau der Stadt im Westen beschäftigte.<sup>14</sup> Aufgrund der Anlage der Dorotheenstadt bot sich der Ausbau des Geländes südlich davon an. Diese Erweiterung sollte auch von Wallanlagen begrenzt werden, die die Befestigungen der Dorotheenstadt im Westen bogenförmig fortführen und in Höhe der Bastionen im Süden Cöllns an das alte System anschließen sollten. Noch heute ist im Berliner Straßensystem an der Führung der Mauer- und Junkerstraße diese Planung zu erkennen. Auch der Name der Mauerstraße weist darauf hin, daß sie an der Stadtmauer liegen sollte. Innerhalb dieses Gebietes wurde ein regelmäßiges System sich rechtwinklig kreuzender Straßen entworfen, die jedoch nur unvollkommen an die Kernstadt angeschlossen wurden.

In diesem Gebiet – Friedrichstadt genannt – ließen sich viele Glaubensflüchtlinge überwiegend aus Frankreich und der Schweiz nieder. Für die Bewohner wurden auf dem heutigen Platz der Akademie zwei Kirchen gebaut, da ihnen bis dahin nur die kleine Jerusalemer Kirche zur Verfügung stand.

Aufgrund der Mißwirtschaft und Korruption in den letzten Jahren der Regierung Friedrich I. und in den ersten seines Nachfolgers Friedrich Wilhelm I., der sich zunächst konsequent um die Konsolidierung des Staatshaushaltes bemühte, stagnierte die Entwicklung der Stadt, die auf Dekret des Königs im Januar 1709 durch Zusammenschluß der bis dahin bestehenden vier Stadtgemeinden vereinigt wurde.

Erst 1721 wurde der Ausbau der Friedrichstadt wieder energisch vorangetrieben. Eine Baukommission, bestehend aus dem Offizier von Derschau, dem Architekten Philipp Gerlach und Bürgermeister Koch, erarbeitete Pläne für den Ausbau der Stadt. Zunächst war entsprechend der älteren Planung eine ringförmige Erweiterung der Festung vorgesehen, die jetzt jedoch schon bis zum Halleschen Tor reichen sollte. 1734 wurden dann Pläne vorgelegt, die wesentlich weiter nach Westen reichten und das Gebiet vom Pariser Platz (Quarre) am Ende der verlängerten Straße Unter den Linden über den Leipziger Platz (Octogon) bis zum Mehringplatz (Rondel) einschloß (vgl. Abb. 4).

Da die Sicherung dieses erweiterten Stadtgebietes durch Festungsbauwerke nicht zu realisieren war, ließ Friedrich Wilhelm in den Jahren 1734–36 um das gesamte

<sup>14</sup> Vgl. auch L. Demps, *Der Gensd'armen Markt, Berlin* 1987.

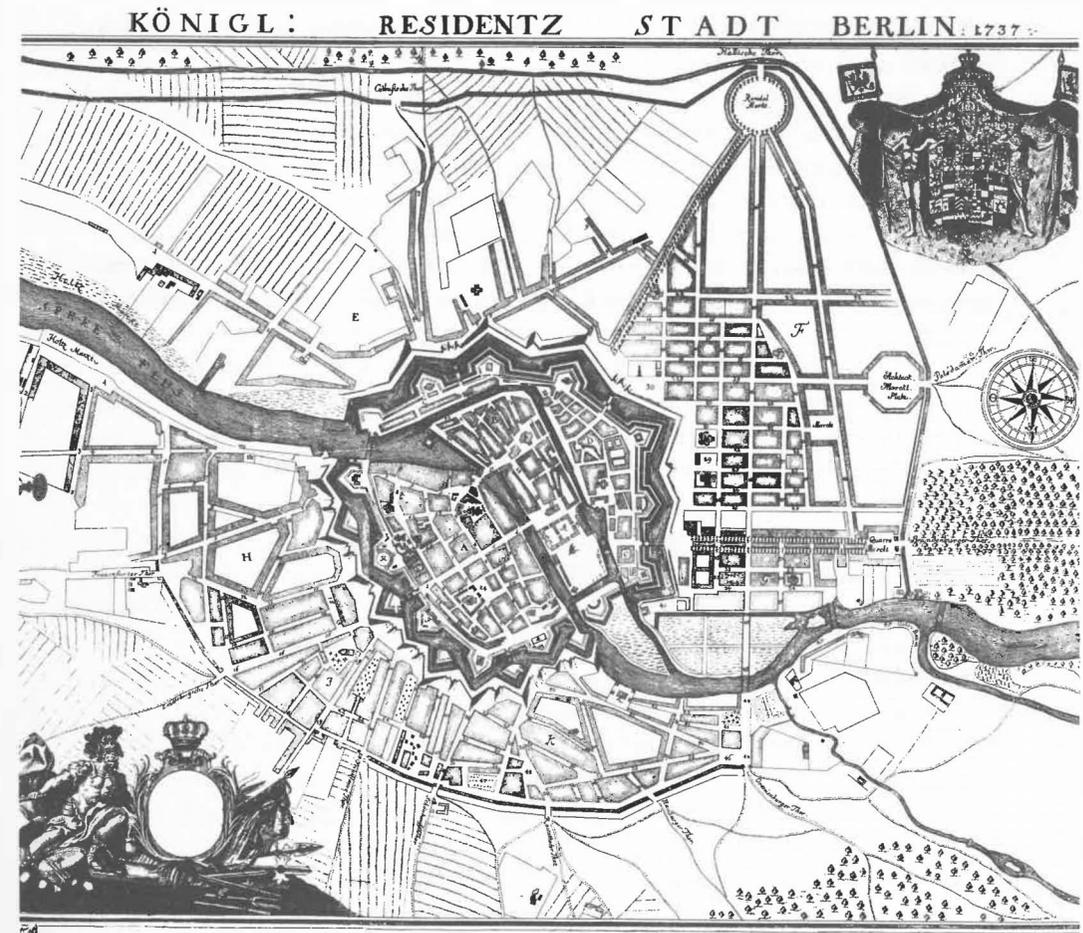


Abb. 4 G. Dusableu, Plan von der Königl. Residentzstadt Berlin (Ausschnitt), Kupferstich 1737.

Stadtgebiet eine Mauer bauen, deren Funktion es war, die Erhebung der Akzise sicherzustellen und die Desertion der Soldaten, die noch bei den Bürgern einquartiert waren, zu verhindern.

In diesem Zusammenhang verloren auch die Festungsanlagen um die Kernstadt ihre Bedeutung und wurden aufgegeben. Für die Friedrichstadt bot sich damit die Möglichkeit weiterer Verkehrserschließungen. 1735 stellte man im Zuge der Jägerstraße zwischen den Bastionen 3 und 4 eine Straßenverbindung mit dem Friedrichswerder her. Im Dusableu-Plan von 1737 ist diese Brücke über dem Festungsgraben noch nicht enthalten, aber andere Pläne aus dieser Zeit zeigen sie. Die Chance einer direkten Verbindung im Zuge der Rathausstraße über den Schloßvorplatz zur Franzö-

sischen Straße wurde jedoch vertan. Vor allem im Zusammenhang mit dem Ausbau der Stadt nach der Regierungsübernahme 1740 durch Friedrich II. (den Großen) wurden die Festungswälle im Westen geschleift, um Platz für sein Friedrichsforum mit der Oper zu schaffen. Aber noch lange Zeit prägten die Befestigungsanlagen die städtebauliche Struktur der Stadt. Ihnen ist es auch zu verdanken, daß Berlin von den Auswirkungen kriegerischer Auseinandersetzungen des Großen Kurfürsten und seines Nachfolgers verschont blieb. So zielten die Schweden 1674/75 bei ihrem Einfall in die Mark Brandenburg – der Kurfürst beteiligte sich an militärischen Operationen gegen Frankreich – nicht auf Berlin, sondern sie besetzten Havelberg und Brandenburg.

---

So sind wir im Ziel nun; Er hat es gewollt.  
 Daß freudig geschehe, was alle gesollt.  
 Des Vaterlands Mitte versammelt uns hier,  
 Nun ist es ein Tempel und Priester sind wir;  
 Wo alles zum Höchsten, zum Besten gemeint,  
 Um unseren Herrscher entzückt sich vereint.

(aus: Johann Wolfgang von Goethe, Prolog zur Eröffnung des (von Schinkel erbauten; Anm. Red.)  
 Berliner Schauspielhauses 1821)

Martin Greiffenhagen

## Wohnen in der alten Stadt

Bevor wir in die Esslinger Altstadt zogen, wohnten wir in einem Villenteil Stuttgarts, unterhalb des Fernsehturmes, im Rottannenweg, einer kleinen Straße mit Wendepflaster, in einem Haus mit großem Garten und weiten Blicken über Stadt und Land. Ein ausgedehntes Waldgebiet begann gleich am Ende der Straße. Aber diese bevorzugte Wohnlage hatte auch ihre Nachteile: 1. Was immer man vorhatte, ob man zu seinem Arbeitsplatz, ein Kino besuchen oder einen Kuchen holen wollte, stets mußte man das Auto aus der Garage holen. Einkaufslisten mußten sorgfältig erstellt werden. In unmittelbarer Nähe gab es nur einen kleinen, aber ineffektiven Laden, der vor allem im Blick auf frisches Gemüse nur Dürftigstes anbot. 2. So idyllisch sich unsere Villenstraße ausnahm, so anonym war das Wohnen in ihr: kaum, daß man sich grüßte. Auch Nachbarschaftsfeste, die wir in den letzten Jahren versuchten, brachten wenig Verbesserungen. 3. In der Stuttgarter City sind wir bis heute nicht heimisch geworden. Ich halte Stuttgart für eine der unurbansten Städte Deutschlands, mit seinen die Quartiere zerschneidenden Rennbahnen und einer Bebauung, die trotz mancher Milderungen immer noch wenig Lust zum zweckfreien Flanieren macht. Urbanität, so definierte neulich der Stuttgarter Baubürgermeister, bedeute Leben auf den Straßen. Genau dies vermißten wir im Rottannenweg und in Stuttgart.

Als der Esslinger Tischler aus unserer Wohnung im Rottannenweg Schränke abholte, die wegen der niedrigen Deckenhöhe des neu-alten Hauses gekürzt werden mußten, schüttelte er ständig den Kopf: Von einer so herrschaftlichen Wohnung mitten in ein Kleinbürgerquartier Esslingens, so etwas hatte er noch nicht erlebt. Wir mußten uns böse verrechnet haben und würden über kurz oder lang diesen Schritt bereuen. Nach fünfjähriger Erfahrung bereuen wir ihn nicht. Aber damals verstanden wir solche skeptischen Gesichter und brauchten selber unseren ganzen Mut, um zu unserem Entschluß zu stehen. Das Haus war in einem desolaten Zustand. Es hing schief nach Süd und Ost. Heute wissen wir, daß seine Neigung über alles 60 cm beträgt. Das erste Gutachten riet zum Abbruch, das zweite, nachdem man das Haus unter Denkmalschutz gestellt hatte, war auf einen bedenklichen Ton gestimmt: Die Sanierung würde sehr teuer werden. Trotzdem blieben wir bei unserer Entscheidung, den Grundriß zu erhalten und so wenig wie möglich zu ändern. Das hatten wir der achtzigjährigen Besitzerin des Hauses versprochen.

Unser Haus steht in einem Handwerker- und Weingärtner Viertel am Ostrand der Esslinger Altstadt. Hier lebten über Jahrhunderte die kleinen Leute der Stadt: schmale

niedrige Häuser, kleine Gärten und Höfe, auch Ställe. Heute wohnen dort immer noch einige Handwerker und Weingärtner. Die meisten der früheren Bewohner aber hat es inzwischen in die Esslinger Neubauviertel gezogen. Sie sehnten sich nach sonnigen Räumen, waren die Treppen leid, wünschten sich einen Garten rund um das Haus: wie es ihnen das betuchtere Bürgertum seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts vorgelebt hatte, in seinen Villen mit Blick auf die Stadt. Unser Viertel erlitt das Schicksal vieler Altstädte, es verfiel langsam, und die Zusammensetzung seiner Bewohner veränderte sich. Ausländer und alte Esslinger, die aus Anhänglichkeit oder aus Not blieben, stellten einen von Jahr zu Jahr steigenden Anteil. Erst langsam und als es fast zu spät war, erwachte das öffentliche Gewissen gegenüber diesen einfachen Stadtvierteln.

Unser Haus steht in einem Sanierungsgebiet, das von vier Straßen umschlossen wird. Der Wohnblock wurde im ganzen saniert, Hinterhäuser, Schuppen, Kaninchen- und Hühnerställe wurden entfernt, und neue Häuser füllten die Baulücken, die durch Abbruch entstanden waren. Unter dem neu gewonnenen Innenhof liegt eine Tiefgarage, oben ist Platz für Gartenparzellen und eine gemeinsam genutzte Fläche mit Bänken und Spielplätzen. Die Einwohnerschaft dieses neu-alten Quartiers ist aus verschiedenen Nationen, Berufen und Schichten gemischt.

Unser Haus ist das älteste in diesem Esslinger Sanierungsgebiet, ein typisches Handwerkerhaus um Fünfzehnhundert, nach den Wohn- und Arbeitsbedürfnissen eines Handwerkers der Zeit gebaut. Es mißt vier Meter in der Breite und zehn Meter in der Tiefe und hat sechs Etagen, wenn man Keller und Bühne mitrechnet. Der größte Raum ist die Stube im Obergeschoß, sie mißt neunzehn Quadratmeter; die anderen Räume sind kleiner, teilweise winzig. Die Raumhöhen sind niedrig, im Erdgeschoß je nach Neigung des Hauses zwischen 1,75 und 2,10 m. Wer über 1,80 m groß ist, stößt leicht an Balken, jedenfalls muß er beim Betreten der Zimmer unter dem Türrahmen den Kopf einziehen.

In einem solchen Handwerkerhaus lebte ursprünglich wohl nur eine Familie. Wer die Bauherren unseres Hauses waren, werden wir leider kaum mehr herausfinden können. Über so bescheidene Häuser geben die Akten des Esslinger Stadtarchivs nur spärliche Auskunft. Allein Kaufs- und Verkaufsdaten sind festgehalten. Handwerkerhäuser blieben meist über Generationen im Besitz derselben Familie und wurden deshalb nicht aktenkundig. Steuerlisten und Brandakten als Quellen heranzuziehen, ist langwierig und mühsam. Erst seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts fließen die Quellen reichlicher. Über die Bewohner unseres Hauses und ihre Berufe seit 1769 wissen wir inzwischen Bescheid: Sie waren Metzger, Weingärtner, Schumacher, Schlosser und Schneider, die Frauen Handschuhnäherinnen und Wäscherinnen, später dann zunehmend Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen. Die Geschichte unseres Hauses spiegelt auf exemplarische Weise Niedergang und Proletarisierung der Handwerkerschicht im neunzehnten Jahrhundert. Die Besitzer wechselten immer rascher.

Kaum war das Haus erworben, zwangen die sich rapide verschlechternden Wirtschaftsverhältnisse schon wieder zum Verkauf. Mehrmals taten sich einige kleine Handwerker oder Arbeiter als Käufer zusammen. Das Adreßbuch von 1847 nennt fünf Wohnparteien auf damals nur 100 qm Wohnfläche.

Aus zwei Gründen wurde unser Haus unter Denkmalschutz gestellt. Das Haus Nr. 13 bildet zusammen mit Nr. 11 ein Doppelhaus. Beide Häuser sind seit dem Mittelalter durch die Fachwerkkonstruktion verbunden und haben ein gemeinsames Dach. Solche Doppelhäuser wurden häufig von Leuten gebaut, die wenig Geld hatten. Die Stadtväter des Mittelalters haben diese Bauweise vermutlich unterstützt, ergibt sich doch eine stattliche Hausfront anstelle von schmalbrüstigen Häuschen wie dem unseren. In oberschwäbischen Städten findet man heute noch einige dieser gotischen Reihenhäuser. In Esslingen ist unseres, soweit wir wissen, das einzige. Der zweite Grund für den Denkmalschutz war eine Stube mit alter Decke und, wie sich beim Bau zeigte, zwei gut erhaltene Holzwände mit Bohlen von 50 cm Breite und 8 cm Stärke. Beim Abbeizen der mit vielen Schichten Ölfarbe bestrichenen Deckenbalken fanden wir Reste von Schablonenmalerei in schwarzer Kaseinfarbe, vermutlich aus der Erbauungszeit.

Für die Sanierung stellte sich die doppelte Aufgabe, das Alte zu achten und schonend wieder herzustellen, gleichzeitig modernen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Dieses Kunststück haben wir geschafft. Das Haus ist das alte geblieben. Aber wir wohnen als moderne Menschen in diesem Haus, mit Heizung, Bädern, Medien, Telefonen und einer Sonnenterrasse im Dachstock. Und zum Teil konnten wir uns sogar verbessern. Kannte unsere bisherige Wohnung nur ein Bad, so haben meine Frau und ich jetzt jeder eines. Auch verfügen wir über ein eigenes Eßzimmer, das nur diesem Zwecke dient. Da die Straße eng ist und keinen Gehweg kennt, erübrigt sich die Kehrwoche: ein unschätzbare Vorteil! Die neue Gasheizung ist pflegeleichter als unsere frühere Ölheizung. Alle technischen und hygienischen Geräte sind auf neuestem Stand. Die vielen kleinen Zimmer sind für uns günstig, da wir beide zu Hause arbeiten. Übrigens verhindern die kleinen Zimmer keineswegs große Feste: Neulich feierten wir ein Hausfest mit 75 Personen.

Die bekannten Nachteile alter Fachwerkhäuser haben uns entweder von Anfang nicht gestört, oder wir haben uns mit ihnen abgefunden: Knarrende Fußböden stören uns nicht, und die mangelnde Schallisolierung konnten wir durch geschickte Nutzung der vielen Zimmer auffangen. An die Türschwellen haben wir uns längst gewöhnt. Die verschiedenen Lichtwerte in den Räumen finden wir interessant. Wer in der Bohlenstube lesen will, muß ans Fenster rücken. Außerdem wird es von Stockwerk zu Stockwerk heller, bis zum voll ausgeleuchteten dritten Obergeschoß mit Dacheinschnitt und Markise gegen zu viel Südsonne.

Als das Haus fertig war, luden wir zu einem Tag der offenen Tür ein. Freunde, Nachbarn, Handwerker und alle, die mit dem Bau zu tun hatten, schauten alles an,

und die frühere Skepsis verflieg rasch. Unsere Sanierung hat sogar öffentliche Anerkennung gefunden. 1983 wurde das Haus mit dem Peter-Haag-Preis des Schwäbischen Heimatbundes ausgezeichnet, und heute gehört meine Frau, die sich um die historischen Aspekte der Sanierung große Verdienste erworben hatte, zur Jury dieses Preises.

Wie wir vorher wußten, ist die Versorgungslage mitten in Esslingen optimal: In fünf Minuten erreichen wir zu Fuß nicht nur alle Geschäfte, sondern auch alle Dienstleistungsbetriebe, die wir nutzen wollen. Der Bahnhof ist zehn Minuten entfernt. In einer Minute Entfernung von uns haben Tischler, Elektriker, Schlosser und Flaschner ihre Werkstätten. Eine mit vielen Landespreisen ausgezeichnete Konditorei liegt ebenso nahe. Wir haben stets frischen Kaffee, frisches Brot, und wenn es beim Friseur zu voll ist, bin ich in einer Minute wieder zu Hause, um später wiederzukommen.

Im Blick auf Gesundheit ist die Vergleichsbilanz zwischen Rottannenweg in Stuttgart und Heppächer in Esslingen nicht so eindeutig: Kein Zweifel, daß die Luft in Esslingen schlechter ist als am Bopser, von wo wir auf den Stuttgarter Dreckdunst hinabsehen konnten. Ich kenne keine Zahlen, aber man weiß, daß die Luftbelastung im Neckartal erheblich ist. Vielleicht, daß wir mit kleinen Kindern den Umzug aus diesem Grunde gescheut hätten. Unsere Straße ist durch Abgase und Lärm als Einbahn- und verkehrsberuhigte Spielstraße jedoch wenig belastet.

Andere leiden unter nächtlichem Lärm durch nahegelegene Gasthäuser und Diskotheken. Der Spiellärm der Kinder im gemeinsamen Gartenteil oder das Sprechen von vorübergehenden Passanten auf der Straße stört uns nicht, im Gegenteil: Das ist die akustische Bestätigung der Wohnsituation, die wir wollten.

Die sanitäre Situation ist sowohl im Haus wie in Straße und Quartier inzwischen auf modernstem Stand. Die Abwasserführung ist so gut gemacht, daß wir keine Kellerüberflutungen zu fürchten haben. Was die früher stark wechselnden Temperaturen in dem alten und steilen Haus betrifft, so sind diese traditionellen Nachteile heute behoben: Die Raumtemperatur wird stets und überall auf gleichem Niveau gehalten. Hier war die neueste Thermostatechnik wichtig. Unsere Dachterrasse gibt uns Nachmittagssonne. Zum Frühstück erreicht uns die Sonne in unserem kleinen Gärtchen, das hinter dem Hause liegt und in der Art eines alten Bauerngartens angelegt ist.

Zur Gesundheit gehört die Möglichkeit von Spaziergängen. Wir haben dafür eine Reihe unterschiedlich langer Strecken, alle direkt vom Hause aus: Am Neckar entlang, auf der Neckarhalde bis Uhlbach, kleinere Spaziergänge zur Villa Merkel und in die dortigen Grünanlagen, oder auf die sogenannte »Burg«, von wo aus man einen schönen Blick auf die Altstadt hat. Natürlich kann man ausgedehnte Wanderungen durch den Schurwald und ins Remstal machen. Dafür muß man allerdings mit dem Auto etwa zehn Minuten bis zum Jägerhaus fahren. Schlecht ist die Situation im Blick auf Fahrradwege.

Im Blick auf die soziale Situation hat sich unsere Lage eindeutig verbessert, in vielerlei Hinsicht. Zunächst ist die Anzahl von »Oberflächenkontakten«, wie die Soziologen dieses dünne, aber feste Beziehungsgeflecht nennen, erheblich gestiegen. Wenn wir unser Haus verlassen, treffen wir auf Leute, die wir kennen, ohne daß wir sie zu unseren näheren Bekannten oder Freunden rechnen: Geschäftsleute, Handwerker, Bank- und Postangestellte. Die Bewohner unserer Straße und der umliegenden Gassen kennen wir alle und wissen von ihren familiären und beruflichen Verhältnissen. Früher hatten solche sich meist auf das Grußverhältnis oder einige Bemerkungen über das Wetter beschränkende Bekanntschaften eine böse Kehrseite: soziale Kontrolle. Von ihr ist heutzutage nur noch ein gewisses Interesse für die Umstände geblieben, in denen Menschen leben, die man kennt. Aber von einer Kontrolle, die unsere eigene Bewegungsfreiheit begrenzte, ist kaum noch etwas zu spüren. Das gilt vor allem für ein Lebensfeld, das früher starkes Interesse auf sich zog: die Weise, wie man sein Liebes-, Ehe- und Familienleben organisiert. In unserem Quartier gibt es alle möglichen Formen des Zusammenlebens und der Kinderaufzucht, auch Wechsel darin. Man nimmt diese Verhältnisse wahr, spricht auch wohl darüber, aber nicht im Tone moralischer Beurteilung.

Unsere Nachbarschaft ist vielgestaltig, entsprechend der Geschichte unseres Quartiers. Es gibt alte Esslinger, die seit Jahrzehnten dort wohnen, es gibt Ausländer, von denen nur wenige »hinaussaniert« wurden, es gibt neu Hinzugezogene wie uns. Wer die Kinder in unseren Gärten und Sandkisten spielen sieht, möchte meinen, eine Siedlung von Terre des Hommes vor sich zu haben, so gemischt sind Hautfarben und Sprachen. Auf der Ebene der Erwachsenen ist der Kontakt natürlich nicht von dieser Durchgängigkeit, wenn schon bei Straßenfesten alle Gruppen und Schichten beisammen sind. Aber es gibt trotz engerer Verbindungen einzelner Familien eine Grundstimmung nachbarschaftlicher Verbundenheit, von der man nach fünf Jahren sagen kann, daß sie stabil bleibt. Die Leute vom Heppächer wissen sich als solche, einerlei ob sie Handwerker oder Lehrer, Schwaben, Italiener oder Norddeutsche sind. Türken sind unserer Nachbarschaft auf unterschiedlich enge Weise verbunden, je nachdem, ob sie vorhaben, mit ihren Kindern in Deutschland zu bleiben oder nicht.

Mit einigen Nachbarn verbindet uns geselliger Verkehr, mit einem weiteren Kreis ergibt sich im Sommer über die gemeinsame Gartenanlage gelegentlich ein spontaner Kaffee, mit anderen bleibt es bei einem gelegentlichen Schwatz auf der Straße. Das Gute und wirklich Gelungene dieser Nachbarschaft liegt darin, daß solche unterschiedlichen Nähen sich nie zu gegnerischer Spannung entwickelt haben und es wohl in Zukunft auch nicht tun werden. Gegenseitige kleine Hilfen sind selbstverständlich und häufig sehr entlastend (wie das Annehmen von Paketen, das Anstellen einer Heizung bei drohendem Frost während der Skiferien, Blumengießen und Katze versorgen. Unsere Hausschlüssel liegen ständig bei zwei Nachbarn). Inzwischen gibt es

auch einen Nachbarschaftsstammtisch, nicht der Männer, sondern der Frauen. Mindestens einmal im Monat treffen sich die Weiber vom Heppächer in der nahegelegenen »Traube«, und wir Männer überlegen, was sie dort zu reden haben.

Esslingen hat eine lebendige Vereinskultur. Wer will, kann seinen Neigungen und seiner Freizeit auf diese Weise soziale Gestalt geben. Die Wege sind kurz, auch hier ist das meiste zu Fuß zu erreichen: die Chöre, die Volkshochschule, das Altstadtviertel, die Kirchengemeinde und der Feuerwehrverein. Meine Frau hat sich inzwischen einigen solcher Aktivitäten verbunden, und wir würden mit Sicherheit im Chor der Stadtkirche singen, wenn wir nicht monatelang abwesend wären.

Die soziale Situation wäre unvollkommen beschrieben, wenn nicht auch der politische Faktor zur Sprache käme. Im Unterschied zu einer Großstadt wie Stuttgart haben wir in Esslingen das Gefühl, wirklich in einem Gemeinwesen zu wohnen, mit Angeboten zur Partizipation auf verschiedensten Ebenen und in verschiedenster Intensität. Das beginnt beim Interesse für Bauvorhaben (und da natürlich besonders für Altstadt-sanierungen) und endet noch lange nicht bei der Einrichtung des neuen Museums, der Verkehrsberuhigung eines Quartiers, den archäologischen Grabungen bei der Stadtkirche oder einem Fernsehauftritt unseres Stadtoberhauptes in einem Städtewettbewerb. Die städtischen Eliten sind der Bevölkerung sehr viel näher als in einer Großstadt. Kaum jemand, der den OB, die Bürgermeister und Spitzen der Verwaltung, die Fraktionschefs des Gemeinderates, die großen Wirtschaftsbesitzer, die IHK- oder Einzelhandelsvorsitzenden nicht schon einmal gesehen oder gesprochen hätte. Man trifft sich leicht und begegnet sich immer wieder.

Groß ist der Zuwachs an ästhetischen Eindrücken. Er ist vor allem darauf zurückzuführen, daß wir zu Fuß gehen und S-Bahn fahren: Statt des Garagentores, des Autointerieurs, der Straßen mit Ampeln und Verkehrsschildern und des Parkplatzes jetzt belebte Straßen, Schaufenster, Plätze, bunte Häuser, versetzte Fluchtlinien von Häuserfronten und Dächern, Durchblicke auf Burg und Weinberge. Derselbe Unterschied akustisch: Statt mechanischer Geräusche und Motorenlärms jetzt die Variation von Geräuschquellen städtischen Lebens. Der Weg zur S-Bahn ist für mich auch nach fünf Jahren immer noch eine Symphonie wechselnder Farben, Strukturen und Geräusche. Der Wegfall der Bürgersteige führt allmählich zu einer Umschichtung der Hierarchieverhältnisse auf den Straßen: Die Autos müssen warten, bis wir Fußgänger zur Seite gehen.

Der Vergleich des Kulturangebots von Stuttgart und Esslingen ist als solcher schon vermessen, und man könnte sich, was diesen Punkt angeht, leicht aus der Affäre ziehen, indem man darauf hinweist, daß man von Esslingen aus in einer halben Stunde die Stuttgarter City erreicht. Natürlich nehmen wir auch von dem Stuttgarter Kulturangebot das eine oder andere wahr. Wir wissen auch, daß viele Esslinger ein Stuttgarter Musik- oder Theaterabonnement haben. Aber damit ist das Thema nicht erledigt und unsere neue Existenz unter dem kulturellen Aspekt nicht hinreichend

beschrieben. Was wir uns von Esslingen versprochen, war auch hier eine neue Nähe und Lebendigkeit. Wir haben sie gefunden.

Esslingens Kulturleben ist in fast jeder Hinsicht provinziell. Das gilt für die württembergische Landesbühne, für die Kirchenchöre, für die Ausstellungen und das ortsansässige Kabarett. Natürlich könnte man jeweils auf hervorstechende Inszenierungen, ja ganze Phasen der Theaterarbeit verweisen (die FAZ meinte neulich, zu diesem Theater lohne eine eigene Reise), einzelne Ausstellungen in der Villa Merkel nennen, die sogar internationalem Standard genügen, oder sich kammermusikalischer Abende in der Stadthalle erinnern, von denen dasselbe gilt. Aber darauf kommt es uns nicht an.

Was uns wichtig ist, entspricht den Erfahrungen, die wir auf anderen Feldern unserer Esslinger Existenz machen: die räumliche und menschliche Nähe zu allem, was kulturell vor sich geht. Das Theater ist zwei Minuten von uns entfernt. Manchmal entschließen wir uns kurzfristig, eine Vorstellung zu besuchen. Dann gehe ich um sieben Uhr an die Tageskasse, hole zwei Karten, gehe wieder nach Hause, und um acht Uhr sitzen wir im Theater. Oder die Kirchenmusik: Es gibt wenig Konzerte, die wir nicht besuchen. Oder die Ausstellungen: Es gibt keine, die ich nicht gesehen hätte. Oder das Kabarett: Wir schauen jedes Programm an und fühlen uns als Mitglieder des Fördervereins der »Galgenstricke« dieser tüchtigen kleinen Bühne verbunden. Und so geht es überall: Man weiß von den kulturellen Aktivitäten, hat es nicht weit und entschließt sich rasch, doch noch zu einem Vortrag, einem Gitarrenabend oder zur Aufführung eines Oskar-Wilde-Stückes durch eine Oberprima zu gehen. Auf diese Weise ist unser kulturelles Leben viel reicher als in Stuttgart, wo wir für jede Veranstaltung das Auto aus der Garage holen mußten. Ganz zu schweigen von Kartenproblemen oder der Überlegung, ob man in der Stiftskirche noch einen Platz bekommen würde. Erwähnen sollte ich noch einen Punkt, der eine entscheidende Verbesserung unserer Lesekultur gebracht hat: die Stadtbücherei. Nie hätte ich gedacht, daß ich einmal zum regelmäßigen Benutzer dieser Institution werden würde. Kaum eine Woche vergeht, in der ich nicht mit einem Päckchen Bücher dort hingehinge und mir neuen Lesestoff hole. Bisher hatten wir Bücher gekauft, Taschenbücher natürlich, jetzt können wir uns den Luxus leisten, Bücher auf Verdacht, das heißt im Blick auf Autor, Thema und Verlag mitzunehmen, anzuschauen und bei Nichtgefallen ungelesen wieder zurückzubringen. Das bedeutet eine ungeheure Ausweitung der literarischen Neugier, dazu eine große Bereicherung der Gespräche zwischen meiner Frau und mir über unsere Leseerfahrungen.

Wer in eine Altstadt umzieht, beginnt nicht auf der grünen Wiese mit Nachbarn, die wie er dort anfangen, sondern er muß sich selbst als Neuling unter Alteingesessenen verstehen, als Außenseiter unter Insidern. Gemildert wurde diese Situation für uns dadurch, daß zusammen mit uns eine ganze Reihe von Familien sich in einem Wohngebiet niederließen, das noch nie so dicht besiedelt war wie heute. Aber trotz-

dem, die weitaus größere Zahl der uns umgebenden Einwohner gehört seit langem dahin, ist zum Teil schon von elterlicher und großelterlicher Seite her in Esslingen beheimatet und auf vielfältigste Weise dieser Stadt verbunden: durch Schulbesuch und Lehre, ein Stück Weinberg oder ein Gartengütle, durch Vereinskultur und Kirchengemeinde. Wir haben keine solche Wurzeln, sondern leben in der Differenz zu alledem. Hinzu kommt, daß wir unsere Arbeitsplätze in Stuttgart haben, zusammen mit Kollegen, Bekannten und alten Freunden. Kann Esslingen je »unsere Stadt« werden?

Das kommt darauf an, wie man die Sache betrachtet. Es gibt eine Art nostalgischer Entschlossenheit, sich durch die Einquartierung in eine Altstadt in dieser Kultur einzuhausen. Zusammen mit der Restaurierung des mittelalterlichen Hauses sucht man eine Einwurzelung, die in ihrer Wirklichkeitsferne Enttäuschungen bereithält. Die Vorstellung, man könne durch einen entschiedenen Schritt den Anschluß an das Leben unserer Altvorderen gewinnen, ist illusionär und führt in der Praxis zu einer skurrilen Existenz. Warum denn aber überhaupt in eine alte Stadt ziehen und nicht in ein sozusagen ehrliches Neubauviertel? Mein Bericht hat auf diese Frage in voller Absicht fast ausschließlich praktische Antworten gegeben: bessere Lebensqualität auf fast allen Gebieten, in meßbaren Größen, im Blick auf ganz unsentimentale psychische und soziale Zustandsverbesserungen. Jetzt füge ich, bezogen auf das nostalgische Argument, noch einige Gesichtspunkte hinzu.

Die postmoderne Kritik hat uns auf vielen Feldern gelehrt, daß reine Funktionsrationalität zu Sinnentleerung führt. Am Beispiel der Architektur bedeutete dies die Einsicht, daß Bauhaus und Corbusier zwar die metaphysische und soziale Unbehaustheit des Menschen ehrlich ausdrückten, aber gleichzeitig beide noch verschlimmert haben. Was heute an Architektur entsteht, mit baugeschichtlichen Zitaten bei Stirling und historischen Reminiszenzen bei Branca, ist gewiß keine »Antwort« – wieso auch: Woher nehmen und nicht stehlen?, sondern bestenfalls eine Überwinterungsarchitektur, in einer Zeit besonders großer Ratlosigkeit. Die Hoffnung darauf, daß in der Funktion der Schlüssel zur Schönheit liege, ist uns wohl auf alle Zeiten vergangen.

Da mag der Blick zurück zwar nicht Rettung, aber doch Haltepunkte liefern. Gerade die Distanz zu alten Traditionen, Institutionen und Lebensweisen kann den Sinn für ihre Vernunft in einzelnen Punkten schärfen. Das ist unser Fall. Wie Branca sein neues Verwaltungsgebäude in die Gebäude- und Dächerlandschaft des alten Esslingen eingepaßt hat: mit Höfen und Gängen, runden Mauern und natürlich wieder einem Türmchen, so versuchen wir, in einer alten Stadt die Vernunft und Schönheit früherer Existenz zu erkunden, nicht im Sinne einer kompletten Einhausung, sondern im Sinne von Versuchsanordnungen, die uns einleuchten. Meine Frau und ich sind Sozialwissenschaftler, dazu an Architektur und Kunst interessiert. Im Unterschied zu der meist einfalllosen Bebauung von Suburbia, die keine architektonische und soziale Identität eröffnet, begnet uns in der alten Stadt auf allen Feldern ein

großes Angebot, unser Leben so einzurichten, daß wir ja sagen können zu unserem Haus, zu unserer Straße, zu unserer Nachbarschaft, zu Versorgung und Vergnügung. Und dies alles nicht im Wege begeisterter oder resignierender Einpassung in vorhandene Gehäuse, sondern im Wege vorsichtiger und neuer Komposition.

Dieser Einstellung kommt die zukünftige Entwicklung der alten Stadt selber entgegen. Selten, daß sich in einem Hause noch eine Familie über Generationen halten wird. Selten auch, daß ein Handwerk, ein Geschäft in die Hände der Kinder übergeht. Die Kinder unseres Gemüsehändlers haben Fachhochschulen besucht, und wir sehen mit Kummer den Augenblick kommen, wo das Geschäft geschlossen wird. Die alte Stadt wird, was seine Einwohner angeht, sich in dieser Hinsicht bald nicht mehr von einem Neubauviertel unterscheiden, in dem die Familien kommen und gehen und die Eigentümer wechseln.

Aber was sich nicht ändert und, paradox genug, nach Jahrzehnten extensiven Verkehrs jetzt wieder erlebbar wird, ist Urbanität: Leben auf der Straße. Die Stadt als eigener Lebensbereich, als Erweiterung des Hauses und Austausch zwischen privat und öffentlich, das gibt es heute und zeigt eine soziale und ästhetische Qualität, für die wir den Sinn verloren hatten. Also gerade keine naturwüchsige und »traditionsreiche« Situation, weder von uns noch von der Stadt her. Nicht Wiedergewinnung einer alten Lebensweise, sondern Orientierung an einigem von dem Guten, das sie für uns aufbewahrt hat: durch eine Stadtanlage, die uns lockt, unsere Augen offenzuhalten, durch nahe Wege, die uns Quellen der Versorgung, Geselligkeit und Kultur öffnen, durch Verkehrsmittel, die umweltfreundlich und zu Fuß zu erreichen sind. Dasselbe gilt für die altertümliche Weise des Wohnens. Nicht nostalgische Einhausung, nicht »mittelalterliches Wohngefühl«, sondern unterschiedliche Lichtwerte im ganzen Haus, Holzdecken, die nicht angeklebt sind, und Kalkwände, für deren matten Schimmer wir erst jetzt wieder Sinn finden: nicht weil er alt, sondern weil er schön ist.

Natürlich hat der Sinn fürs Alte als solcher auch Gewicht. Und gewiß kommt es darauf an, bei der Restaurierung eines alten Hauses möglichst das Ensemble im ganzen zu retten. Nostalgische Gefühle, die sich auf die Hausfront, ein paar Balken oder eine alte Tür beschränken, führen zu schlimmen Ergebnissen, schon unter ästhetischen Gesichtspunkten. Die Denkmalpflege tut deshalb recht daran, künftig nur solche Renovierungen zu fördern, die auch das Interieur von Häusern erhalten. Unser Haus, hat man gesagt, könne sich unter diesem Gesichtspunkt in einem Freilichtmuseum durchaus behaupten. Unsere Freude an ihm ist aber vornehmlich ästhetischer, nicht in diesem nostalgischen Sinne »historischer« Natur. Auch sind die Räume nicht unter dem Gesichtspunkt historischer Zeittreue möbliert, wenn schon sich viele alte Möbel in ihm finden. Worauf es ankommt, ist ein Zusammenklang, der eine durchaus neue Komposition ergibt.

Die Aufgabe solcher Neuetablierung wird niemandem, der in eine alte Stadt und ein altes Haus zieht, erspart. Die Vorgabe alter Strukturen erleichtert diese Aufgabe auch

viel weniger, als man denken sollte. Wo kann man übernehmen, wo darf man anverwandeln, wo muß man verwandeln, wo Neues machen? Diese Fragen betreffen Häuser, Plätze und Straßen ebenso wie Nachbarschaftsstrukturen, Vereinskulturen und politische Formationen.

Möglich, daß wir Neuwohner diese Aufgaben klarer sehen als alte Esslinger, die sich auf Traditionen berufen, in denen sie selbst nicht mehr leben. Gute Restaurierungen werden häufig von Zuziehenden gemacht, weil diese den Blick für die Güte des Unverwechselbaren haben, während Eigentümer, die ihre Stadt nie verlassen haben, nie sehen, welche Schätze sie besitzen. Umgekehrt hängen die alten Bewohner Gewohnheiten und Einstellungen an, deren vordemokratische Rückständigkeit von den neuen als ärgerlich empfunden wird. Unsere Liste solcher Erfahrungen ist lang und schon für sich genommen ein Grund dafür, nicht in nostalgischer Wehmut zu versinken. Es hat Jahrhunderte gegeben, in denen Stadtluft frei machte, aber auch Epochen des Stillstands und Rückfalls. Im 19. Jahrhundert gab es Quartiere, in denen unsägliche Not zu geistiger Enge und politischer Apathie führte. Unser Quartier war ein solches.

So also stellt sich unser Leben in der alten Stadt dar: Zwischen Bewahren, Wiedergewinnen und neuen Ideen führen wir eine Existenz, die weder auf das Alte als solches setzt, noch sich blinder Modernität verpflichtet weiß, sondern sich ihre Orientierungen aus dem Gestern ebenso wie aus dem Heute und Morgen holt, im Interesse einer Identität, die für unsere Generationen wohl stets eher Aufgabe als Besitz bedeutet.

---

Die Satellitenstadt, eine der folgenreichsten Fehlentwicklungen der Moderne, verbindet den Begriff der Naherholung im Grünen mit dem des gesunden Wohnens im Sonnenlicht und an der frischen Luft. Die üblichen Urlaubskriterien – Sonne und Naturnähe – projizieren dieses Freizeit-Paradigma in alle möglichen Weltregionen, übertragen gewissermaßen das Ideal des großen Fensters auf das weite Land, das im Fensterquadrat aufleuchtet. Die freie Autofahrt oder der Flug in die Ferne huldigen auch der Moderne als einer Kultur der Mobilität. Je fabrikmäßiger und serieller der mobile Sonnenkult sich aber ausnimmt, desto schwächer ist seine befreiende Wirkung.

(Mathias Schreiber in der F.A.Z. Nr. 183 vom 9. August 1988, Seite 19)

## Literaturbericht: Stadtgeschichte Berlin

HELGA SCHULTZ, Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz. Mit einem Beitrag von JÜRGEN WILKE, Berlin: Akademie-Verlag 1987, 92 Grafiken, 56 Tab., 7 Fotos, 476 S., DM 58,—.

Nachdem sich der Staub, den die 750-Jahr-Feier Berlins 1987 auch publizistisch aufgewirbelt hat, wieder etwas gelegt hat, wird man anfangen können, kurzlebige Jubiläumsprodukte von Neuerscheinungen bleibenden und längerdauernden Wertes zu unterscheiden. Das Buch von Helga Schultz gehört zweifellos in die zweite Kategorie. Es stellt nicht nur eine ungewöhnliche Bereicherung für die Stadtgeschichte Berlins dar, sondern leistet einen wichtigen Beitrag zur frühneuzeitlichen Stadtgeschichte insgesamt und zur allgemeinen Sozialgeschichte.

Eine Sozialgeschichte Berlins über anderthalb Jahrhunderte – das ist ein anspruchsvolles Programm. Die Verf. geht es in fünf chronologischen Kapiteln an, die jeweils dreißig Jahre umfassen, eine Generationenspanne also, was bereits andeutet, daß Probleme der demographischen Entwicklung einen zentralen Stellenwert in dieser Studie einnehmen. Abschließend werden die »Langen Linien« der sozialen Strukturen und Prozesse zusammengefaßt; das Anknüpfen an den Begriff der »longue durée« der französischen *Annales*-Geschichtsschreibung ist dabei durchaus typisch für das Buch. Der umfangreiche Beitrag von Jürgen Wilke über die Hugenotten im Berlin des 18. Jahrhunderts (353–430) wirkt dann leider etwas angeklebt, obwohl er methodisch und den Fragestellungen nach ganz der Konzeption von Schultz' Untersuchung folgt.

Hauptquelle sind die Kirchenbücher zweier Untersuchungskirchspiele: St. Nikolai in Alt-

Berlin und St. Georgen in der nordöstlichen Vorstadt. Damit ergeben sich (mit Einschränkungen für den ersten 30-Jahres-Abschnitt) hinreichend große Samples für fundierte demographische Analysen. Auf die Grenzen der Verallgemeinerungsfähigkeit der beiden Kirchspiele für ganz Berlin wird im übrigen immer wieder hingewiesen. Ergänzend sind außerdem Akten aus städtischen und staatlichen Archiven und, in großem Umfange, zeitgenössische Literatur, Chronistik und Statistik herangezogen worden. So wird auch der Nachteil von Arbeiten vermieden, die nur aus der Erstellung von Tabellen und ihrer Verbalisierung bestehen. Quantitative und qualitative Daten sind hier sehr gelungen miteinander verbunden; das Buch ist gut lesbar und zeichnet sich durch eine klare und sehr differenzierte, abwägende Argumentation und Interpretation aus. Das ist immerhin nicht selbstverständlich, nicht nur, weil eine EDV-gestützte Geschichtswissenschaft in der DDR noch seltener ist als in der Bundesrepublik. Denn nicht nur methodisch beschreitet die Verf. für die DDR-Forschung (aber auch für die Berlin-Historiographie) an vielen Stellen Neuland; vor allem kommt dem Buch sehr zugute, daß es konsequent den Anschluß an die westeuropäische Sozialgeschichte sucht und dabei die Scheuklappen marxistisch-leninistischer Orthodoxie ablegt, ja, deren überkommene Urteile immer wieder in Frage stellt. Die vielfältigen Fragestellungen in der demographischen Analyse, die besondere Aufmerksamkeit für das Problem der Handwerksgesellenorganisationen, die differenzierte Diskussion der Abgrenzung und Verflechtung von Handwerkern und Manufakturarbeitern und ihrer Bedeutung für die Herausbildung einer modernen Industriearbeiterschaft – das sind nur einige Beispiele dafür, daß die Verf. sich jederzeit auf der Höhe des

internationalen Forschungsstandes bewegt. Die Ergebnisse westlicher stadtgeschichtlicher Studien – z. B. E. François für Koblenz – werden übrigens in den meisten Fällen (und mutatis mutandis angesichts der spezifischen politischen und sozialen Merkmale der preußischen Hauptstadt) grundsätzlich bestätigt. Schultz strebt, man höre und staune, eine »marxistische Gesellschaftsgeschichte« an, die nicht wie bei H. Zwahr v. a. Geschichte von Klassenstruktur und Klassenbildung sein solle, sondern tendenziell auf eine »Totalgeschichte« ziele (15).

In der Tat ist die thematische Breite der Untersuchung erstaunlich und macht es unmöglich, hier auch nur die wichtigsten Ergebnisse jedes der inhaltlichen Aspekte vorzustellen, die in den fünf chronologischen Kapiteln angesprochen werden. Im Mittelpunkt steht die demographische Entwicklung: Geburtlichkeit und Mortalität, vielfach aufgeschlüsselt z. B. nach Todesursachen, Geschlecht, sozialer Schichtzugehörigkeit; ferner schichtspezifisches Heiratsverhalten und Bevölkerungsreproduktion; Familien- und Haushaltsstruktur in unterschiedlichen sozialen Klassen und Stadtteilen, usw. Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Untersuchung der Sozialstruktur und ihrer Veränderungen, also die Unterscheidung von Klassen und Schichten und ihres Anteils an der Bevölkerung, und vor allem die Analyse von sozialer Verflechtung und sozialer Abgrenzung, die am Heiratsverhalten (konnuale Mobilität), an der Berufsvererbung (intergenerationelle Vater-Sohn-Mobilität) und, wie in Zwahrs Untersuchung des Leipziger Proletariats, an Patenschaften gemessen wird. Die klassenanalytische Argumentation ist durchweg sehr differenziert und abwägend. Meistens werden zehn bis zwölf »Klassen, Schichten und Gruppen« unterschieden, und manchmal wünschte man sich schon wieder etwas mehr Mut, eine Differenzierung in wenige »Hauptklassen« der Berliner Gesellschaft zu versuchen, also nicht bei einem ganzen Dutzend Kategorien stehenzubleiben.

Dabei kommt die Einbettung in die allgemeinen Zusammenhänge Berliner und preußischer Geschichte nicht zu kurz, sowohl was politische Aspekte – z. B. den Zusammenhang von Absolu-

tismus und Stadtentwicklung – als auch was Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung angeht. Daneben werden (zum Teil allerdings nur sehr knapp und nicht durchgängig in allen Kapiteln, so daß die Entwicklungslinien nicht immer ganz deutlich werden können) behandelt: Zuwanderung und Stadterweiterung; soziale Segregation und sozialräumliche Struktur Berlins; Lohnniveau und Einkommensungleichheit; Armenwesen; Wohnverhältnisse; Ernährung.

Bezüglich des auch im europäischen Vergleich ungewöhnlich starken Bevölkerungswachstums Berlins im Untersuchungszeitraum ist es die (überzeugende) These der Verf., nicht primär der Manufakturkapitalismus oder andere ökonomische Faktoren seien dafür verantwortlich gewesen, sondern die »Funktion Berlins als Haupt- und Residenzstadt« (322). Das soll wohl auch der Untertitel »Sozialgeschichte einer Residenz« unterstreichen. Gerade deshalb ist es etwas zu bedauern, daß in den Abschnitten über die Sozialstruktur die an diese Funktion geknüpften Gruppen, v. a. die höheren Beamten, nicht sehr ausführlich behandelt werden. Auch ein anderer Teil der Oberschicht, Kaufleute und Manufakturkapitalisten, wird weniger beachtet, als es wünschenswert gewesen wäre.

Für die 150 Jahre bis 1800 ist nicht die Veränderung, sondern die Stabilität der Sozialstruktur, auch des demographischen Verhaltens, trotz rapiden Städtewachstums kennzeichnend. Das ist sicher ein überraschendes Ergebnis; es wird aber im Kern plausibel gemacht, und den Eindruck einer völlig eingefrorenen Gesellschaft erweckt die Verf. trotzdem nicht. So ist im Untersuchungszeitraum eine – allerdings quantitativ kaum genauer faßbare – Polarisierung von Arm und Reich, eine zunehmende Einkommensungleichheit festzustellen (228, 350f.).

Die größte Aufmerksamkeit der Verf. gilt den Manufakturarbeitern, den Handwerkern und den Soldaten. Gegen eine vermeintliche Trennung von Volk und Armee im »Feudalabsolutismus« wird sehr scharf herausgearbeitet, wie eng die Garnison in die städtische Gesellschaft, genauer: in die Unterschicht verflochten war, nach sozialer Herkunft etwa, nach Wohnung und sozialen Kontakten (siehe z. B. 101–107). Die Be-

deutung der Manufakturen und Manufakturarbeiter in der »ursprünglichen Akkumulation« (und damit für die Entstehung des Industrieproletariats) wird stark relativiert, obwohl die Verf. am marxistischen Manufakturbegriff festhält, der auch dezentralisierte Produktionsstätten einschließt und damit oft zu einer Überschätzung der Manufakturen geführt hat. Der oft rückwärtsgewandte Charakter von Arbeitskämpfen und Protesten der Manufakturarbeiter und Handwerker wird betont, und es war kein modernes Klassenbewußtsein, das sie entwickelten, sondern eher ein »berufsständisches Zusammengehörigkeitsgefühl«, obwohl andererseits, auf der sozialen Ebene, der »Formierungsprozeß des Manufakturproletariats« im 18. Jahrhundert »deutliche Fortschritte« gemacht habe (202). Wie weit nun tatsächlich ein Manufakturproletariat entstand oder nicht, in welcher Hinsicht das geschah und ob es Merkmale einer modernen Klasse hatte, scheint mir nicht befriedigend geklärt. Einerseits ist die Behauptung, die manufakturkapitalistischen Verhältnisse seien um 1800 »so ausgereift« gewesen, daß »Zehntausende kampfbereite Arbeiter und Gesellen« bereitgestanden hätten (254), sicherlich falsch; andererseits könnte die Trennung zwischen Manufakturproletariat und modernem Industrieproletariat, die Schultz mehrmals sehr betont (215, 344f.), in Wirklichkeit und nach dem, was wir über die Ursprünge von Arbeiterbewegung und Arbeiterschaft des 19. Jahrhunderts wissen, weniger stark gewesen sein. Doch diese Fragen hätten letztlich nur beantwortet werden können, wenn die Untersuchung ins 19. Jahrhundert hineingeführt worden wäre.

Viele andere Aspekte und Ergebnisse reizen zur Auseinandersetzung und produktiven Kritik. Das verweist auf die Stärke der Studie von Helga Schultz, an der in Zukunft nicht nur diejenigen nicht vorbeigehen können, die sich für die Sozialgeschichte Berlins interessieren.

Bielefeld

Paul Nolte

HARALD BODENSCHATZ, Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung seit 1871 (= Studien zur neueren Planungsgeschichte, hrsg. von H. Bodenschatz / H. G. Claussen / K. Heil / W. Schäche / W. J. Streich, Bd. 1), Berlin: Transit Buchverlag 1987, ca. 220 Abb., 285 S., DM 48,—.

Die Geschichte des Städtebaus der Moderne ist eine Geschichte der Zerstörung. Diese aggressive Seite moderner Stadtplanung trifft der Titel dieser Arbeit sehr gut. Zerstört wurden die Gebäude und Strukturen der historischen Stadt. Vertrieben wurden die Bevölkerungsgruppen, die an der Modernisierung nicht teilhaben konnten. Das zeigt der Verf. an der Sanierung der sog. Königsmauer und des Scheunenviertels; Stadtgebiete, die unmittelbar an den alten Stadtkern angeschlossen und heute zu Ost-Berlin gehören.

»Platz frei!« hieß im Berlin der Industrialisierungs- und Gründerjahre Freiraum für Terrangesellschaften und Bauspekulanten, die jeden Quadratzentimeter Boden so weit überbauen ließen, daß in die Hinterhofschächte kein Lichtstrahl mehr drang; da die Grundstücke nach dem Hobrechtplan von 1862 reichlich bemessen waren, konnte oft mehr als nur ein Hinterhof gebaut werden. Berlin wurde zur »größten Mietskasernenstadt der Welt«.

Harald Bodenschatz' Arbeit ist die erste Gesamtdarstellung der modernen Berliner Stadtplanungsgeschichte, im Schlußteil allerdings beschränkt auf die West-Berliner Nachkriegsplanung. Sie ist materialreich und voll von spannenden Einzelheiten, aber eigentümlich unzusammenhängend, weil sie sich übergreifender theoretischer Begriffe enthält. Von Kapitalismus ist nicht die Rede. Harald Bodenschatz zieht sich auf eine »Theorie mittlerer Reichweite« zurück, indem er den in der italienischen Planungsdiskussion verwendeten Begriff »Interessenblock« einführt (15). Damit ist die jeweils herrschende Einheit von Bauwirtschaft und kulturellem Selbstverständnis von Planungsgrundsätzen gemeint. Er erklärt, warum das System Mietska-

serne gerade in Berlin so gut gedeihen konnte, welcher »Interessenblock« ihn begünstigte. Er referiert dazu den zu Unrecht vergessenen Sozialwissenschaftler Rudolf Eberstadt, der dieses System bereits vor dem Ersten Weltkrieg präzise analysierte (58 ff.). Er zeigt weiter den Zusammenbruch dieses Systems zu Beginn des Ersten Weltkriegs, dann die Lösungen, die in der Weimarer Republik zur Überwindung des Mieterelends der unteren Schichten angewendet wurden – Mieterschutz, Mietpreisbindung, Wohnungsbewirtschaftung. Einzelne Demonstrativbauprojekte in den 20er Jahren änderten noch nichts am Wohnen in der Mietskaserne als vorherrschendem Haustyp.

Der Verfasser stellt überzeugend dar, wie wichtig die »kulturelle Entwertung« der Mietskaserne durch ihre Kritiker war; denn dadurch wurde dem neuen Interessenblock der Weimarer Republik der Weg politisch geebnet und der ökonomische Aufstieg ermöglicht: der Zusammenarbeit gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften mit kommunalen Planungsbehörden. Dabei ist spannend zu lesen, wie wenig das Dritte Reich diesen neuen »Interessenblock« veränderte, ihn lediglich »gleichschaltete«. Er hat sich im Grunde bis zum Skandal um die »Neue Heimat« 1986 gehalten; ja, seine eigentliche Blütezeit entfaltete sich erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Heute ist allerdings die »kulturelle Entwertung« des modernen Städtebaus, wie er sich mit den großen Wohnungsbaugesellschaften und ihren Planungs- und Architekturideologien durchsetzte, dringend geboten. Hier aber bleibt der Autor unentschieden und widersprüchlich. Besonders deutlich wird das an seinen Bewertungen einzelner Planungsergebnisse nach 1945. So wird der Teilaufbau des Bayerischen Platzes als »gelungen« bezeichnet (154), das Hansa-Viertel schließlich als »gar nicht so unsympathisches städtebauliches Produkt« gelobt (170). Dabei ist in beiden Beispielen jene furchtbare »Auflockerung« realisiert worden, die zum unbefragten Bestand »neuzeitlichen Städtebaus« gehört und das wichtigste Instrument der Stadtzerstörung ist.

Unklar bleibt, was mit der »ungleichzeitigen Stadt« gemeint ist, für die der Autor gleich im

Vorwort »unter Einschluß ästhetischer Aspekte« plädiert (16). Postmodern soll es nicht sein, weil sonst ein »wertvolles Erbe« der baulichen Moderne, nämlich »der Versuch interdisziplinärer Analyse« verloren ginge und nur noch eine »auf einen ästhetischen Diskurs reduzierte Kritik« übrig bliebe (15). Aber das sind auch nur gängige »Worthülsen« aus heutigen Diskussionen, die der Verfasser sonst ablehnt; die sozialwissenschaftliche Durchdringung nebulöser ästhetischer Kategorien lohnte heute mehr denn je jeden »Versuch interdisziplinärer Analyse«. Sie müßte freilich eine Vorstellung von der Gesamtentwicklung der Gesellschaft mitbringen und den engen Kreis der »middle range theories« überschreiten.

Das bedeutet eine strengere Arbeit an Begriffen; denn Theorie ist kein »Modell«, das sich, wenn es Serienreife verspricht, beliebig verwenden ließe. Bodenschatz' strikte Weigerung, sich an einem solchen Modell zu orientieren, ist darum auch ein Vorzug der Arbeit, da sie so von unnötigen Scheuklappen frei ist. Ein noch größerer Vorzug ist des Verfassers Liebe zum Detail. Obwohl von Kapitalismus nicht die Rede ist, offenbart die Genauigkeit der Darstellung doch wesentliche Elemente kapitalistischen Städtebaus.

Durch die Hygienisierung des Städtebaus Ende des 19. Jahrhunderts sollten die schlimmsten Nachteile der kapitalistischen Industrialisierung abgemildert werden. An eine Überwindung dieser Gesellschaftsordnung haben Stadtplaner und Architekten bisher nicht ernsthaft gedacht, auch ihre überkandidelsten Utopisten nicht. Die Bodenrente sollte vergesellschaftet werden, aber die Lohnabhängigkeit stand nie zur Debatte. »Baukunst statt Revolution« empfahl Le Corbusier. Er brachte damit nur die Bemühungen der Stadtplaner, die ihr ideologisches Rüstzeug von den Ärzten des 19. Jahrhunderts aus der Hygienebewegung erhalten hatten, auf den Begriff. Gegen die Mietskaserne, das häßliche Symbol der Klassengesellschaft, war die Parole von »Licht und Luft« angesagt, galt »Auflockerung« der Bausubstanz, um eben Licht und Luft an alle Fenster zu lassen, als die schlechthin gültige Forderung modernen Städtebaus.

Liest man Bodenschatz' Buch aufmerksam, so stößt man immer wieder auf diese magische Forderung. Die progressiven, politisch links gerichteten Kritiker (R. Baumeister, R. Eberstadt) hatten sie ebenso auf den Lippen wie schon die älteren Konservativen (Arminius), die städtebauliche Avantgarde der 20er Jahre (Martin Wagner, Bruno Taut) ebenso wie die Nationalsozialisten. Sehr schön in diesen Zusammenhang fügt sich die Erwähnung eines nicht realisierten Projektes von Alfred Hugenberg, der 1935 Stadterneuerung und -sanierung mit Hilfe von Hochhäusern und entsprechenden Freiflächen empfahl. Dies sollte nicht nur »Licht und Luft« in die Stadt bringen, sondern zugleich die Bodenrente hoch halten (119–121). Die Ähnlichkeit zu Le Corbusiers Plänen ist augenfällig.

Der »aufgelockerte und gegliederte« Wohnungsbau, zu dem Stadtarchitektur in der Moderne verkommen ist, spiegelt den falschen Kompromiß zur Lösung der »socialen Frage«, wie das Bürgertum die Klassenspaltung umschrieb, als ästhetisches Debakel wider. Die »negative Ästhetik« der in Ost und West ähnlichen Satellitenstädte ist kein Zufall, sondern das politisch unbegriffene Erbe der Klassengegensätze des 19. Jahrhunderts. Die damals glaubhafte Hoffnung politisch fortschrittlicher bürgerlicher Kräfte, daß die sozialen Spannungen sich durch technische Erfindungen und Erleichterungen lösen ließen, muß heute als Irrglaube erkannt werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb es in Berlin der sozialdemokratischen Stadtverwaltung vorbehalten, im Namen dieses Irrglaubens einen Stadtzerstörungsprozeß voranzutreiben, der die Verwüstungen des Krieges in mancher Hinsicht noch übertraf. Willy Brandt als Oberbürgermeister von Berlin und sein Senator für Bau- und Wohnungswesen, Rolf Schwedler, haben noch in den 60er Jahren die bald 100 Jahre alte Kritik an der Mietskaserne als Neuheit propagiert (153 ff.); sie haben gerade im Wedding, einem traditionsreichen Arbeiterwohnbezirk, verheerende Sanierungen durchführen lassen (Ackerstraße/Brunnenstraße) (S. 175).

Auch wenn Bodenschatz der Ideologie der Moderne im Städtebau ambivalent gegenüber-

steht, so zeigt doch die Genauigkeit seiner Recherchen, daß die scheinbar wertneutralen oder »überparteilichen« Planungsdogmen, eben die »Auflockerung« der traditionellen städtischen Bausubstanz im Zuge von Flächensanierungen, stets zum Nachteil der ökonomisch Schwächsten ausschlugen, ihren Lebenszusammenhang und ihre politische Gemeinschaft zerstörten. Dies wird in den einzelnen Studien zum Schicksal der Bewohner der Kösliner Straße, ebenfalls Wedding, in der Weimarer Republik, dem Dritten Reich und der Nachkriegszeit deutlich. Hier hat der Autor unbekanntes Material aufgearbeitet, das die unheilvolle Dialektik von Fortschritt und Zerstörung in der modernen Stadtplanung in seiner Vollendung als ein Werk von politisch Linken zeigt. Kein Wunder, daß die Kritik an dem »Interessenblock«, der diesen Fortschritt vollendete, zunächst von Konservativen geäußert wurde. Das ist ein Grund mehr, die verborgenen sozialen Gehalte ästhetischer Grundsätze aufzuspüren.

Das Buch bietet sich als Nachschlagewerk an, weil es eine Fundgrube an vielfältigen Informationen bietet. Es sollte eine Anregung darstellen, die »kulturelle Umwertung«, die sich mit postmodernen Bauwerken und dem Versuch einer »behuhten Stadterneuerung« – wenigstens programmatisch – ankündigt, in einen größeren historischen Kontext zu stellen, um überhaupt die Frage nach der architektonischen Lebensform einer befreiten Menschheit stellen zu können.

Berlin

Heide Berndt

KARL-HEINZ HÜTER, *Architektur in Berlin 1900–1933*, Stuttgart: Kohlhammer 1987, 450 S., 520 Abb., Ln. DM 98,-.

Mit seinen fast 700 Abbildungen stellt dieser repräsentative Band eine umfassende Dokumentation des Bauens in Berlin während der zweiten Hälfte der Wilhelminischen Ära und der Weimarer Republik dar. Ein solcher Überblick ist

höchst willkommen, da es kaum Vergleichbares gibt, sondern eher zeitlich enger begrenzte Darstellungen z. B. über die Architektur der zwanziger Jahre und andererseits knappere Übersichten über längere Zeitspannen wie den anlässlich einer Ausstellung in der Westberliner Akademie der Künste 1964 erschienenen Katalog »Bauen in Berlin 1900–1964«.

Die Wiedergabe des Bildmaterials ist fast ausnahmslos von sehr guter Qualität. Vielleicht hätte an einzelnen Stellen des Bandes die Zuordnung der Bilder zum Text günstiger sein können, um häufigeres Umblättern zu vermeiden.

Der Autor hat den Stoff in vier Hauptkapitel untergliedert. Das erste Hauptkapitel befaßt sich in sieben Unterkapiteln mit den verschiedenen Stilrichtungen im Kaiserreich und in weiteren vier mit der Weimarer Zeit. Die drei folgenden Hauptkapitel sind zur Vertiefung der einzelnen Sparten des Baugeschehens gedacht und sind dem Wohnungsbau, dem Industrie- und Verkehrsbau sowie dem Bau von Geschäfts-, Büro- und Kulturbauten in der City gewidmet. Das Schaffen einzelner bedeutender Architekten wird besonders herausgestellt. So enthält das zweite, dem Wohnungsbau gewidmete Hauptkapitel eine Reihe von Unterkapiteln, die sich speziell mit der Tätigkeit von Martin Wagner, Paul Mebes, Bruno Taut und einigen weiteren Architekten, die mit ihnen eng zusammenarbeiteten oder deren Auffassungen teilten und weiterentwickelten, befassen. In dem Kapitel über Industriearchitektur wird zunächst das Verhältnis von Kunst zu Technik diskutiert und dann vor allem das architektonische Werk von Behrens, Hertlein und Grenander vorgeführt. In dem Kapitel über die City-Bauten geht es um Theater- und Kinoarchitektur, um Bürohaus- und Warenhausarchitektur und um die Frage des Hochhauses, wobei der Verfasser selbst einräumt, daß es im Berlin der Weimarer Zeit mit Bauten von maximal zwölf Geschossen eigentlich noch gar kein echtes Hochhaus gegeben hat.

Der Autor lehrte eine Zeitlang an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar und lebt seit 1979 in Berlin. Diese seine Herkunft wird im Text gelegentlich in seiner Diktion spürbar, wiewohl man ihm im ganzen eine sehr sach-

liche Darstellung bescheinigen muß. In manchen Einzelheiten bleiben allerdings Wünsche offen.

So ist der Autor bestrebt, den Städtebau in den von ihm behandelten Epochen und das Schaffen einzelner Architekten auf dem Hintergrund des allgemeinen politischen Geschehens zu sehen. Das will nicht immer gelingen, da es aus Platzgründen nicht in der angemessenen Ausführlichkeit geschehen kann. Wenn Hüter z. B. am Beginn des Kapitels über Wohnungsbau und Stadtentwicklung in bezug auf die Grundstücks- und Bauspekulanten schreibt »Die engstirnige Bürokratie unterstützte sie dabei, indem sie Eingemeindungen verzögerte und dadurch das Bauland knapp hielt« (148), so ist das eine viel zu pauschale und daher nur zum Teil richtige Aussage. Die Eingemeindungen waren ja eine jahrzehntelange Streitfrage zwischen fünf Parteien mit Einstellungen pro und contra, nämlich dem Berliner Magistrat, den Berliner Stadtverordneten (die speziell wohl vom Autor gemeint sind), den betroffenen Gemeinden, den von etwaigen Ausgemeindungen tangierten Landkreisen und der preußischen Regierung. Um dieser Materie gerecht zu werden, bedürfte es weit mehr als des einen Satzes.

Ebenso pauschal bleibt in dem Bürohaus-Hochhaus-Kapitel die Feststellung, die deutschen Entwürfe blieben »frei von dem antiquierten Turmklischee, das damals fast allen real existierenden amerikanischen Hochhäusern zugrunde lag« (300). Hierzu müßte der Leser zumindest darüber informiert werden, daß es ab 1916 für New York City und bald auch für andere US-amerikanische Großstädte ganz speziell den Wolkenkratzerbau betreffende Bauvorschriften gab derart, daß das Zurückversetzen der Außenwände nach oben, die sog. set-backs, obligatorisch wurde. Diese Beschränkungen führten in der Praxis gegenüber der ersten Wolkenkratzergeneration in zwei neuen Wolkenkratzerotypen, dem einen, bei dem die Außenwände treppenartig nach jeweils einer bestimmten Geschoszahl weiter zurückversetzt sind, und dem anderen, der ein relativ schmaler Turm auf einem breiten Sockel ist. Zu dieser Problematik sei auf das Buch von Paul Goldberger verwiesen: Wolkenkratzer, Stuttgart 1984. Im übrigen

schreibt sich der Wolkenkratzer im Original skyscraper, nicht skyskraper (306).

Auch die Darstellung des Wirkens von Hermann Muthesius bleibt etwas lückenhaft (61–65). Was macht nun wirklich den Unterschied zwischen Villa und Landhaus aus? Nirgendwo im Text kommt klar zum Ausdruck, daß zumindest *ein* wesentliches Merkmal des ja zeitlich etwas später anzusetzenden Landhauses die stärkere Einbeziehung der Natur, d. h. des Gartens, unter Verzicht auf die für die Villa so typische Freitreppe und damit auf das Sockelgeschoß ist. Neben Landhäusern wurden allerdings gleichzeitig auch weitere Villen gebaut.

Eine kleine Unstimmigkeit, die dem Rez. auffiel: Auf S. 22 steht über einem Bild der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche als Entstehungszeit 1896–1902; nach mehreren ihm zugänglichen Quellen wurde diese Kirche 1891–1895 erbaut.

Die vorgebrachten Einwände schmälern aber nicht den vorteilhaften Gesamteindruck des Werkes. Der vorliegende Band ist eine Bereicherung der Literatur über das vielfältige Bauge-schehen in Berlin während des ersten Drittels unseres Jahrhunderts.

Berlin

Burkhard Hofmeister

## Autoren

CHRISTIAN GELLINEK, geb. in Potsdam, aufgewachsen in Berlin-Wannsee am Wildgatter. Abitur Hamburg-Harburg. Cand. jur. Göttingen 1957. Auswanderung, Banklehre, Lateinlehrer an Kanadas ältester Quäkerschule, Pickering College. Graduate Studium Yale PhD. 1964 und junior faculty 1964–1971. Gastprofessur und Habilitation Universität Basel 1974–1975. Prof. der deutschen Kulturgeschichte an der University of Florida 1971–1987. Derzeit an Münsters Stadtrechtsgeschichte arbeitend. Mehrere stadtrechtsgeschichtliche Veröffentlichungen.

KLAUS DUNTZE, geb. 1935. Studium der Theologie. Pfarrer in der Martha-Gemeinde Berlin-Kreuzberg von 1966–1977. Studienleiter der Evangelischen Akademie Berlin bis 1985. Seit April 1986 im Forschungsprojekt der Stiftung Volkswagenwerk »Die Rolle der Evangelischen Kirche bei der Stadtentwicklung in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert« tätig.

ULRICH STARK, geb. 1941. Studium des Luftfahrzeugbaus an der TU Berlin. Nach dem Studium vier Jahre Lehre und Forschung an der TU Berlin. Promotion. Seit 1971 im Bereich der Stadtentwicklungsplanung und der Datenverarbeitung bei der Planungsleitstelle der Senatskanzlei und bei DATUM e.V. tätig. Seit 1982 Betreuung des Projektes »Die städtebauliche Entwicklung Berlins seit 1650 in Karten« beim Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz Berlin.

MARTIN GREIFFENHAGEN (1928). Nach Buchhandelslehre, Studium der Philosophie, Theologie, Literaturwissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Promotion in Philosophie. 1956–1958 Wissenschaftlicher Assistent an der Hochschule für Sozialwissenschaft Wilhelms-haven-Rüstersiel. 1962–1965 Professor für Politikwissenschaft an der PH Lüneburg. Seit 1965 Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart. Zahlreiche Veröffentlichungen im besonderen zur politischen Kultur Deutschlands.

## Notizen

### Profildienst Denkmalpflege

In der Bundesrepublik Deutschland tragen die Städte und Gemeinden inzwischen die Hauptlast der denkmalpflegerischen Maßnahmen sowohl im organisatorischen als auch im finanziellen Bereich. Denkmalschutz ist aber immer auch hoheitliche Landesaufgabe. Die Denkmalliste muß staatlich legitimiert sein; überregionale Gesichtspunkte und flächendeckende Rücksichten lassen sich von überörtlichen bzw. staatlichen Ebenen besser durchsetzen:

Reichweite und Grenzen des Denkmalschutzes, Denkmalpflege und Stadtbildpflege, denkmalpflegerische Maßnahmen und Aktivitäten der Städte und Gemeinden, Zuschüsse und Steuervergünstigungen für Denkmaleigentümer. Zielgruppe dieses Profildienstes sind: Verwaltungsvertreter aus den Bereichen Denkmalpflege, Stadtplanung, Kultur, Stadtarchiv, -museum, städtische Bibliotheken, Öffentlichkeitsarbeit sowie politische Mandatsträger.

Der Profildienst Denkmalpflege ist der 15. Profildienst, den das Difu herausgibt. Im Rahmen dieser Dienstleistung werden aktuelle Materialien zu verschiedenen kommunalen Schwerpunkten zusammengestellt, um den Zuwendern aktuelle Information zu bieten, die sonst nur schwer zugänglich sind. Profildienste sind nur für den verwaltungsinternen Gebrauch gedacht und werden ausschließlich Zuwendern zur Verfügung gestellt. (Weitere Informationen: Dipl.-Soz. Claus-Peter Echter, Difu-Köln, Telefon (0221) 3771-145)

### Gefragtes Stadterneuerungsprogramm

Das sogenannte Stadterneuerungsprogramm, mit dem von Bund und Land seit mehreren Jahren Sanierungsmaßnahmen der baden-württembergischen Städte und Gemeinden gefördert werden, ist anscheinend zu einem wahren »Renner« geworden. Nach Angaben des baden-württembergischen Innenministers Dietmar Schlee, der jetzt eine Zwischenbilanz des Programms, das für das kommende Jahr 1989 erneut ausgeschrieben wird, vorlegte, werden derzeit 1133 »städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen« in 608 der 1111 Kommunen des Landes unterstützt.

Besonders gut angenommen wird das Erneuerungsprogramm offenbar von den baden-württembergischen Städten und Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern. Von diesen nehmen inzwischen fast 95 Prozent Programm-Gelder in Anspruch, gefördert werden damit 567 Sanierungsmaßnahmen – umgerechnet bedeutet dies, daß in jeder der Groß-Kommunen im Durchschnitt drei Erneuerungsgebiete bearbeitet werden. Nach Ministeriums-Angaben gehen inzwischen allerdings auch immer mehr kleinere Gemeinden daran, ihre Altbaugelände aufzuwerten und neu zu gestalten. Der Innenminister dazu: »Heute sind etwa 82 Prozent aller baden-württembergischen Gemeinden in der Größenordnung von 5000 bis 10000 Einwohnern in der städtebaulichen Erneuerung vertreten.« Und auch die Klein-Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern, die den Großteil ihrer Sanierungsmaßnahmen ja mit Hilfe des Dorfentwicklungs-Programms finanzieren können, bedienen sich mittlerweile schon zu 33 Prozent auch noch aus dem Stadterneuerungsprogramm.

Immer mehr gewinnt dabei die Sanierung von Industrie- und Gewerbebrachen an Bedeutung:

Mehr als 20 industrielle Brachflächen, die jetzt wieder »auf Vordermann gebracht« werden sollen, wurden in den vergangenen drei Jahren in das Programm aufgenommen. Weit überproportional griffen Kommunen aus dem sogenannten ländlichen Raum auf Programm-Gelder zurück. Während lediglich 40 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung auf dem Land leben, befinden sich dort 53 Prozent aller Erneuerungsgebiete, und 49 Prozent der bisher bewilligten Städtebauförderungsmittel (etwa 1,93 von insgesamt 4,07 Milliarden Mark) flossen nach Berechnungen des Innenministeriums in den ländlichen Raum.

### Kompetenzen bei der Stadtsanierung

Vom baden-württembergischen Innenministerium ist ein Erlaß herausgegeben worden, der die Kompetenzen bei anstehenden Sanierungen neu regelt. Das Papier ist als Handreichung gedacht und basiert auf bestehenden Rechtsvorschriften. Als solches wurde es auch nicht veröffentlicht, sondern auf dem sogenannten kleinen Dienstweg den Gemeinden zugeeignet.

Im grundsätzlichen Teil des neuen Erlasses schreibt das Innenministerium fest, daß die Stadtsanierung Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung und diese immer Herr des Verfahrens sei. Auch liegt es an ihr, ob sie sich überhaupt der Instandsetzung und Modernisierung von Baudenkmalen widmet. Ist dies aber der Fall, kommen auf die Denkmalpflege vielfältige Aufgaben zu. Zu »frühzeitiger« Unterrichtung sind die Kommunen verpflichtet, damit das Landesdenkmalamt mit der Erstellung einer Grobanalyse »ausreichenden zeitlichen Spielraum« hat, den Denkmalbestand aufzulisten und eine erste Stellungnahme abzugeben. In der Vorbereitungsphase liegt es an ihm, »die Wertigkeit einzelner Bau- und Kulturdenkmale« festzustellen. Das Amt meldet somit auch an, ob aus kunsthistorischer oder archäologischer Sicht längere Untersuchungen notwendig sind. Diese Entscheidung wiederum ist entscheidend für die Verteilung der anfallenden Kosten.

Auf Anregung der vier Regierungspräsidien im Südwesten haben die Denkmalbehörden zu dem Erlaß eine Prioritätenliste erstellt, die eine Übersicht über die denkmalpflegerischen Schwerpunkte im Lande gibt. Wurden auf der ersten Referentenbesprechung im Herbst letzten Jahres in Esslingen noch 100 Städte und Gemeinden genannt, so listet das Innenministerium nun 41 Namen auf, die für die Konservatoren wegen ihrer mittelalterlichen oder frühneuzeitlichen Substanz von Bedeutung sind. Hierzu wurden auch Lagepläne samt Legenden mit den »neuralgischen Zonen« mitgeliefert.

### Denkmalpflege in Mainz

Die Stadtverwaltung Mainz hat ein Informationsblatt herausgebracht, das den Eigentümern älterer Häuser helfen soll, bei Renovierungen das Kennzeichnende und Unverwechselbare der historischen Substanz zu erhalten. Die Tips des Amtes für Stadtsanierung und Denkmalpflege beziehen sich auf die Renovierung von Fenstern, Türen, Dächern und Fassaden. Außerdem enthält das Faltblatt Hinweise auf Behörden, die im Einzelfall Auskünfte und Ratschläge erteilen können. Dazu kommt eine umfassende Information über Vorschriften, die helfen, Kulturdenkmäler zu erhalten. (Auskünfte: Presse- und Informationsamt, Rathaus, 6500 Mainz 1, Tel. 06131 / 2218.)

### Lissaboner Altstadt wird restauriert

Die bei einem Großbrand teilweise zerstörte Lissaboner Altstadt wird im alten Stil wieder aufgebaut. Das entschied eine technische Kommission der Stadtverwaltung nach einer eingehenden Bestandsaufnahme. Ob das Feuer durch Brandstiftung in einem Kaufhaus ausbrach, konnte bislang nicht geklärt werden. Die Flammen hatten zwölf Stunden in den Stadtteilen Baixa und Chiado gewütet und mehrere Straßenzüge verwüstet. Nur zwei Gebäude werden abgerissen und neu aufgebaut. Bei den übrigen könnten die

Fassaden aus dem 18. Jahrhundert gerettet werden. Die Arbeiten sollen im Juli kommenden Jahres beginnen.

### *Nach 4000 Jahren...*

Die Sphinx, die am Eingang zu den Pyramiden von Gizeh wacht, ist weiterhin akut gefährdet. Aus dem Körper des Löwen mit Königskopf drohen fünf Gesteinsbrocken herauszubrechen, wie die halbamtliche Zeitung »Al Ahram« in Kairo berichtete. Der für den Pyramidenbereich zuständige Direktor der Altertümerverwaltung, Zahi Hawas, kündigte an, man werde jetzt provisorische Stützen anbringen. Die vor fast viertausend Jahren gebaute Sphinx, die aus einem beim Steinebrechen für die Pyramiden stehengebliebenen Sandsteinfelsen gehauen wurde, zerfällt zunehmend unter Umwelteinflüssen. Laut »Al Ahram« konnte sich ein Expertenausschuß, im Februar nach dem Herausbrechen eines größeren Stückes aus der Schulter gegründet, bislang auf keine Restaurierungsmethode einigen.

### *Denkmalschutz-Preise*

#### *Auszeichnungen des Nationalkomitees*

Mit dem in diesem Jahr zum zehnten Mal vergebenen Friedrich-Karl-Schinkel-Ring zeichnete das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz am 5. Dezember 1988 in Berlin den Ost-Berliner Denkmalpfleger Ludwig Deiters aus. Der Preisträger war von 1961 bis 1986 Generalkonservator des Instituts für Denkmalpflege der DDR. Nach seinem 1985 geehrten Dresdener Kollegen Hans Nadler ist Deiters der zweite Preisträger, der aus der DDR kommt. Mit der Preisverleihung würdigte das Komitee die Verdienste von Deiters um eine deutsch-deutsche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Denkmalpflege. Darüber hinaus habe der Ost-Berliner Wissenschaftler wesentlich zu einem wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch der europäischen Länder beigetragen und unter schwierigsten Nachkriegsbedingungen für die bedeu-

rende Denkmallandschaft der DDR eine international angesehene Denkmalpflege mitaufgebaut.

Für ihr Engagement um die Erhaltung des baulichen und archäologischen Erbes erhielten insgesamt zehn Persönlichkeiten und Gruppen den Deutschen Preis für Denkmalschutz 1988, der aus dem Friedrich-Karl-Schinkel-Ring, der »Silbernen Halbkugel« und vier Journalistenpreisen besteht. Die mit fünftausend Mark dotierten Journalistenpreise erhielten mit Barbara Hildebrandt, Wolfgang Neumann-Bechstein, Georg F. Förtsch und Gerd Dieter Liedtke jeweils zwei Mitarbeiter des ZDF und des Bayerischen Rundfunks.

Mit der Silbernen Halbkugel wurde neben Erhard Bouillon, Robert Knüppel, Hans P. Koellmann und Marie-Luise Niewodnizanska auch die Feuilleton-Redaktion der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« für die Artikelserie »Pfeilfälle« ausgezeichnet.

### *Die Deutschen drängen ins Museum*

Der Museumsbesuch wird in der Bundesrepublik immer beliebter: Nach einer Erhebung im Auftrag des Deutschen Museums (DMB) fanden 1987 über 66,3 Millionen Menschen den Weg in bundesdeutsche Ausstellungshallen. Diese Zunahme um fast sechs Prozent oder rund vier Millionen gegenüber dem Vorjahr schreibt der Museumsbund in seiner jetzt veröffentlichten Statistik vorwiegend der Anziehungskraft besonderer Leckerbissen wie etwa Sonderausstellungen oder Jubiläen zu. So habe zum Beispiel die 750-Jahr-Feier Berlins mit ihrer Fülle von Veranstaltungen die Besuchszahlen um über hundert Prozent gesteigert. Grundlage der vom Institut für Museumskunde in Westberlin für DMB und die Staatlichen Museen Preussischer Kulturbesitz erarbeiteten Bilanz sind Daten aus insgesamt 1840 Museen. Eine Zunahme der Besuchszahlen konnten danach vorwiegend die großen Häuser mit mehr als hunderttausend Besuchern pro Jahr verbuchen. Die größten Steigerungsraten hätten naturwissenschaftlich-technische und Kunstmuseen aufzuweisen. 544 Museen, in die insgesamt

6,9 Millionen Besucher mehr gekommen seien, stünden aber rund vierhundert Museen »mit deutlichen Abnahmen der Besuchszahlen« um vier Millionen gegenüber. 1987 sei ein Viertel der erfaßten Einrichtungen nicht in der Lage gewesen, ganzjährig oder -täglich Besuchern offen zu stehen.

### *DIFU-Seminarprogramm*

Neue Ansätze kommunaler Öffentlichkeitsarbeit (27. 2. bis 2. 3. 1989); Gewerbegebiete – Aufwertung durch städtebauliche Gestaltung (6. 3. bis 9. 3. 1989); Selbständigkeit und Alter. Neue Tendenzen der Altenplanung (13. 3. bis 17. 3. 1989) –; Umweltverträglichkeitsprüfung. Ein ei-

genständiges Instrument kommunaler Umweltschutzpolitik? (17. 4. bis 20. 4. 1989); Telematik. Handlungsbedarf für die kommunale Wirtschaftspolitik? (8. 5. bis 12. 5. 1989); Kontaminierte Standorte. Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsarbeiten (22. 5. bis 26. 5. 1989); Sind unsere Städte noch zu regieren. Zur Diskussion um eine Reform des Gemeindeverfassungsrechts (11. 6. bis 13. 6. 1989).

Die Seminare finden in den neuen Tagungsräumen des Deutschen Instituts für Urbanistik statt. Die Teilnehmer werden vom DIFU in nahe gelegenen Hotels und Pensionen untergebracht. Anforderung von Einzelprogrammen, Anfragen und Anmeldungen an: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 110, Postfach 126244, 1000 Berlin 12.

## Besprechungen

FERDINAND GREGOROVIVUS, *Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter. Vom V. bis zum XVI. Jahrhundert. Herausgegeben von Waldemar Kampf. Vollständige Ausgabe in sieben Bänden (bzw. 3 zweifachen Teilbänden und einem vierten Einführungs- und Anmerkungsband), München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1988, insges. 2682 S., 234 Abb., in Kassetten DM 98,-.*

Es gibt Geschichtsbücher, wie jedermann weiß, die zu »Klassikern« und zur Literatur geworden sind, Gustav Freytags »Bilder aus der deutschen Vergangenheit« oder Joseph Vogts »Geschichte der römischen Republik«, Johannes Hallers »Epochen der deutschen Geschichte« oder Golo Manns »Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts«. Die Reihe ließe sich mühelos fortsetzen, für den angelsächsischen Raum in größerem Maße, aber auch im Blick auf die deutschsprachige Literatur. Nicht nur »Epochenbände« gehören in diese Spezies, auch, in der Gründerzeit hat das begonnen, Bücher zur Kulturgeschichte und zur Alltagsgeschichte, Monographien und vor allem Biographien. Im Grunde sind alle »Disziplinen« vertreten, die politische Geschichte, die Sozialgeschichte, die Kriegsgeschichte und so fort. Nur die Stadtgeschichte nicht. Die klassische Geschichte einer deutschen Stadt, wir hätten mit Köln oder Nürnberg oder Berlin doch wahrlich diskutabile Vorlagen, gibt es nicht.

Ferdinand Gregorovius hat mit seiner in acht Bänden 1859–1872 erschienenen »Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter« eine solche klassische Stadtgeschichte in deutscher Sprache geschaffen. Und es war, um das gleich vorab zu sagen, ein höchst verdienstvolles Unternehmen des Deutschen Taschenbuch Verlags, dieses

Zweieinhalbtausend-Seiten-Werk erneut und bestens ergänzt herauszubringen. Es ist die vollständige und überarbeitete Neuauflage der erstmals 1953–1957 in der Wiss. Buchgesellschaft in Darmstadt erschienenen und von Waldemar Kampf besorgten Ausgabe. Mit anderen Worten: Gregorovius' Rom-Werk wird, wie Kampf einmal innerhalb seiner »Editorischen Hinweise« sagt, »heute noch gelesen«, und wir hoffen nur, daß diese stilvoll und sinnvoll illustrierte Ausgabe ihre weiteren Auflagen erleben wird; allein vom buchtechnischen, um nicht zu sagen bibliophilen Gesichtspunkt her hätte diese wunderschöne Ausgabe es verdient.

Das Rom-Buch von Gregorovius, der mittlerweile auch in Italien und den Vereinigten Staaten zu den Klassikern gehört, ist Dutzende Male rezensiert worden, Kampf hat die Rezeptionsgeschichte treulich aufgezeichnet und für eilige Leser die wichtigsten oder wohl auch originellsten Urteile auf den hinteren Umschlagseiten der Bände abgedruckt. Best- und Longseller innerhalb der Geschichtswissenschaft stehen im Geruch, wissenschaftlich unerhebliche Beisteuer zu sein; in der deutschen Wissenschaftstradition gehört das nach wie vor zum guten Ton. Ein vielgelesenes Buch, meint der rechte »Wissenschaftler«, kann kein gutes Buch sein. So konstatiert denn Heinrich Ritter v. Srbik 1950, es sei mit dem Rom-Buch »kein Werk der Fachwissenschaft, aber doch ein Werk reichster archivalischer Forschung« entstanden, womit das Problem noch vertrackter geworden ist: kein fachwissenschaftliches Buch, aber doch eines umfassender archivalischer Forschung? Nach welcher Wertkategorie nominiert man denn ein Geschichtsbuch zum wissenschaftlichen Buch wenn nicht nach dem Grad seines historisch-kritischen Apparats? Ein Buch »reichster archivalischer Forschung«, das dennoch »kein Werk der Fachwissenschaft« ist? Friedrich Baethgen, Kenner der Materie wie wenige, meint 1958, in seinem

Sinn für das Interessante sei Gregorovius »manchen Vertretern der kritischen Forschung stark überlegen« gewesen. Und Paul F. Kehr, unter den Methodikern und Theoretikern in der deutschen Geschichtswissenschaft einer der Großen, gesteht 1921, er habe für seine eigenen Arbeiten bei Gregorovius oft Rat geholt. Gregorovius habe »den römischen Forschungen einen großen Anstoß gegeben«.

Als »unwissenschaftlich« kann man des Autodidakten Gregorovius monumentales Werk also nicht abtun. Sein eigener Anmerkungsapparat hatte bereits einen so breiten Boden, daß man ihn auf sinnvollste Weise weiterführen und auf den Stand unserer Gegenwart bringen konnte. Und Gregorovius hat seine Fußnoten so wenig zum naiven und bloßen »Nachweis« und so häufig zum aberlickten Ort wissenschaftlicher Spezialauseinandersetzung benutzt, daß sich noch der heutige Experte angesprochen fühlen und in unmittelbarem Anschluß »weitermachen« kann.

Aber Gregorovius ist mehr als rubrizierender und Anmerkungen auftürmender Spezialist. Er ist wertender Historiker mit großartigem Weitblick und unverkennbar künstlerischer Fertigkeit. Er erzählt (noch) Geschichte. Aber er entledigt sich dieser Aufgabe nicht in irgend kleinkariertem Seitenblick auf den potentiellen Leser, sondern sichtlich gefangen durch sein Sujet und durch die Sache. Großartig diese Zusammenschau, großartig diese Sprache, die der allemal dramatischen Vorlage – »Rom« ist natürlich ein Thema! – in der scheinbar gezügeltesten Sachlichkeit nicht nachfolgt, sondern vorausgeht. Geschichtsforschung mag eine hölzerne Sache und mag Kärrnerarbeit sein, notwendig selbstverständlich und unerlässlich allemal. Geschichtsschreibung ist bei aller Gebundenheit an die Quelle auch eine künstlerische Sache. Gregorovius hat dies in souveräner Weise demonstriert.

Und er hat eine in hundert, in tausend Facetten sich zeigende Geschichte einer Stadt, der Stadt, zusammengewungen in ein Werk von epischer Größe. Einer allein könne die Geschichte einer größeren oder gar großen Stadt heute nicht mehr schreiben. Das könne man nur noch von einem Team machen lassen. Wir kennen dieses Rezept. Und es ist keine Frage, daß viele dieser stadtrei-

schichtlichen Sammelbände, die heute als »Stadtgeschichte« figurieren, Wertvollstes geleistet haben und noch leisten. Aber mit dem Beziehungsfeld Autor-Publikum-Darstellungskunst haben solche Sammlungen nichts mehr zu tun, ganz abgesehen davon, daß ihre theoretisch-didaktische Provenienz überhaupt noch zu klären wäre. Berichtet einem der Herausgeber eines solchen Sammelbandes für eine Mittelstadt voller Stolz, er habe über zwanzig Mitarbeiter zusammengebracht: als ob Geschichte je in materieller Vollständigkeit erfaßt werden könne. Auch zwanzig Mitarbeiter können nicht alles sagen, wie umgekehrt eine Stadtgeschichte ebenso viel Fragen aufwirft wie eine (machbare) Universalgeschichte auch. Der geschichtliche Mikrokosmos einer Stadt kann durchaus von einer Hand erfaßt und beschrieben werden. Es muß freilich die Hand eines Mannes vom Schlage des Ferdinand Gregorovius sein.

Stuttgart

Otto Borst

ERNST KÜNZL, *Der römische Triumph. Siegesfeiern im antiken Rom (Beck's Archäologische Bibliothek), München: Beck 1988, 171 S., 100 Abb., brosch. DM 38,-.*

Mit dem hier zu besprechenden Buch hat sich der Autor eines reizvollen Themas angenommen. Über Jahrhunderte hinweg – bis ins 4. Jahrhundert n. Chr. hinein – war der Triumph das wichtigste römische Stadtfest, das in seiner Verflechtung von Religion und Politik geradezu vorbildhaft einen Grundzug des öffentlichen Lebens im antiken Rom widerspiegelte. Von der Bedeutung der (auf die Etrusker zurückgehenden) Siegesfeiern im Rom der Republik und der Kaiserzeit zeugen heute noch Monumente wie die Ehrenbögen des Titus, Septimius Severus und Konstantin oder die als fasti Capitolini bekannten Triumphlisten im Konservatorenpalast auf dem Kapitol. Künzl betrachtet das Phänomen »Triumph« vornehmlich aus dem Blickwinkel des Archäologen und Kunsthistorikers, ohne freilich die zahlrei-

chen literarischen Nachrichten aus der Antike zu vernachlässigen. Ausgehend von dem detaillierten Bericht des Flavius Josephus über den jüdischen Triumph des Titus im Jahre 71 n. Chr. (9–13) widmet der Verf. neun weitere Kapitel einer Vielzahl von mit dem römischen Triumph zusammenhängenden Fragen und Aspekten. Leider ist die thematische Kohärenz und die Aufeinanderfolge der einzelnen Abschnitte nicht in jedem Fall überzeugend, so daß der Leser eine ganze Reihe von Wiederholungen und Überschneidungen in Kauf nehmen muß. Hier wäre eine klarere Konzeption und Strukturierung von Vorteil gewesen. Dennoch erfährt man höchst Instruktives und geläufige Vorstellungen Präzisierendes über den Weg des Triumphzuges zum Kapitol (30–44; 65 ff.), die Ehrenbögen und Triumphlisten (45–64), die Organisation (65–84), die politische und religiöse Stellung des Triumphators (85–108). Ausführlich befaßt sich der Verf. mit der seit ca. 200 v. Chr. einsetzenden Gewohnheit der siegreichen Feldherrn, ihre Triumphzüge mit geraubten Kunstobjekten aus den unterworfenen Gebieten (vor allem des Ostens) zu dekorieren (109–118). Die Kaiserzeit sieht Künzl als »Spätphase des römischen Triumphes« (119) an: Zwischen 71 und 303 n. Chr. haben die Kaiser diese besondere Form der Selbstdarstellung ausschließlich sich selbst vorbehalten (119–133). Den Abschluß des Buches bilden kurze Ausführungen zum Fortwirken der römischen Triumphalidee in Mittelalter und Neuzeit (134–140) sowie ein die Darlegungen des Autors veranschaulichender Anhang »Testimonia« (141–150) mit zwölf antiken Textzeugnissen in deutscher Übersetzung, die Bezug nehmen auf »große« Triumphe der Republik und der Kaiserzeit.

Was das Buch insgesamt kennzeichnet, ist die Neigung des Autors zur Akribie in Detailfragen. Dies gilt besonders für die Darlegungen zur äußeren Ausgestaltung des Triumphzuges (65 ff.). Freilich setzt hier die Quellsituation dem Erkenntnisstreben enge Grenzen. Wenn der Verf. Erfahrungen mit dem Mainzer Rosenmontagszug heranzieht, um Aufschlüsse über den organisatorischen Ablauf einer Massenveranstaltung wie dem römischen Triumphzug (in der

Kaiserzeit vielleicht bis zu 400 000 Zuschauer) zu gewinnen, so ist dies nicht nur einfallsreich, sondern in mancher Hinsicht auch weiterführend. Viele Fragen müssen jedoch notgedrungen offenbleiben, Künzl versucht sie dennoch zu beantworten, bleibt dabei häufig im Hypothetischen stecken (s. bes. 74 ff.) oder spekuliert gelegentlich des Guten zuviel (z. B. S. 82 die Überlegungen zum Blutverlust eines Opfertiers und zum Problem der Beseitigung des Blutes). Positiv fällt dagegen die umfassende Einarbeitung der Forschungsliteratur ins Gewicht, auch wenn auf eine kritische Auseinandersetzung weitgehend verzichtet wird. In einem zentralen Punkt bezieht der Verf. aber klar Position: Die Person des Triumphators interpretiert er überzeugend als gleichzeitige Verkörperung von Gott (Iuppiter) und altrömischen König (rex) (96).

Trotz des Bemühens des Autors, alle Aspekte des römischen Triumphes zusammenzufassen, vermißt man doch das Eingehen auf manch historisch relevanten Punkt. Dazu gehört z. B. der Umstand, daß sich in der späten Republik der Triumph unter Verlust seiner religiösen Bedeutung zu einem Instrument der Virtus-Demonstration ambitionierter Politiker wandelte. Mancher Feldzug (z. B. Crassus gegen die Parther) wurde nur deshalb unternommen, um anschließend in Rom als Triumphator einzuziehen und im aristokratischen Konkurrenzkampf Pluspunkte zu sammeln.

Nicht genügend gewürdigt wird auch die Wirkung von Triumphzügen auf das römische Publikum. Nach den Worten G. Walsers (Caesar und die Germanen, Historia Einzelschr. 1, Wiesbaden 1956, 84) stellte der Triumph den »bildhaftesten Ausdruck der politischen Ethnographie« dar. Die siegreichen Feldherrn nutzten die Gelegenheit, der stadtrömischen Bevölkerung anhand von Gefangenen und mitgeführten Bildern, Inschriften und Gerätschaften einen repräsentativen Eindruck von Kultur und Zivilisation der besiegten Völkern zu vermitteln. Insofern hatten die Triumphzüge auch einen gewissen Wert als Medium römischer Fremdenkenntnis und -einschätzung.

Uneingeschränkt zu loben ist die gediegene Aufmachung und sorgfältige Herstellung des Bu-

ches (ein kurioser Irrtum nur auf S. 70: statt »Volkstribünen« – was vom Sinn her auch möglich wäre – muß es »Volkstribunen« heißen). Gleiches gilt für die üppige Ausstattung mit z. T. sehr originellen, die Ausführungen im Text vorzüglich ergänzenden Fotos, Abbildungen und Planskizzen. Abgerundet wird das Werk durch Bibliographie, Zeittafel, Reliefliste und Index.

Alles in allem findet der sog. »interessierte Laie« in Künzls Buch eine gut lesbare und gut dokumentierte Darstellung, der Experte wird dankbar sein können für eine insgesamt kompetente Zusammenfassung des Forschungsstandes, die man trotz ihrer Schwächen dem modernen Standardwerk von H. S. Versnel (Triumphus, 1970) an die Seite stellen darf.

Stuttgart

Holger Sonnabend

BÜRGERSINN UND AUFBEGEHREN. *Biedermeier und Vormärz in Wien 1815–1848. Ausstellungskatalog, Wien/München: Verlag Jugend und Volk 1988, 690 S., zahlr. Abb., geb. DM 135,-.*

Ausstellungskataloge, oft mehrbändig und »gewichtig« auf alle Fälle, treten, als solche wohl noch kaum erkannt und gewertet in ihrer Bedeutung, als neue Gattung am Himmel der geisteswissenschaftlichen Darstellung auf. Wie neu und zugleich selbstbewußt dieses Genos ist, verrät der Versuch, die monumentalen Bände zu bibliographieren: von System oder Durchsichtigkeit kann keine Rede sein. Der eine und andere Museumsdirektor hat denn auch erklärt, er wolle seine Ausstellungsbände gar nicht dem Buchhandel übergeben, er möge die moderne »Kommerzialisierung« nun einmal nicht.

Auch unser hier anzuzeigendes Buch ist ein Ausstellungskatalog, und zwar zur 109. Sonderausstellung der Historischen Museen der Stadt Wien, die unter der Überschrift »Bürgersinn und Aufbegehren« im Künstlerhaus am Karlsplatz vom 17. Dezember 1987 bis zum 12. Juni 1988

über die Bühne gegangen ist. »Verfasser« gibt's bei den Katalogen keine mehr, und so tut man sich allemal schwer, den Band (oder die Bände bibliographisch »aufzuhängen« (und hernach in der modernen Büchermasse zu finden). Senatsrat Dr. Günter Dürriegl hat dem mehr als halbttausendseitigen großformatigen Band eine halbe Seite Vorwort mitgegeben und dabei die Umstände angedeutet, »unter denen wir alle zu einem Team geworden sind«. Rez. geht davon aus, daß man in Hans Dürriegl auch den Herausgeber erkennen könnte.

Wer Biedermeierliches aus einer Stadt wie Wien, ganz sicher der Kapitale des europäischen Biedermeier, zusammenträgt, gerät in jene Gefahr, die diese neue Gattung »Museumskatalog« überhaupt heraufbeschwört: die Geisteswissenschaften und im besonderen die Geschichtswissenschaften in einem Alexandrismus versacken zu lassen, den wir glaubten im 19. Jahrhundert (oder noch früher) zurückgelassen zu haben. Wissenschaft als Sammeln, Rubrizieren, Etikettieren, Beschreiben. Das schöpferisch-interpretierende Ordnen, die Wertung und Deutung und möglicherweise sogar die Sozialisation der einzelnen Disziplin gehen unter in einem Meer von Nummern und Zetteln und Regesten. Rez. fügt ungeniert an, daß das Wiener Team mit seiner Biedermeier-Ausstellung (und Katalogisierung) dieser Gefahr nicht erlegen ist. Knapp und klar ist das Meer von Zeugnissen, von Porzellan und Tagebüchern, von Deckelterrinen und Armlehresseln, von Berthauben und Handkörbchen in ein überschaubares Delta von 18 Flußarmen zusammengewungen, die nun freilich alles bedeuten, was die Welt von damals im großen Wien bedeuten mochte, Musik und Politik, Wohnkultur und Theater, Baukunst und Erfindungen, Theater und Literatur, Technik und Freizeit und Alltag und so weiter.

Der Band hat sicherlich »fast« alles registriert, was an Vorzeigbarem zum »Biedermeier« in Wiens Schränken und Vitrinen aufbewahrt war. Und das Ausstellungs- und Herausgeberteam hat sich nachweislich auch Gedanken darüber gemacht, unter welcher Überschrift man diese Massen zu bändigen vermöchte. Die Frage nach dem wissenschaftlichen Ertrag eines solchen Un-

ternehmens ist damit zugleich gestellt. Sollte es nur darum gegangen sein, dem aus nah und fern angerückten Publikum ein möglichst munteres Panoptikum zu zeigen? Dürig hat in seinem knappen Rechenschaftsbericht darauf aufmerksam gemacht, daß »die vordergründige Glätte und Ebenmäßigkeit der Jahre zwischen 1815 und 1848« sehr deutlich »Sprünge und Brüche« aufzeige. Die Ausstellung habe neben der Idylle des Biedermeier auch »die Gebrochenheit der Zeit« aufzeigen wollen und müssen.

Das ist nun, bei aller Hochachtung vor dieser immensen und vorbildlichen Fleißarbeit des Wiener Teams, keine neue Erkenntnis. Der Vormärz ist eine Epoche der Entzweiung, zwischen Staat und politischer Ideologie, zwischen Individuum und Gemeinschaft und so weiter. Der Band bringt eine fast endlose Strecke von Dokumentarmaterial, übrigens ohne in den bei ähnlichen Katalogen üblichen Fehler zu verfallen, einen Teil der Abbildungen so klein zu bringen, daß man mit ihnen kaum mehr etwas anfangen kann. Der Band bringt auch Abhandlungen zu einzelnen politikgeschichtlichen, sozialgeschichtlichen, literargeschichtlichen Themen, deren Wert erst im Verlaufe der Zeit ganz erkannt werden wird. Aber er bringt nicht die knappe Endsumme, die Bilanz unter dem Strich, das Generalurteil. Die Verlegenheit um eine alle Entwicklungen und Entwicklungsformen klärende Deutung macht die Überschrift über diese Monumentalausstellung am besten deutlich: »Bürgersinn und Aufbegehren« bleiben verschwommene Begleitwörter, die keinesfalls eine Antithese meinen, aber auch keine Synthese andeuten, und der Untertitel »Biedermeier und Vormärz« suggeriert einen Gegensatz oder zumindest zwei Welten, wo doch von einer Welt die Rede ist, nämlich der Zeit zwischen 1815 und 1848. Sind »Biedermeier« und »Vormärz« zwei Paar Stiefel? Ich denke, das hätten wir längst geklärt. Der übergreifende Begriff ist Vormärz. Unter diesem bloßen Zeitbegriff subsumieren sich die verschiedensten Strömungen, die literarisch-biedermeierlichen, die frühsozialistischen, die technologischen, die naturwissenschaftlich-exakten, die demokratisch-ideologischen und so fort. Bezeichnend, daß im Buch immer wieder – und entgegen dem Ausstel-

lungs-Untertitel – die ganze Epoche mit »Vormärz« apostrophiert wird.

Fazit: Derlei historische Großausstellungen verlangen beides, minuziöse Detailarbeit und gedankliche Klarheit in der didaktischen Zielsetzung der Dokumentation. Wo sind in der Ausstellung jene »Brüche«, von denen – mit vollem Recht – die Rede war, sichtbar geworden? Wobei natürlich sofort die andere Frage sich anmeldet, ob man derlei Kontinuitätsbrüche, ob man diese inneren Wechselspiele der Zeit, ob man Geschichte überhaupt »zeigen« kann.

Stuttgart

Otto Borst

PETER GAY, *Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur der Weimarer Zeit 1918–1933. Aus dem Amerikanischen von Helmut Lindemann. Vom Autor durchgesehene Neuauflage, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1987, 253 S.*

Mit einem »Vorwort zur Neuauflage« ist Peter Gays großer Essay über Geist und Kultur der Weimarer Zeit erneut erschienen, ein Buch, das auch für die Stadtgeschichte Bedeutendes abwirft. In der, man würde zuviel sagen, wollte man anmerken: eleganten Übersetzung gibt Gay einen großartigen Überblick, der den geistes- und kulturgeschichtlichen Linien gilt, nicht aber dem allgemeinen politikgeschichtlichen Gerüst. Auch der fünfundzwanzigseitige »Anhang«, in dem die – im Hauptteil glücklicherweise fehlende – Ereignisgeschichte auf eine etwas dünne und vordergründig-chronikalische Art nachgeholt wird, vermag da nichts daran zu ändern: das Büchlein gilt der Weimarer Epoche als einer geistigen Epoche, und es faßt hier, siehe die beigegebene und ungemein wertvolle Bibliographie zu den einzelnen Unterkapiteln dieser Kulturgeschichte, zusammen, was in Autobiographien und Tagebüchern, in Zeitberichten und Abhandlungen weitverstreut als Material sich abgelagert hat.

Unumgänglich, daß Gay den »Weimarer Stil« weit vor die Zeit des Ersten Weltkrieges zurück-

datiert, daß er die »Novemberrevolution« freundlicher und positiver beurteilt, als die deutsche Geschichtsschreibung das bislang zu tun vermochte. Diese »Revolution« habe eine ganze Menge erreicht, wenn es auch töricht gewesen sei, die alten kaiserlichen Beamten weiter regieren zu lassen. Ob die Vernunftrepublikaner vom Schlage Thomas Manns oder Meineckes Gutes gebracht haben, ob die Republik als Ganzes nun ein »Triumph der Mittelmäßigkeit« war, ob viele Literaten nur an der »Herabsetzung der Weimars« arbeiteten und die Historie mehrheitlich sich vom Geist des »gotischen Deutschland« nährte: Gay macht unausgesprochen klar, daß der politischen Geschichte dieses in völligem Desaster endigenden Jahrzehnts eine kulturelle Geschichte einherlief, die ihre eigene Geltung und ihre eigene Größe hatte. Rez. würde in diesem Betracht nicht so gerne einer »Parallelität von Weimarer Kulturleben und Weimarer Politik« (S. 158) das Wort reden. Natürlich gab es auch damals jene politischen Bedingtheiten, ohne die Kultur allemal nicht zu leben vermag. Aber die Weimarer Zeit macht klar, daß die Bildende Kunst damals, die Architektur, die Literatur aus neuem Nährboden schöpfte, in einem höchst natürlichen Sinne avantgardistisch war und ungeübt »moderne« Akzente setzte, von denen wir heute, siehe allein das Bauhaus, noch leben, während die Politik diese Hürde der notwendigen Annäherung an das Zeitgerechte kaum anließ, geschweige denn übersprang. Hier stand der ästhetische Funktionalismus einem immer hilfloser werdenden politischen Reaktionismus gegenüber, und die gutgemeinte sogenannte »Konservative Revolution«, wie man diese verquälte Geburt bezeichnenderweise nannte, hatte von der revolutionären Selbstsicherheit des Bauhauses so gut wie gar nichts. Daß »Berlin« ganz wesentlich zum Stichwort dieser umfassenden geistig-künstlerischen Revolution werden konnte, wird besonders mit dem zweiten Unterabschnitt des sechsten Kapitels (S. 168 ff.) deutlich: die Kultur der deutschen golden twenties wird im besonderen von den Städten und in erster Linie von Berlin getragen. Berlin weckte »in allen Menschen starke Emotionen«, und, so Heinrich Mann 1921, »die Zukunft Deutschlands wird heute an-

deutungsweise vorausgelebt in Berlin«. Ob wir von der Rolle der großen deutschen Städte in der Kultur der zwanziger Jahre einmal Überschaundes und Zusammenhängendes erfahren?

Stuttgart

Otto Borst

STEFAN FISCH, *Stadtplanung im 19. Jahrhundert. Das Beispiel München bis zur Ära Theodor Fischer, München/Wien: R. Oldenbourg 1988, XXII u. 329 S., DM 98,-.*

Die Geschichte des Städtebaus und der Stadtplanung wird von Historikern lieber den architektonisch ausgebildeten Experten überlassen, obwohl auch von ihrer Seite dieser Gegenstandsbe- reich schon des öfteren berücksichtigt wurde, wobei spezifisch historische Fragestellungen im Vordergrund standen. Der Autor der vorliegenden Studie, einer bei Thomas Nipperdey angefertigten Münchener Dissertation, hat in mustergültiger Weise eine Problemlösung gefunden, welche methodisch die historische Urbanisierungsforschung, die Planungsgeschichte und die Regionalgeschichte – in diesem Fall: Münchener Stadtgeschichte – geschickt miteinander verbindet. Demgemäß ist auch der Inhalt des Buches aufgebaut, und diese Konstruktion erlaubt eine konsequent fortschreitende Argumentation.

Nachdem Fisch im ersten Kapitel die strukturellen Bedingungen der Münchener Stadtentwicklung – Sozialstruktur, Kommunalverhältnisse und Baubedingungen – im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts analysiert und im zweiten die Grundprobleme der damaligen Stadtplanung dargelegt hat, beschäftigt er sich in den drei folgenden Kapiteln mit der Stadtplanung in München selbst, die er in drei Perioden unterteilt. Bis zur bayrischen Gemeindeordnung von 1869, welche die auf den Städten lastende Staatskuratel aufhob, wurde auch der Münchener Städtebau mehr von staatlicher (sprich: königlicher) als von kommunaler Initiative getragen. In den 70er und 80er Jahren setzte sich eine kommunale Stadtplanung durch, die nach der Choleraepidemie

von 1873 mehr stadthygienische als ästhetische Aspekte beachten mußte. Erst in den 90er Jahren konnte sich die Münchener Stadtplanung unter der Ägide Theodor Fischers', des Leiters des Stadterweiterungsbüros, voll entfalten.

Lehrreich sind besonders die Hinweise, die der Verfasser auf die neue Entwicklung der Stadtplanung gegen Ende des 19. Jahrhunderts (S. 137ff.) gibt, auf die Entstehung eines Bedarfs zur Stadtplanung und auf deren Vorarbeiten. Daß man eine Bestandsaufnahme machen, eine Statistik erstellen mußte, deren Daten realistisch in die Zukunft fortzuschreiben sind, war für die Stadtplanung jener Zeit eine völlig neue Erkenntnis. In Bayern – Fisch illustriert dies eindrucksvoll am Münchener Beispiel – hatte der Städtebau bis 1918 mit einem Handicap fertigzuwerden, das in anderen deutschen Staaten nicht bestand: Es fehlte den Planungsbehörden das Mittel der Enteignung. Das »Kunstkönigtum« der Wittelsbacher, vor allem Ludwigs I., versuchte, diesen Mangel dadurch auszugleichen, daß es die unter Staatskuratel stehende Stadt zu Grundabtretungen zwang. Der kommunalen Stadtplanung gelang es dann jedoch, mit Hilfe eines differenzierten Instrumentariums, die Klippen der Bodenbesitzverhältnisse erfolgreich zu umschiffen. Unter Fischer konnten gerade wegen dieser Voraussetzungen die Konzeptionen Camillo Sittes (»geschwungene Linien«) in die Tag umgesetzt werden.

Trotz mancher vorschneller Urteile, mit denen der Autor die wissenschaftliche Diskussion würzt, vermag dieses auch sprachlich sehr gelungene Buch voll zu überzeugen.

Münster/Dortmund Wolfgang R. Krabbe

ROSWITHA ROSINSKI, *Der Umgang mit der Geschichte beim Wiederaufbau des Prinzipalmarktes in Münster/Westf. nach dem Zweiten Weltkrieg (= Denkmalpflege und Forschung in Westfalen, Bd. 12)*, Bonn: Dr. Rudolf Habelt

Die alte Stadt 4/88

GmbH. 1987, 281 S., zahlreiche Fotos u. Pläne, DM 54,-.

In Anbetracht von unter ähnlichen Nachkriegsvoraussetzungen und daher begrenzten Perspektiven angetretenen Städten und im Hinblick auf manche städtebauliche Neuentwicklung der Folgezeit schneidet Münster, was den Wiederaufbau seiner Altstadt, insbesondere den Prinzipalmarkt als sein Inkunabel, angeht, vergleichsweise gut oder sehr gut ab. Dieses Urteil stützt sich vorwiegend auf die gelungene Wiederbelebung und die hier entstandene stadträumliche Atmosphäre. Identifikationswilligkeit von Nutzern und anhaltende ökonomische Erfolgsbilanz sind jedoch kein Beweis für die Vorexistenz einer wirklichen Auseinandersetzung um die Vermittlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten von Geschichte anhand gebauter und umgebauter Architektur. Jedoch ist inzwischen auch bei Denkmalpflegern der neue Prinzipalmarkt zu einem als solchen anerkannten Zeugnis der Nachkriegsgeschichte geworden. Die weitverbreitete Bewunderung seiner verfremdenden gestalterischen Rückwärtsorientiertheit und seine Inanspruchnahme als Zeugnis der Proto-Postmoderne werfen ein wenig schmeichelhaftes Licht auf gegenwärtige planerische Tendenzen.

Die vorliegende Arbeit von Roswitha Rosinski entstand in den Jahren 1981–84 als kunstwissenschaftliche Dissertation an der Universität Marburg. Sie leistet schon deshalb einen wichtigen Informationsbeitrag, als der Forschungsstand in der Architektur der Wiederaufbauphase der BRD noch große Lücken aufweist und damit zu Vorurteilen, Vereinfachungen und Verfälschungen verleitet, überdies – wie auch im Falle Münsters – in nur geringem Maße um wirkliche Analyse bemüht war. Diese wird hier ausdrücklich vorgenommen, nicht als Selbstzweck, sondern in Beziehungen zu den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen wie deren Veränderungen und unter Darstellung der Bewußtseinslage von Bezugsgruppen, wobei zum einen die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Gegenwart, zum anderen auch die Auswirkungen der Wiederaufbau-Architektur beleuchtet werden. Diese Tatsache und die Un-

tersuchung des im Zeitraum 1945–61 geplanten und realisierten Marktensembles lassen im Gegensatz zu derjenigen von Einzelobjekten Ergebnisse von allgemeiner Aussagekraft erwarten.

Die Arbeit gliedert sich in vier Hauptkapitel, die sich mit der Entstehungsgeschichte der Wiederaufbauplanung und ihren Alternativen, der Planung selbst, dem Wiederaufbau der Fassaden und Aspekten des neuen Prinzipalmarktes befassen. In einem sich anschließenden Exkurs wird die Entwicklungsgeschichte von Markt und Architektur bis zum Zweiten Weltkrieg bewertend behandelt. Dies mit dem Ergebnis, daß der schrittweise Zuwachs an gestalterischer Vielfalt und Geschichtlichkeit bis zum Zweiten Weltkrieg, der durch ihn bedingte fast totale Verlust wie die nochmalige Reduktion von Substanz und Aussage beim Wiederaufbau deutlich werden.

Gut die Hälfte der Publikation nimmt ein reich bebildeter Gebäudekatalog ein, der auf der 1934 veröffentlichten Inventarisierung von Max Geisberg fußt, der um den Bestand der dort noch fehlenden Bauten des 19. Jahrhunderts ergänzt worden ist, ihn beschreibt und wertet und den jeweiligen Zerstörungsgrad, die wesentlichsten seitherigen Entwurfsphasen und den Ausführungszustand der Fassade wiedergibt.

Die überkommenen Grundrisse wurden nun im Falle des Rathauses und Stadtweinhauses berücksichtigt, ansonsten alle inneren Gebäudestrukturen weitgehend neu konzipiert, ging es doch damals um den ausschließlichen »Rückgewinn« der Fassadengestalt, wobei Münster gegenüber Städten wie Nürnberg und Freiburg, die lediglich ihren Stadtgrundriß, Gebäudevolumina und -strukturen aufgriffen, einen Schritt weiterging. Das hierbei entstehende Restunbehagen wurde durch Emotionen verdrängt: Sehnsucht nach Vertrautem, nach Vergessen der Kriegsgeschehnisse und des Zusammenbruchs, nach materieller Existenzsicherung gewannen die Oberhand. Dabei hätte man nach der 91%igen Zerstörung der Altstadt durchaus die Möglichkeit eines Neubeginns gehabt wie in Rotterdam oder denjenigen einer Rekonstruktion des Vorkriegszustandes wie in Warschau. Der schließlich gewählte Kompromiß erklärt sich als Ergebnis eines Interessenkonglomerats, bei dem radikale

Neulösungen wegen einer nicht gewollten Bodenneuordnung und der bestehenden Planungs- und Personalkontinuität nie ernsthaft zur Diskussion standen. Er schien der praktikabelste Weg und wurde zudem moralisch durch eine nach 1945 propagierte »Armutstrategie« gestützt.

Mit Bedauern wird es der Denkmalpfleger – wie seine münsteraner Kollegen von damals – zur Kenntnis nehmen, daß Architekt Heinrich Bartmann mit seiner Auffassung auf verlorenem Posten kämpfte, wonach die erhaltenen Gebäude denkmalpflegerische Priorität besäßen, Fragmente zerstörter Bauten in die Aufbauplanung einzubeziehen seien, bei Rekonstruktionen Originalgetreue zu wahren sei und Zubauten in moderner Form zu erfolgen hätten. Wären doch auf diese Weise geschichtliche Kontinuität wie die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges architektonisch verdeutlicht worden! Stattdessen setzte sich die selbstbewußte Auffassung von Edmund Scharf, dem Leiter des städtischen Baupflegeamtes, und von Architekt Hans Ostermann durch, sich von den Vorgaben historischer Bausubstanz zu lösen, ein eigenes Konzept mit einem »Hauch von Geschichte« zur Schaffung einer vertraut wirkenden Atmosphäre zu realisieren, wobei es hier in erster Linie um Repräsentation der Kaufmannschaft ging, dies in krassem Gegensatz zur herrschenden Wohnungsnot der unteren Bevölkerungsschichten!

Die Vielfalt in der Geschlossenheit wurde zugunsten einer Maßangleichung und Dekorationsvereinfachung reduziert. Unterschiede beruhen auf gestalterischen Anknüpfungen an die ehemalige Architektur, wobei die Autorin zwei – noch einmal in sich differenzierte – Hauptgruppen herausarbeitet, die »konkret-historischen Varianten« und die im wesentlichen Fassadenneulösungen, bei denen der Bezug zur Geschichte nur partieller oder willkürlicher Art ist.

Innerhalb der Hierarchie des Platzes und als Denkmäler nahmen Rathaus und Stadtweinhaus eine Sonderstellung ein, die ihnen heute nur noch uneingeschränkt in erstgenannter Hinsicht zukommt. Ausnahme in zweitgenannter bildet die während des Kriegs ausgelagerte Inneneinrichtung des Friedenssaals. Was die Fassade des Rat-

Die alte Stadt 4/88

hauses angeht, setzt sich eine frei nachempfundenen Kopie ihrer Vorgängerin, z. T. unter Orientierung an gotischen Detailformen des Regensburger Domes durch. Überdies erfolgen »Korrekturen«, so ihre Anhebung um einen halben Meter. Das Programm ihres Figureschmuckes bleibt weitgehend auf der Strecke, wobei man sich des Arguments einer pauschalen Abqualifizierung der Rathauswiederherstellung des 19. Jahrhunderts bedient. Um so verwunderlicher, daß die Gesamtmaßnahme von der treibenden Kraft der Kaufmannschaft als »Gemeinschaftsaufgabe zur Rettung städtischer Geschichte« und nach Abschluß der Arbeiten als bedeutendes wiedergewonnenes Stück Heimat dargestellt wird! Unstrittig jedoch ist sie Symbol des Wiederaufbauwillens und ideologischer Gewinn für die Kaufmannschaft, gewissermaßen ihr ständisches Wahrzeichen.

Beim Stadtweinhaus wird mit einer Teilkopie ökonomischen Forderungen nachgegeben. Die ursprünglich sich in zwei Eingängen manifestierende Doppelfunktion von Waage und Weinhaus weicht der vereinheitlichenden und verändernden Gestaltung eines Ladengeschäftes. Hier zeigt sich exemplarisch, daß die Zurücknahme individueller Merkmale zwar die Nutzbarkeit verbessern kann, andererseits aber die Frage einer wenigstens »optischen Authentizität« verleugnet. Ergebnis ist ein fiktiver Urzustand. Auch die dünne, handwerklich wirken sollende Sandsteinplattenverkleidung der tragenden Backsteinwände mit einbezogenen Betonträgern verdeutlicht derartige Absichten. Das Original als Dokument und Maßstab spielt eine wenig beachtete Rolle, Bauforschung wurde kaum oder gar nicht betrieben.

Rosinski weist nach, daß bereits um 1900, d. h. rund 50 Jahre vorher, in Münster ein Trend zur Schaffung des Bildes einer geschichtlichen Stadt existierte, der zu einer Aufwertung von Unbedeutenderem und damit zu einer Teilnivellierung führte. Auch hatte dieser die Entwertung historischer Prozesse zur Folge. Die Suggestion scheinbar bruchloser Tradition konserviert Heimatgefühl, ist aber auch Ausdruck eines Verdrängungsprozesses. Die Steinverkleidung der Fassaden steht für Dauerhaftigkeit und Unzer-

störbarkeit, erweckt den Eindruck ungebrochener bürgerlicher Stadtkultur. (Auch heute hat sich wieder die Prosperität signalisierende Giebellandschaft zum fast festen Bestandteil städtischen Gestaltens etabliert.) Architektonische Vereinheitlichung und Vereinfachung waren wirtschaftlich begründet, dienten z. T. der Akzentsteigerung, waren Ausdruck einer damals für modern gehaltenen Auffassung. Man kann ihr auch einen positiven Aspekt abgewinnen, ist sie doch Ausdruck stadtgestalterischer Aneignung. Doch hier drängen sich Fragen und Bedenken auf. Zwar konnten frühere Stimmungswerte wiedergewonnen werden, der Prinzipalmarkt ist werbewirksames regionales Wahrzeichen und kommunalpolitisches Erfolgserlebnis, aber auch Ausdruck der Geringschätzung historischer Bausubstanz wobei die »Vergegenwärtigung« des Verlustes gestalterisch-selektiv erfolgte.

Die Akzeptanz des Marktes wie generell historisierender Architektur und Stadtgestaltung scheinen tatsächlich – wie von Jürgen Paul dargestellt – deswegen heute eine Selbstverständlichkeit anstreben, keine Identität von Bau- und Lebensweise. Dieses Verhalten ist – man mag dies bedauern und darüber nachdenken – Spiegelbild auch (und noch!) unseres heutigen (un)geschichtlichen und gesellschaftlichen Zustandes, letztlich war es aber auch Veranlassung für die Positionsänderung der Denkmalpflege in den 70er Jahren, sich nun intensiver und kompromißloser um den Erhalt des Originals und die bisher vernachlässigten bescheideneren Denkmäler zu bemühen.

Das Buch von Roswitha Rosinski ist nicht anklagend, sondern sachlich und weitgehend prägnant geschrieben, enthält darüber hinaus zahlreiche erfreulich kurze, die jeweilige Position auf den Punkt bringende Zitate, erklärt Zusammenhänge, Alternativpositionen, warum was wie und durch welche Interessen und Interessenten geworden ist und sich möglicherweise entwickeln kann.

Es gibt dem Stadtplaner wie dem Architekten Einblick in die Andersartigkeit und Notwendigkeit der denkmalpflegerischen Aufgaben, deren Zeitgebundenheit und die sich durch sie und mit ihr stellenden, heute keineswegs einfacher ge-

wordenen Probleme, fördert Nachdenklichkeit wie Kooperationsbereitschaft, dient der Relativierung der eigenen Position, ist aber auch eine wichtige und übersichtliche Informationsquelle für denjenigen, der sich mit dem Städtebau – nicht nur – der frühen Nachkriegszeit, aber auch ihrer Architektur und deren Leitbildern und Einflüssen, so dem des Gebrauchsdesigns, befaßt.

Über die Facettierungen und damit den Umfang als solcher einzuordnender expressionistischer Architektur kann man anhand des vorgelegten Materials sicher anderer Meinung sein. Die Abbildungsbelege für Designeinflüsse auf Architektur scheinen mir mitunter allzu üppig geraten und im Anschluß an die Katalogbeispiele dessen Zusammenhang störend. Doch diese Bemerkungen sollen die Aussage dieser wichtigen und in vielem beispielgebenden Arbeit in keiner Weise schmälern!

Kaiserslautern

Hartmut Hofrichter

HARTMUT PROBST / CHRISTIAN SCHÄDLICH, *Walter Gropius, Berlin: Ernst & Sohn 1986/87, Bd. 1: Der Architekt und Theoretiker, 229 S., 482 Abb., DM 78,-; Bd. 2: Der Architekt und Pädagoge, 231 S., 330 Abb., DM 62,-; Bd. 3: Ausgewählte Schriften, 212 S., 107 Abb., DM 62,-.*

Der 100. Geburtstag verschafft derzeit vielen Heroen der modernen Architektur die Ehre großer Ausstellungen, Kolloquien und neuer Monografien. Auch bei Walter Gropius schien die Zeit reif für eine neue Sicht seiner Person und seines Werks, wie die Arbeiten von Winfried Nerdinger, Karin Wilhelm und Reginald Isaacs zeigen, wenn es auch nicht zu einem solchen revival kam, wie es um Mies van der Rohe veranstaltet wurde.

Bislang war die Forschung zudem durch den Umstand erschwert, daß der Zugang zum Nachlaß, den die Harvard Universität in Cambridge/Massachusetts besitzt, bis zum Erscheinen der

Arbeit Isaacs' anderen Historikern verwehrt war.

Aus der DDR kommt nun ein breit angelegtes monographisches Werk, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Grundlagen für weitere Forschungsansätze zu bereiten. Als Herausgeber firmiert die Sektion Architektur der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar, die sich als Nachfolgeinstitution des Bauhauses versteht. Die Autoren sind Hartmut Probst und Christian Schädlich, letzterer Leiter des Wissenschaftsbereichs Baugeschichte und Architekturtheorie und lange Jahre mit der Erforschung des Bauhauses und insbesondere der Arbeit des Bauhausgründers Gropius befaßt.

Der erste Band macht mit der Person Walter Gropius bekannt, versucht durch Aufsätze von Schädlich und Nerdinger sein Werk in die Architektur des 20. Jahrhunderts einzuordnen. Schädlich bedient sich dabei einer ungewöhnlichen Form, nämlich des »fingierten Interviews«, indem er verschiedenste von Gropius überlieferte und belegte Äußerungen durch kluge Überleitungen und Fragestellungen zu einem fiktiven Gespräch zusammenfaßt, eine durchaus anfechtbare, doch didaktisch sehr geschickte und effektive Methode.

Im zweiten Band gibt Michael Siebenbrodt eine knappe Darstellung der pädagogischen Tätigkeit Gropius' in Weimar, Dessau und Harvard. Herzstück der Publikation ist jedoch das auf beide Bände verteilte, von Hartmut Probst, einem Mitarbeiter Schädlichs in Weimar, bearbeitete Werkverzeichnis, in dem 217 Objekte, geordnet nach Bauaufgaben, in Wort und Bild dokumentiert werden. Manche Nummern sind freilich nur sehr wortkarg und ohne Abbildung aufgelistet und werden dem Anspruch der Publikation nicht gerecht. So hätte zum Beispiel mindestens eine Abbildung des Wettbewerbsentwurfs zur Neugestaltung des Frankfurter Römerbergs Interesse gefunden. Manche Objekte (Altersheim Alfeld an der Leine, Projekt 1925) müssen ohne jede weitere Angabe auskommen. Ohne weiterführende Hinweise, Quellen- oder Literaturangaben sind sie jedoch nicht auffindbar, ein schwerwiegendes Manko. Werkverzeichnisse, das hat sich mittlerweile als Standard eingebür-

gert, listen immer auch die Publikationen der Objekte auf.

Ein dritter Band mit der Edition ausgewählter Schriften schließt die Monografie ab und ergänzt die Arbeiten von Isaacs, Wilhelm, Nerdinger, aber auch ältere Schriften von Argan, Hüter oder Giedion. Er bringt 44 Aufsätze und Reden aus der Zeit von 1920 bis 1964, in denen sich der Architekt theoretisch, programmatisch oder kritisch zu Ideen oder Problemen der Architektur äußert. Da kann man etwa nachlesen, wie sich das Verhältnis des Architekten zur Baugeschichte über die Jahrzehnte gewandelt hat: »to-

tes, assimiliertes Wissen« war es für ihn in der Bauhauszeit; »lebhaftes Sympathie« brachte er der Kunstgeschichte 1964 entgegen und empfahl deren Studium zumindest den gefestigteren Studenten höherer Semester.

Probst und Schädlich lassen Gropius und sein Werk selbst zu Wort kommen, unterbreiten authentisches Material, das bei den Biographen verständlicherweise zu kurz kommt, oft auch einseitigen Wertungen zum Opfer fällt.

Berlin

Falk Jaeger

Wie recht hatte Rathenau, als er (schon während des Krieges) von der kommenden Verarmung Deutschlands sprechend den Einwand nicht gelten lassen wollte: es gebe auch einen Stil der Einfachheit. »Wir werden nur das Häßliche der Armut zu sehen bekommen, die Teppiche in den Gasthäusern werden abgetreten und nicht erneuert, die Decken werden schwarz und nicht mehr aufgefrischt usw.« Da ist es dann auch mit der Stimmung der alten deutschen Städte bald vorbei. Immerhin, eine Schlachtschüssel im »Bischofshof« mit einem Krug Bier schmeckte vortrefflich.«

(Heinrich Wölfflin nach der Rückkehr von einer Vortragsreise nach Regensburg, in München am 9. Dezember 1922, in: Autobiographie. Tagebücher und Briefe [1982], S. 359 f.)

# Kohlhammer



Peter Dormer

## Die neuen Möbel

Internationale Trends und ihre Traditionen 1987. 208 Seiten mit 200 Abbildungen, davon 75 in Farbe. Format 22 x 25,4 cm Leinen im Schuber DM 118,- ISBN 3-17-009798-9

Isa Vercelloni

## Wohnstil und Wohnideen

Das Beste aus CASA VOGUE Aus dem Englischen übersetzt von Liselotte Mickel 1985. 224 Seiten mit 306 Farbtafeln Format 25 x 30 cm Leinen im Schuber DM 118,- ISBN 3-17-008916-1

Verena Dietrich

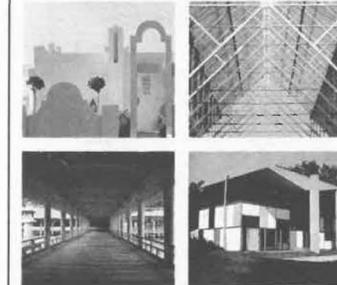
## Architektinnen

Ideen, Projekte, Bauten 1986. 196 Seiten mit 916 Abbildungen, davon 216 in Farbe. Kart. DM 59,- ISBN 3-17-009336-3

Jörg Kurt Grütter

## Ästhetik der Architektur

Grundlagen der Architektur-Wahrnehmung



Kohlhammer

Jörg Kurt Grütter

## Ästhetik der Architektur

1987. 258 Seiten mit 448 Abbildungen, davon 32 in Farbe. Kart. DM 79,- ISBN 3-17-009394-0

Selim O. Chan-Magomedow

## Pioniere der sowjetischen Architektur

Der Weg zur neuen sowjetischen Architektur in den zwanziger und zu Beginn der dreißiger Jahre Unveränd. Nachdruck der 1. Aufl. von 1986 618 Seiten mit 1544 Abbildungen Format 24 x 27 cm Leinen im Schuber ca. DM 118,- ISBN 3-17-009230-8 Vertrieb der Originalausgabe des Verlags der Kunst, Dresden

Helge und Margret Bofinger

## Junge Architekten in Europa

mit einem Vorwort von Philip Johnson 1983. 188 Seiten mit 1197 Abbildungen, davon 327 in Farbe. Kart. DM 59,- ISBN 3-17-007713-9

Verlag W. Kohlhammer  
Postfach 80 04 30 · 7000 Stuttgart 80

